

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Sonntag, den 16. April 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

#### Die gewerbliche Entwicklung Deutschlands.

II.

Die gewerbestatistische Aufnahme ermöglicht nicht bloß einen Einblick in die Entwicklung der Gewerbebetriebe und ihres Personals, sondern ganz besonders auch in die soziale Gliederung der Erwerbstätigen. Von diesem Gesichtspunkte aus hat die Aufnahme vom Jahre 1895 nachstehende Hauptergebnisse geliefert.

Es wurden 1895 gezählt:

	männlich	weiblich	zusammen
Unternehmer . . .	2 250 858	698 188	2 948 821
Angestellte . . .	431 894	17 550	448 944
Arbeiter . . .	5 247 897	1 828 607	6 571 504
<b>Summa</b>	<b>7 929 944</b>	<b>2 889 825</b>	<b>10 269 269</b>

im Jahre 1882:

	männlich	weiblich	zusammen
Unternehmer . . .	2 197 620	711 858	2 909 676
Angestellte . . .	200 118	4 948	205 061
Arbeiter . . .	9 488 689	792 363	4 226 082
<b>Summa</b>	<b>5 881 622</b>	<b>1 509 167</b>	<b>7 340 709</b>

Von rund 10 Millionen gewerblicher Personen des Jahres 1895 sind also fast 3 Millionen selbständige Unternehmer, etwas über 7 Millionen Hilfspersonal, darunter 1/3 Million Angestellte, 6,8 Millionen Arbeiter. Alle drei sozialen Klassen haben seit 1882 ihrer absoluten Zahl nach zugenommen, am wenigsten die Unternehmer, deren es nur 40 000 oder 1,3 pCt. mehr geworden sind, sehr erheblich das Verwaltungs- und Aufsichtspersonal — um 240 000 oder 118,9 pCt. — und die Arbeiter, deren Mehrung über 2 Millionen — 62,6 pCt. — beträgt. Dieser absoluten Zunahme entspricht aber nicht auch eine relative in allen drei Klassen. Vielmehr ist der Anteil der Unternehmer am gesamteten Betriebspersonal, der im Jahre 1882 noch beinahe zwei Fünftel betrug, bis fast auf ein Viertel, 28,7 pCt., gesunken. Um so mehr stieg der Anteil des Hilfspersonals, er erhöhte sich bei den Angestellten von 2,8 auf 4,4 pCt., bei den Arbeitern von 57,6 auf 66,9 pCt. Diese soziale Verschiebung ist eine naturgemäße Folge der oben festgestellten Tendenz des Gewerbes zur Großbetriebsbildung. Von den 6,8 Millionen Arbeitern sind nicht weniger als 5,6 Millionen in der Industrie. Ihre Zahl hat sich seit 1882 um 2 Millionen vermehrt, wovon 1,6 Millionen auf männliche Industrie-Arbeiter entfallen; prozentual bedeutet das eine Zunahme von 57,3 pCt. Noch größer ist die relative Mehrung im Handelsgewerbe, doch handelt es sich da um niedrigere absolute Zahlen; die Zahl der Arbeiter stieg nämlich von etwas über eine halbe Million auf 1 ganze Million. Ganz auffallend ist im Handelsgewerbe die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte: im Jahre 1882 stellten diese ungefähr ein Drittel zur Arbeiterkraft des Handelsgewerbes, jetzt fast die Hälfte; tatsächlich haben denn auch die weiblichen Arbeiter um 859 858, die männlichen nur um 194 688 zugenommen, ein Beweis, wie die weibliche Arbeitskraft neben der männlichen immer mehr an Boden gewinnt, bzw. sich veranlagt sieht, mit der männlichen in Konkurrenz zu treten.

Im Hinblick auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung werden bei der Generalschätzung diesmal für das Arbeiterpersonal einige besondere Nachweise über Alter und Familienstand erhoben. Wir erfahren so, daß 586 801 jugendliche Arbeiter (darunter 127 798 weibliche) vorhanden waren. Namentlich das Schneider-, Tischler-, Schuhmacher-, Bäcker-, Schlosser-, Fleischer-, Maurer-Gewerbe weisen hohe Zahlen von jugendlichen Arbeitern auf. So sind in folgenden Gewerbearten mehr als 10 000 jugendliche Arbeiter beschäftigt:

Gewerbeart	Jugendliche Arbeiter			Von 100 Arbeitern jeder Gewerbeart sind jugendlich
	auf	männl.	weibl.	
Schneider . . .	81 651	19 481	12 220	18,4
Tischler . . .	27 204	27 057	147	14,8
Schuhmacher . . .	28 697	21 969	1 728	16,0
Bäcker . . .	22 981	21 694	1 287	18,8
Schlosser . . .	20 904	20 868	41	26,8
Maurer . . .	15 169	14 988	181	6,8
Tabakfabrikation . . .	14 478	6 064	8 409	11,6
Baumunternehmung . . .	14 183	19 689	444	4,1
Fleischer . . .	18 920	19 156	664	15,7
Grobschmiede . . .	18 672	18 670	2	18,0
Bleielei . . .	18 574	11 771	1 803	10,0
Handel mit Kolonialwaren . . .	12 790	10 562	2 228	18,4
Verfertigung von Maschinen . . .	11 684	11 643	41	7,8
Stubenmaler . . .	11 429	11 421	8	15,1
Handel mit Schnittwaren . . .	11 111	5 775	5 336	12,5
Beherbergung u. Erquickung . . .	10 423	5 882	5 091	6,7

Arbeiterrathe Frauen befinden sich unter den 6 474 727 Arbeitern 160 498 oder 2,5 pCt., von ihnen kommen allein auf die drei Gewerbegruppen Textil-, Nahrungs- und Genussmittel-Industrie sowie Handelsgewerbe 100 000.

Das in der Hausindustrie beschäftigte Personal hat sich seit 1882 absolut vermindert. Damals waren 476 080 Personen hausindustriell tätig, jetzt nur noch 460 085 oder 8,4 pCt. weniger. Die Mindertung in der Zahl der hausindustriellen Personen ist aber lediglich bei den Alleinmeistern beiderlei Geschlechts erfolgt — sie beträgt hier 18,7 pCt. — während sich das Personal in den Gehilfenbetrieben um 19,4 pCt. vergrößert hat. So kommt es auch, daß jetzt das Personal der hausindustriellen Gehilfenbetriebe dem der Alleinmeister ziemlich gleichkommt, wogegen es im Jahre 1882 noch um ein

Drittel hinter dem letzteren zurückstand. Was die Vertretung der beiden Geschlechter in der Hausindustrie anbelangt, so stehen sich 258 006 männliche und 202 079 weibliche Hausindustrielle gegenüber; das Mehr an männlichen in der Hausindustrie arbeitenden Personen rührt davon her, daß in hausindustriellen Gehilfenbetrieben Männer erheblich zahlreicher sind, als Frauen; das Umgekehrte ist in den hausindustriellen Alleinbetrieben der Fall. Im Vergleich zum Jahre 1882 ist bei beiden Geschlechtern hinsichtlich ihrer hausindustriellen Betätigung in Alleinbetrieben eine Abnahme, in Gehilfenbetrieben eine Zunahme zu konstatieren.

Um ein Bild von der Entwicklung einiger spezieller Arten der Hausindustrie zu geben, seien diejenigen Gewerbearten mit den Zahlen der hausindustriellen Betriebe und der hausindustriellen Personen und den Vergleichszahlen vom Jahre 1882 angeführt, in denen mehr als 1000 hausindustrielle Betriebe vorkommen.

Gewerbe-Arten	hausindustrielle Betriebe im Jahre 1895	Personen	Seit 1882 haben zu (+) od. abgenommen (-) Personen
Grobschmiede . . .	1 402	2 655	+ 2 638
Schlosser . . .	1 162	3 060	+ 2 908
Zugschmiede, Scheerenfleischer, Feilenbauer . . .	4 496	7 774	- 4 044
Stelmacher . . .	1 005	1 541	+ 1 519
Musikinstrumente . . .	2 727	3 686	+ 1 955
Seiden- und Spinnerei . . .	1 242	1 858	- 2 922
Wollspinnerei . . .	1 432	1 298	- 8 645
Seidenweberei . . .	15 428	18 905	- 84 381
Wollweberei . . .	19 767	27 871	+ 4 072
Feinweberei . . .	24 572	26 378	- 14 667
Wannweberei . . .	27 564	88 206	- 19 089
Weberei von gemischten Waaren . . .	12 667	17 817	- 4 895
Gumm- und Haarflechterei . . .	2 163	1 841	+ 869
Stricker- und Wäcker . . .	28 937	27 760	- 12 788
Hätlei und Sackerei . . .	5 894	5 901	- 549
Spitzenherstellung und Weißzeugschneiderei . . .	9 882	14 872	+ 5 560
Baumwollenfabrikation . . .	13 734	12 560	- 2 098
Sattlerei, einschl. Spielwaren aus Leder . . .	2 017	8 148	+ 1 673
Verfertigung von groben Holzwaaren . . .	2 013	2 159	+ 634
Tischlerei und Partelfabrikation . . .	5 569	18 583	+ 9 338
Korbmacherei . . .	5 586	8 879	+ 6 007
Strohplättcherei und Flechtere von Stroh . . .	2 233	2 141	- 2 886
Dreh- und Schnitzwaaren . . .	3 581	6 744	+ 3 526
Tabakfabrikation . . .	9 790	15 343	+ 6 949
Näherinnen . . .	85 731	88 456	- 11 502
Säbenerlei . . .	42 563	70 034	+ 30 106
Konfektion . . .	5 732	6 987	+ 855
Putzmacherei, künstliche Blumen . . .	2 964	8 178	+ 96
Handschuhmacher, Kravattenfabrikation . . .	5 154	5 429	- 8 653
Verfertigung von Korsetts . . .	1 408	1 228	- 214
Schuhmacher . . .	21 698	26 559	+ 7 765
Wäscherei . . .	8 648	4 980	+ 2 388

Weber die Zunahme der Betriebe noch die Vermehrung der Arbeitskräfte genügen, um ein Bild der gewerblichen Entwicklung zu geben. Die Gewerkekraft eines Industrielandes wird heutzutage in erster Linie durch die Verwendung von Motoren mitbestimmt. 164 290 oder 4,5 pCt. sämtlicher Betriebe arbeiten mit Motoren. Am zahlreichsten sind unter den Motorenbetrieben diejenigen, die sich der Dampfkraft bedienen; es sind ihrer rund 58 000, und sie bilden nahezu ein Drittel aller Motorenbetriebe. Demnächst folgen die Betriebe mit Wasserkraft, die auch noch rund 54 000 Betriebe oder 30,57 pCt. ausmachen, sowie die Betriebe mit Windmotoren (10,35 pCt.) und die Betriebe mit Dampf- und Segelschiffen (10,29 pCt.). Indessen ist zu beachten, daß die Fragestellung nur dahin ging, ob in dem betreffenden Betrieb eine Umtriebs- oder Kraftmaschine, nicht auch, ob eine Arbeitsmaschine direkt durch eine der genannten Elementarkräfte bewegt wird. Nun giebt es aber heutzutage, namentlich in den Großstädten, zahlreiche Gewerbetreibende, welche Elektrizität von einer Zentralanlage beziehen und in ihrer Betriebsstätte ihren Arbeitsmaschinen unmittelbar zuführen. Dergleichen Fälle sind offensichtlich in der Statistik nicht enthalten. Die hohe Bedeutung der Dampf- und der Wasserkraft für das Gewerbe tritt noch deutlicher hervor, wenn man ihren Stärkegrad ins Auge faßt. Insgesamt wurden als Kräfteleistung der im Gewerbe verwendeten Motoren, unter Annahme regelmäßigen Betriebes 3 421 194 Pferdestärken (P. S.) festgestellt. Von diesen Betriebskräften liefert nicht weniger als 2 715 078 P. S. oder 79,4 pCt. der Dampf, 629 065 P. S. oder 18,4 pCt. das Wasser, so daß also Wasser- und Dampfkraft zusammen 97,8 pCt. aller Betriebskräfte unserer Fabriken liefern. Wenn man das gegenwärtige Zeitalter das Zeitalter des Dampfes nennt, so findet diese Bezeichnung in den eben mitgetheilten Zahlen ihre Bestätigung. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß die Anzahl von Dampflokomotiven, die im Eisenbahnbetrieb Verwendung finden, ebensowenig wie die in der Landwirtschaft vielfach benutzten Dampftraktoren und Dampfplüge, soweit dieselben nicht von gewerblichen Betrieben entlehnt sind, mit eingerechnet sind. In den 3,4 Millionen Pferdestärken kommt nur die motorische Kraft von solchen Betrieben zum Ausdruck, die in den Bereich der Gewerbezahlungen fielen. Welch' immense Arbeitsleistung durch die 3,4 Millionen P. S. verrichtet wird, läßt sich einigermaßen ahnen, wenn man — freilich in etwas roher, wissen-

schaftlich keineswegs einwandfreier Schätzung — die mechanische, nicht ermüdende Pferdestärke gleich der von 3 lebendigen Pferden und die Muskelkraft eines Pferdes gleich der von 8 Männern setzt. Alsdann repräsentieren die 3,4 Millionen im deutschen Gewerbe verwendeten Pferdestärken die Arbeit von 82 108 656 Personen; rechnet man zu dieser Zahl noch die tatsächlich im Gewerbe thätigen 10 269 269 Personen, so ergibt sich, daß, wenn das Gewerbe ausschließlich mit menschlicher Kraft betrieben werden könnte und sollte, nicht weniger als 92 377 925 arbeitsfähige Menschen hierzu erforderlich wären. Die gewerbliche Verwendung motorischer Kraft ist fortwährend im Zunehmen begriffen. Man zählte:

	Motorenbetriebe	Pferdestärken
1875	26 132*	1 055 750
1882	106 889	—
1895	146 353	3 399 282

Naturgemäß ist in denjenigen Staaten und Landestheilen, in welchen die Industrie und speziell die Großindustrie am mächtigsten entwickelt ist, auch das Prozentverhältnis am größten, das die Arbeiterschaft gegenüber dem gesamteten Gewerbepersonal einnimmt. Während durchschnittlich im Reich von 100 in Gehilfenbetrieben beschäftigten Personen 80,3 der sozialen Klasse der Arbeiter angehören (5,3 zu den Angestellten, 14,4 zu den Unternehmern zählen) beträgt dieser Prozentsatz in Rheinland 82,3, Westfalen 84,9, Schlesien 83,6, im Königreich Sachsen 81,6, in Elfaß-Lothringen 83,6, in den beiden Rhein 84,8 und 85,3. Die Einzelheiten der Gewerbegeographie sind späteren Veröffentlichungen vorbehalten. Die Hauptergebnisse für das Reich sind in großen Zügen mit den vorstehenden Angaben erschöpft.

#### Politische Ueberblick.

Berlin, 15. April.

Interessenpolitik im preussischen Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus in seiner jetzigen Zusammensetzung eine einseitige Interessenpolitik zu Gunsten der Besitzenden und zum Schaden der Arbeiter verfolgt, ist allgemein bekannt. Nur selten beschäftigt sich das Haus mit der Arbeiterfrage. Geschieht dies aber doch einmal, so wird dem rein kapitalistischen Standpunkt des Unternehmers, der in dem Arbeiter lediglich ein Ausbeutungsobjekt erblickt, so klar und deutlich Ausdruck verliehen, wie es selbst König Stumm im Reichstage kaum wagen würde. Ja, dann wird selbst das „nationale Gefühl“, das diese Herren gepachtet zu haben glauben, auf einige Zeit in den Hintergrund gedrängt. In den letzten Monaten war es namentlich die sogenannte polnische Frage, bei deren Erörterung das Haus sein nationales Gefühl in vollem Glanze erstrahlen lassen konnte, indem es den übertriebenen Schilderungen der Herren v. Miquel und v. d. Rade über die Gefahr einer großpolnischen Agitation lebhaften Beifall zollte und die Befreiung des Ostens von diesen gefährlichen polnischen Agitatoren als eine rettende That pries. Aber wie steht es mit der Rehrseite der Medaille? Dieselben Leute, die schon in der bloßen Anwesenheit einiger Polen eine Gefahr für den preussischen Staat erblickten, sind plötzlich von der Harmlosigkeit polnischer Arbeiter überzeugt, so lange sie sich ihrer Arbeitskraft bedienen müssen. Allen voran die ostpreussischen Agrarier, denen die einschränkenden Bestimmungen in der Zulassung polnischer und galizischer Arbeiter ein Dorn im Auge sind und deshalb im Interesse der Landwirtschaft die Aufhebung dieser Bestimmungen verlangen, weil sie auf diese Weise die ländliche Arbeiter- und Gesindenschaft zu befeitigen hoffen. Bis hier hat die Regierung sich diesem Ansinnen widersetzt, sie hat die Verantwortung der die ländliche Arbeiter- und Gesindenschaft behandelnde Interpellation Szmulca verweigert, weil die Berichte der beteiligten Behörden noch nicht vorlagen, aber am 19. April, in der ersten Sitzung nach den Osterferien, wird sie den Agrariern Rede und Antwort stehen müssen, und dann wird es sich zeigen, wie weit es ihr, um mit Herrn v. d. Rade zu reden, gelungen ist, das nationale Interesse gegenüber den Bedürfnissen der Landwirtschaft richtig abzuwägen. Daß die Regierung die Agrarier nicht vor den Kopf stoßen wird, läßt sich als ziemlich sicher annehmen, ob sie aber auch das nationale Interesse, wenn man unter „national“ nicht lediglich ein nichtigenes Schlagwort versteht, genügend berücksichtigen wird, ist zweifelhaft, denn dann würde es ihren agrarischen Lieblingen an den Geldbeutel gehen. Dann müßten diese, möglichenfalls durch Gesetz, dazu angehalten werden, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, die Arbeitszeit zu verkürzen, vor allem aber für menschenwürdige Arbeiterwohnungen Sorge zu tragen. Dadurch würde dem Auge der ländlichen Arbeiter in die Stadt Einhalt gethan, es würden sich genug heimische Kräfte zur Verrichtung der notwendigen Arbeiten finden, und die Landwirtschaft wäre nicht auf die billigeren und bedürfnisloseren polnischen Arbeiter, oder gar auf jugendliche Arbeiter und selbst Schulkinder angewiesen. Aber dazu werden sich unsere Agrarier schwerlich verstehen.

Und wie die Agrarier, so sind auch ihre Bundesgenossen in der „Politik der Sammlung“, die nationalliberalen Großkapitalisten, von den Gelisten besetzt, ausländische Arbeiter zu beschäftigen, um den Lohn der industriellen Arbeiter zu drücken. Verlangte doch ihr Wortführer, der Abg. Müller, bei der dritten Staatsberatung ganz offen generelle Ausnahmen in der

\* Zahl der Motorenbetriebe mit über fünf Gehilfen.

Zulassung fremder Arbeiter zu gunsten bestimmter einzelner Industrien, da es beispielsweise bei den Lohnverhältnissen in manchen Spinnereien bei Bremen und Hamburg auf preussischem Gebiet schwierig sei, Arbeiterinnen in genügender Zahl zu erlangen und man deshalb auf den Bezug auswärtiger Arbeiterinnen angewiesen sei. Und in einer dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Petition des Verbandes der Braunkohlenbergwerks-Interessenten in der Mark heißt es mit einer Offenheit, die selbst der des Herrn Müller nichts nachgibt: "Wenn wir die polnischen Leute nicht mehr in unseren Braunkohlen-Bergwerken beschäftigen dürfen, müssen wir natürlich höhere Löhne zahlen — wir können es ja alle nfalls thun — und der Landwirthschaft die wenigen Arbeiter wegnehmen."

Eine im preussischen Abgeordnetenhaus auch nur ein einziger Vertreter, der Verständnis für die wichtigste Frage der Gegenwart und den guten Willen hat, den berechtigten Interessen der Arbeiter zu dienen, so würde den Herren Szmula, Müller und Konsorten am 19. April die gebührende Antwort zu theil. So aber muß man sich selber darauf gefaßt machen, daß ihre Klagen und Wünsche als begründet anerkannt und ihre kapitalistischen Gelüste nicht unterdrückt, sondern gefördert werden.

König Albert von Sachsen feiert am 23. d. M. seinen 70. Geburtstag und zugleich das 25jährige Jubiläum seiner Regierung, welche er im Oktober 1873 antrat. Am Dresdener Hofe werden die nächste Woche hindurch pompöse Festlichkeiten gefeiert werden. Schon seit Monaten schwelgt eine liebedauerliche Presse in byzantinischen Orgien und die herrschenden Kreise des sächsischen Landes wollen den Geburts- und Jubiläumstag zur Auffrischung der monarchischen Idee anknüpfen, welche Idee ihnen als Stütze ihrer Herrschaft über das Volk gilt.

Aber so groß auch der Lärm, den geschäftige Leute in Dresden und im ganzen Lande bis in die Dörfer des Erzgebirges vollführen, es kann nicht über die Thatsache hinwegtäuschen, daß die breite Masse des sächsischen Volkes keinen Antheil daran nehmen mag. König Albert ist ein stiller Landesherr, der politisch nicht besonders hervortrat und dem übel zu wollen darum kein Anlaß vorliegt. Aber das Regierungssystem, welches in Sachsen herrscht, das Regiment derer v. Meißner-Wallwitz und v. Meißner, welche mit glänzendem Erfolg den reaktionärsten Minister der fünfziger und sechziger Jahre, den Herrn von Bennigsen, noch überdauert haben, hat Gewalt und Erbitterung unter dem sächsischen Volke ausgeübt. Sachsen ist seit den Zeiten des Sozialistengesetzes der Hort der schamlosesten Reaction. Durch sein Brunnstoll kann der reaktionäre Mangel die Bevölkerung darüber hinwegtäuschen.

Es verlautet jetzt, der sächsische Landtag beabsichtige als Guldigungs-gabe für den König eine größere Geldsumme auszugeben. Man spricht von 8 Millionen und es heißt, die zweite Kammer habe bereits einen solchen Beschluß in geheimer Sitzung gefaßt.

In geheimer Sitzung?! Warum? Scheut sich der Landtag, diese Angelegenheit öffentlich zu verhandeln? Fürchtet man den schrillen Mißklang, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten Protest erheben gegen eine solche Anwendung aus dem Staatsäckel?

Ist man besorgt, daß das sauberlich vorbereitete Fest durch die Zustimmung breiter Volkskreise zu dem Verhalten der sozialdemokratischen Vertreter ein böses Fiasko machen könnte, daß es offenbar werden könnte, wie nur die des Besitzes und des Reichthums sich Erheben dieser Feier nachgeben, nicht aber das Volk, die Handwerker, die Landleute, die Arbeiter?

Und allerdings würde es so sein; darum die Heimlichkeit des Guldigungsbeschlusses. Der Landtag, der hervorgegangen ist aus dem Dreiklassen-Wahlssystem, das die herrschenden Parteien dem Volke aufgezwungen haben, dieser Landtag mag dem Könige Millionen verwilligen. Das Volk, dem sein altes Recht genommen, vergißt nimmermehr, daß unter König Alberts Regiem die allgemeine Wahlrecht beseitigt und das Dreiklassenwahlgesetz eingeführt wurde. Dieselben konservativen Volksbedrücker, welche alljährlich Ehrfurcht vor der Monarchie dem Volke predigen und jetzt Feste um Feste zur Verherrlichung des Königs Albert begehen, sie haben der Monarchie mehr denn irgend ein gefeiertes Feind dieser Regierungsform geschadet. Sie haben es erreicht, daß die Dresdener Feierlichkeiten der nächsten Woche nur eine höfische Sache vorstellen, aber kein Fest des Volkes!

Der Senat der Vereinigten Staaten lehnte am Donnerstag die Beratung über die Resolution der Kommission für auswärtige Angelegenheiten fort. Die Sitzung nimmt einen ruhigeren Verlauf als gestern. Senator Hoar rath, alle Anstrengungen zu machen, um eine ehrenvolle Lösung zu finden, bevor man sich in einen Krieg stürze, und erwähnt die Bemühungen des Präsidenten Mac Kinley zu gunsten des Friedens. Nach Ansicht des Redners sei der Krieg auch jetzt noch nicht unvermeidlich.

Der "Frankf. Hg." wird aus New-York gemeldet: Der Senat wird heute über die Cuba-Resolution abstimmen. Die Mehrheit ist für die Anerkennung der kubanischen Republik, indessen wird Präsident Mac Kinley gegenüber einem solchen Beschluß sein Veto einlegen. Der Präsident verlangt überdies, es solle ihm bezüglich Einschreitens mit Waffengewalt freie Hand gelassen werden, da er noch immer hofft, daß die Affäre friedlich gelöst werden wird. Hier ist man jedoch vom Gegentheil überzeugt. — Die Hollands-Linie offerirte fast alle ihre Dampfer der Regierung; letztere kaufte das brasilianische Kriegsschiff "Mother".

In diplomatischen Kreisen ist die Rede von erneuerten vermittelnden Schritten der Mächte auf grund präfixer Grundlagen, immerhin aber wird allgemein geglaubt, daß der Krieg unvermeidlich sei.

Aus Havana sind in Madrid Berichte eingegangen, die darthun, daß der Kussland seinem Ende entgegengehe. Die russisch-spanische Regierung sei geneigt, über den Frieden und umfangreiche Unterwerfungen zu verhandeln. Ferner wird gemeldet, daß Oberst Tejada Polzun die russisch-spanische Schlacht und ihnen einen Verlust von 19 Tödteten beibrachte; auf spanischer Seite sollen 25 Mann gefallen sein.

Aus Barcelona wird heute telegraphirt: Gestern veranfaßten über 3000 Personen eine Kundgebung vor dem amerikanischen Konsulat unter Pfeifen und Schreien und Hochrufen auf Spanien. Der Konsul sah hinter einem Fenster stehend zu. Die Ansammlung wurde schließlich zerstreut, ohne daß es zu einem Zwischenfall gekommen wäre.

An der Frankfurter Börse gingen heute die vierprozentigen Spanier noch weiter zurück und zwar von 43,50 auf 44,20.

### Deutsches Reich.

— Wahlminister. Die "Berliner Zeitung", die behauptet, daß die Rede und Worte bald nach den Wahlen Wohnungs- und dauernde Aufverbänderung genehmigt erhalten werden, schreibt: "Allerdings war davon die Rede, daß ein Wahlminister erscheinen sollte, ein Minister, der praktische Wahlpraktiken für die bevorstehenden Wahlen zurecht machen würde. Man hat etwas läuten ge-

hört, aber nicht das rechte. Freiherr von der Recke, der kein "Wahlminister" ist, bleibt, und dennoch werden wir einen Wahlminister haben. Im Ministerium des Innern waltet nämlich still besessener Herr von Bitter seines Amtes. Ihm ist die Wahlsache — das Wort mit dem entsprechenden Reims verschwiegen wie aus Höflichkeit — übertragen. Er hat sich bereits mit einem in allen Saiteln der Stimmungs-fabrikation gerechten, altgedienten offiziellen Journalisten versehen und mit einem ganzen Redaktionsstab umgeben, und die Früchte werden bald genug sichtbar werden.

So wird einwilligen allen Theilen geholfen sein: das Ministerium erscheint "up eingewickelt", der "Wahlminister" ist gleichwohl beschafft, und das Stimmfahnenministerium kann losgehen. Nach den Wahlen kommt das übrige nach.

— Die Reichskommission für Arbeiterstatistik soll im Anfang Juni zu einer Sitzung zusammentreten, um die Erhebungen über die Lage der im Gast- und Schankwirthschaftsgewerbe beschäftigten Personen festzusetzen, ferner Erhebungen über die Sonntagsarbeit im Innenschiff-fahrts- und Flößereibetriebe einzuleiten und die Erhebungen über die Arbeitszeit der in Getreidemühlen beschäftigten Personen zum Abschluß zu bringen.

Ueber den letzten Gegenstand hat der Referent Dr. Wörthoff einen Entwurf zu dem an den Reichsanwalt zu erhaltenden Bericht ausgearbeitet. In dem Entwurf sind die Ergebnisse der Erhebungen zusammengefaßt, mit denen sich die Kommission seit dem 3. Juni 1892 beschäftigt hat. Der Referent kommt in seinem Bericht zu folgendem Schluß: "Es wird daher vorgeschlagen, für die Regelung der Arbeitszeit in den Getreidemühlen Vorschriften zu erlassen, die von den nachstehenden Gesichtspunkten ausgehen:

1. In den Wassermühlen mit einer Hülsperson muß dem Gesellen täglich eine zusammenhängende Ruhezeit von acht Stunden gewährt werden.

2. In Wassermühlen mit wenigstens zwei Hülspersonen wird die Höchstdauer der täglichen Arbeitszeit auf 14 Stunden festgesetzt.

Bei wöchentlichem Schichtwechsel zwischen Tag- und Nacharbeit darf der den Tagdienst besorgende Geselle 12 Stunden, der nachts beschäftigte Geselle 16 zusammenhängende Stunden täglich beschäftigt werden.

3. Ausnahmen von vorstehenden Vorschriften sind an 30 Tagen im Jahre mit der Maßgabe zulässig, daß dann jedem Gesellen täglich nur eine zusammenhängende Ruhezeit von 8 Stunden gewährt werden muß. Die Wahl dieser 30 Tage bleibt dem Müller überlassen. Er ist verpflichtet, sie auf einer Kalendertafel ersichtlich zu machen.

4. Die Wassermühlen werden an den Sonntagen, an denen ihnen der Betrieb gestattet ist, von der Einhaltung der Vorschriften unter Ziffer 2 insoweit befreit, als dies zur Bewirkung des Schichtwechsels erforderlich ist.

5. Junge Leute unter 16 Jahren dürfen in Wind- und Wassermühlen einschließlich der Panzen nur 12 Stunden täglich und nur in der Zeit zwischen 5 1/2 Uhr morgens und 6 1/2 Uhr abends beschäftigt werden.

6. Auf Dampfmaschinen finden die vorstehenden Vorschriften Ziffer 2, 3 und 5 ebenfalls Anwendung."

Vorstehender kann die Sozialpolitik wirklich nicht mehr sein. 14- und löstündige Normalarbeitszeit also ein Ziel, auf's innigste zu wünschen! Hieran zeigt sich der ganze Jammer unserer so vielgerühmten Arbeiterkassen-Bewegung! Und trotz der Kläglichkeit dieser Forderung sind wir überzeugt, daß die Presse der Schlotbarone wieder alle Hebel in Bewegung setzen wird, um selbst diesen "Eingriff in das freie Arbeitsverhältnis" zu hintertreiben. Und Graf Sollogowsky wird in seiner Gegnerschaft gegen die "Polizei" wohl auch alles thun, um diese Anträge nicht zum Gesetz bzw. zur Bundesraths-Verordnung werden zu lassen.

— Die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1897 sind kürzlich für Preußen ausführlicher veröffentlicht worden.

Sie zeigen sehr deutlich, daß man durchaus nicht allgemein von einem Verfall der deutschen Landwirtschaft reden kann, sondern daß dem in Bedrängniß gerathenen Getreidebau in starkem Aufschwung begriffene landwirthschaftliche Produktionszweige gegenüberstehen. Die günstige Entwicklung der Viehzucht ist nach den statistischen Ziffern ganz unseugbar.

Es betrug die Gesamtzahl

	1878	1883	1892	1907
Pferde	2 282 485	2 417 367	2 685 661	2 808 419
Müder	8 689 514	8 787 641	8 871 521	10 352 672
Schafe	19 606 794	14 782 528	10 109 594	7 850 095
Schweine	4 204 026	5 819 136	7 225 001	9 300 281
Ziegen	1 481 461	1 680 656	1 964 180	2 164 425
Gänse				3 786 144
Enten				1 564 409
Hühner				31 120 771

Nur die Schafhaltung ist also eingeschränkt worden, seit 1878 allerdings um 60 pCt., seit 1892 um 22 1/4 pCt. Das Sinken der Wollpreise, aber auch die Verminderung der Weideflächen durch den allgemeinen ökonomischen Fortschritt haben diesen Rückgang bewirkt. Dagegen vermehrte sich der sonstige Viehstand ganz beträchtlich: die Schweine in der letzten Periode um über ein Fünftel, seit 1878 um 116 1/2 pCt. — die Müder um 6,90 bzw. 22,14 pCt. — die Pferde um 5,88 bzw. 23,04 pCt., die Ziegen um 10,20 bzw. 46,10 pCt.

Dabei ist, wie die "Statistische Korrespondenz" des Reiches in Prozentziffern darstellt, von einer Zählungsperiode zur anderen die Vermehrung bei allen diesen Thiergattungen rascher geworden. "Daß sich unsere Viehhaltung auch während des letzten Jahres verhältnismäßig mehr hob als während der beiden vorangegangenen Jahresjahre, ist eine um so bemerkenswertere Thatsache, als bekanntlich die durch die anhaltende Dürre des Jahres 1898 hervorgerufene Futternoth und der damalige Strohangel in großem Umfange zu Schlachtungen, besonders von Kühen, Ziegen, Schafen, sowie auch von Schweinen zwang, was eine bedeutende Verminderung der Bestände dieser Thierarten zur Folge hatte. Steht man diese Einbußen, welche inzwischen nicht nur ganz überwunden, sondern sogar in ihr vollständiges Gegenstück verwandelt worden sind, mit in Betracht, so ist das überaus günstige Ergebnis um so erfreulicher."

Das stimmt mit den üblichen agrarischen Klagen um so schlechter überein, als der Verkaufswert der deutschen Viehhaltung, sowohl wegen der günstigen Fleischpreise wie wegen des steigenden Lebendgewichts bei allem Schlachtvieh, wohlfeillich eine noch weit beträchtlichere Zunahme erfahren hat. Schon 1883 bis 1892 berechnete man für den gesamten deutschen Viehbestand den jährlichen Werthzuwachs auf 80 Millionen Mark; die Ziffern der letzten Periode werden also noch weit höher zu schätzen sein.

Dagegen meint das preussische statistische Bureau, daß unsere Gesellenszahl viel zu wünschen übrig lasse. Selbst wenn man beachte, daß sie am 1. Dezember, dem Zählungstage, wegen der tiefsten Stand im ganzen Jahre aufweise, seien auf 100 Köpfe der Bevölkerung 11,61 Gänse, 4,80 Enten und 95,42 Hühner bedauerlich wenig; 1892—1896 hätten wir denn im Reich durchschnittlich jährlich für über 100 1/4 Millionen Mark an Federvieh, Gieren und Bettfedern aus dem Auslande beziehen müssen.

Auch für das ganze Reich werden soeben einige Gesamtziffern mitgetheilt. Sie entsprechen durchaus den eingehenderen Mittheilungen über Preußen. Es wurden nämlich 1897 gezählt 4 038 483 Pferde, 18 490 672 Stück Rindvieh, 10 866 772 Schafe und 14 274 567 Schweine. Vom 10. Januar 1878 bis zum 1. Dezember 1897 vermehrten sich die Pferde um 888 254, das Rindvieh um 2 714 070, die Schweine um mehr als das Doppelte, nämlich um 7 160 469 Stück. Die Zahl der Schafe ist dagegen um 14 182 684 Stück zurückgegangen.

Die "Deutsche Tages-Zeitung" weiß zu diesen Ziffern weiter nichts zu sagen, als daß dieser wertvolle Theil des Volkvermögens, den der deutsche Viehbestand darstellt, gegen die Verfeuchung vom Auslande her mit allen nur möglichen Mitteln geschützt werden müsse. Gegen den Eruchenschuh an sich hat unseres Wissens

noch keine Partei Einwendungen erhoben, um so mehr gegen die agrarische Entstellung, als ob die Verfeuchung nur vom Auslande her gefährlich sei. Auch auf die vielgeschmähte Capriwische Handelsvertrags-Politik kommt das Bündlerblatt jetzt wohlweislich nicht zurück: mühte man sonst doch eingestehen, daß trotz unserer Zugeständnisse für die Vieh- und Fleischindustrie die Züchter und Wäher unter den Landwirthen ihren Bestand vermehrt, aber nicht verringert haben. Das paßt jedoch wenig in die agrarische Adbau-Agitation der Herren Klapper, Dahn und Ortel.

— Die in der Vorbereitung begriffene reichs-gesetzliche Regelung des Versicherungswesens bezieht auf dem Grundfahne der Konfessionsspflicht von Versicherungs-Unternehmungen. Offiziell wird hierüber mitgetheilt: "Dem Reiche soll die Konfessionierung und Aufsicht betreffs aller Versicherungs-Gesellschaften zustehen, deren Geschäftsbetrieb sich auf mehrere Bundesstaaten erstreckt, während an der Zuständigkeit der letzteren und ihrer Regierungen betreffs der lediglich auf das eigene Staatsgebiet beschränkten Versicherungs-Unternehmungen eine Aenderung nicht beabsichtigt wird."

Zur Durchführung einer wirksameren Aufsicht, wie sie im Interesse der soliden Versicherungs-Unternehmungen selbst liegt und von diesen auch gewünscht wird, reichen die vorhandenen Organe des Reiches nicht aus. Schon die Nothwendigkeit, in dieser Aufsicht technische Kräfte in großer Zahl heranzuziehen, weist vielmehr auf die Einrichtung einer besonderen Behörde für diesen Zweck hin, welche, ähnlich wie das Reichs-Versicherungsamt und das Reichs-Gesundheitsamt dem Reichskanzler des Innern zu unterstellen, aber mit selbständigen Befugnissen auszustatten wäre.

Mit Rücksicht darauf, daß die Thätigkeit eines solchen Versicherungsausschusses den Versicherungs-Unternehmungen selbst von großem Nutzen sein würde und insbesondere die in denselben wirkenden Versicherungstechniker ihr Können und Wissen im Interesse dieser Unternehmungen zu verwerthen haben würden, erscheint es nicht richtig, die Kosten dieser Einrichtung von der Gesamtheit tragen zu lassen, es empfiehlt sich vielmehr, nach dem Vorgange anderer Länder, u. a. der Schweiz, dazu diejenigen heranzuziehen, welche in erster Linie von der Einrichtung Nutzen haben. Bei der Leistungsfähigkeit der größeren Versicherungs-Unternehmungen erscheint eine solche Heranziehung derselben zu den Kosten der Aufsicht um so unbedenklicher, als diese sich nach den anderweitig gemachten Erfahrungen zweckmäßig und in leichter, wenig lästigen Formen durchführen läßt.

— Wegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Koch schlägt die gesamte agrarische und bimetallistische Presse wieder einmal Lärm, weil er vor "etwa zwei Wochen", nach einer Herrenhaus-Rede zu urtheilen, an die längere Ausreisetzung des Diskontes von 3 pCt. glaubte, während der Diskontsatz nunmehr doch wieder auf 4 pCt. hinaufgesetzt werden mußte. "Etwas mehr Voraussicht" verlangt das biederer Bündlerblatt von einem Reichsbankpräsidenten. Diesmal ist die Anspielung des verhassten Goldwährungs-Anhängers doppelt unangebracht. Die Erhöhung der Goldentnahme beruht bei der Bank von England wie bei der Deutschen Reichsbank ausschließlich auf der raschen Wendung zum Kriege seitens der Vereinigten Staaten. Diese haben schon längere Zeit soviel Gold aus Europa herangezogen, als in ihren Kräfte hand, bis schließlich die offene Kriegserklärung und damit die Wahrscheinlichkeit neuer, ganz außerordentlicher Goldbestände von Europa vor der Thür stand. Wer will heute sagen, daß das sicher voraussehen war? Ueber die Wahrscheinlichkeit des Krieges haben alle Renommirten der Welt in den letzten Wochen hin und her gerathen, warum soll nun gerade Dr. Koch der einzige Unschlöhre sein müssen? Wenn kein agrarischer Dahn danach krähte, daß Herr v. d. Recke bei den fundamentalsten Fragen die Stimmung seines eigenen heimischen preussischen Landtages noch nicht einmal zu ahnen verstand, dann darf man es Herrn Dr. Koch nicht verdenken, wenn er an den schließlichen Sieg des Friedens in einem überseeischen Parlament glaubt, das vor ein paar Wochen selber noch nicht wußte, was es wollte.

— Herr Woffe scheint in allem, was er thut, zwei Seelen in seiner Brust zu haben, so bei seinen Opinnen auf die Arbeit der Volksschullehrer, seinem Toast auf den freien Geist, seinem Lob auf das Frauenstudium, denen die Bevormundung der Lehrer, die lex Atrous und nun das Verbot der Errichtung eines Mädchengymnasiums durch die Stadt Breslau und zwar ohne jede Angabe von Gründen gegenübersteht.

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Aus Köln wird berichtet: Daß ein geisteskranker Eisenbahn-Beamter jahrelang seinen verantwortungsvollen Diensten versah, ergab die Verhandlung gegen den Weichensteller Müller aus Buchheim vor der hiesigen Strafkammer. Die gegen ihn erhobene Anklage lautete auf fahrlässige Tödtung eines Eisenbahn-Arbeiters und auf fahrlässige Gefährdung eines Eisenbahn-Transportes. Der Angeklagte war am 5. Mai vorigen Jahres als Haltestellen-Aufscher in Blöftein thätig und hatte als solcher einen Weichensteller beauftragt, eine Weiche umzulegen, wodurch ein Zusammenstoß verursacht und ein Arbeiter todt-gelassen wurde. Nach der Aussage des Sachverständigen Senitätsraths Kreisphysikus Dr. Wörth leitete Müller an epileptischem Grinzu. Seit 1877 ist der Angeklagte in Diensten der Eisenbahnverwaltung. Schon im Jahre 1895 zeigte sich bei ihm periodisch auftretender Wahnsinn. Er verließ im Dezember 1895 plötzlich seinen Dienst und wurde in gänzlich verwahrlostem Zustande im Park zu Brühl aufgefunden, worauf er ins Kölner Hospital und dann nach der Krankenanstalt "Hindenburg" geschafft wurde. Müller litt an Tobsucht und wurde ungeheilt wieder entlassen. Ein Wahnarzt hielt den Angeklagten zwar für dienlichfähig, aber seine probeweise weitere Verwendung für zulässig; als ein anderer Wahnarzt ihn für völlig gesund erklärte, wurde er wieder in seinen verantwortungsvollen Beruf eingestellt, den er weiter versah, trotzdem er mehrfach bestraft wurde, unter anderem wegen falscher Weichenstellung mit einem Verweis und wegen Gefährdung eines Eisenbahn-Transportes mit fünf Tagen Gefängnis. Nach dem oben geschilderten Unfall wurde Müller nach Mülheim am Rhein als Bahnseilschaffner versetzt. Hier fiel sein verwirrtes Wesen so sehr auf, daß man ihn später nur zu Botendiensten verwendete. Der Angeklagte gab an, daß er sich nicht erinnern, seinerzeit den Auftrag zum Umlegen der Weiche gegeben zu haben. Der Sachverständige hielt dieses für sehr wahrscheinlich, da Müller sich an jenem Tage wohl in epileptischem Dämmerzustande befand. Das Gericht nahm nach dem Urtheile des Sachverständigen an, daß sich der Angeklagte nicht in einem Zustande der freien Willensbestimmung befunden habe und sprach ihn frei.

— Ein diplomatischer Ehrenmann. Zeugnisse und Urtheile aus Anerkennungsschreiben für Theodor Reuß, die jetzt zur Versendung kommen, sind uns zu Händen gekommen. Wir veröffentlichen sie hiermit:

Der Reichs-Kommissar für die Welt-Ausstellung in Chicago, Wirth-Anstraße 74.

Berlin W., den 16. Juni 1894.

Herrn Theodor Reuß in Berlin.

Euer Wohlgebornen haben mich um eine Beurteilung über Ihre Thätigkeit in Zusammenhang mit der Reichsausstellung über die Welt-Ausstellung in Chicago ersucht. Insofern ich über diese Wirkksamkeit auf grund derjenigen Ihrer Publikationen, welche zu meiner Kenntniß gekommen sind, mir ein Urtheil zu bilden in der Lage war, beehre ich Ihnen gerne, daß Ihre Berichte durch Schnelligkeit, Gewandtheit und Gründlichkeit sich hervorthaten.

Hochachtungsvoll und ergebenst  
Wermuth, Rath, Geh. Ober-Reg.-Rath,  
Königliches Zeugniß des Magistrats der Stadt Augsburg.

Augsburg, den 15. Januar 1896.

Wir bezeugen hiermit, daß der am 28. Juni 1855 in Augsburg geborene Theodor Reuß, z. B. Direktor des Berliner Bureau des

amerikanischen Kabel-Institut „The United Press of New York“ hier beinaheberechtigt, unbescholten, als Kaufmann gut ausgebildet, überhaupt gründlich unterrichtet, mehrerer fremder Sprachen kundig, sehr begabt und geschäftig gewandt ist.  
(Siegel) Der I. Bürgermeister: Fischer.  
Wachauer.

**Königliche Bayerische Gesandtschaft.**  
Berlin, den 25. Februar 1896.  
Unter Rückleitung der Beilagen beehre ich mich Ihnen zu eröffnen, daß Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent allergnädigst sich bewegen gelassen haben, Ihnen die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen der Ihnen von Seiner Majestät dem Sultan verliehenen, zur Erinnerung an den türkisch-griechischen Feldzug gestifteten silbernen Kriegsmedaille gebührenrechtlich zu erteilen.  
Der Königliche Gesandte:  
Herrn Theodor Reuß Graf von Berchtesgaden.  
Berlin.

**Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika.**  
Berlin, 1. November 1896

**Lieber Reuß!**  
Ihre Artikel über die Kaisermandate habe ich sehr interessant und nützlich gefunden. Ich habe verschiedenes aus denselben ersehen, was mir im Felde entsangen war. Sie haben ein vorzügliches Auge für tatsächliche Situationen.  
Ich werde Ihre Artikel meinem amtlichen Bericht als Appendix beifügen.

**Ihr anfruchtiger**  
R. R. Evans, Hauptmann und Militär-Attaché.  
Berlin, 18. Februar 1896.

**Mein lieber Reuß!**  
Auf dem Subscriptionsball traf ich Herrn Reuß, welcher einer der Direktoren des New-York-Herald ist. Er fragte mich, ob ich ihm einen guten Berliner Korrespondenten empfehlen könnte. Ich dachte gleich an Sie, als den bestunterrichteten amerikanischen Korrespondenten hier. Herr Reuß sagte, er möchte Sie morgen im Hotel Bristol sprechen.  
Indem ich Ihnen besten Erfolg wünsche, verbleibe Ihr  
John B. Jackson, Eiserer Botschafts-Sekretär.

**The Central Press,**  
22 Parliament-Street,  
London SW., 16. Januar 1892.

**Lieber Herr Reuß!**  
Ich muß wirklich anerkennen, daß Sie ein bewundernswertes Genie entwickeln im Sammeln von interessanten Nachrichten, die (wie der Fall John News gezeigt hat, Red.) wenig andere zu erlangen scheinen. Ihr  
John Dawkins.

**The United Press,**  
New York office, 27. 2. 94.

**Lieber Herr Reuß!**  
Ich halte es nur für gerecht zu konstatieren, daß Reuß, in meiner Meinung, ganz ausgezeichnete Arbeit für uns gethan hat. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat er mit seinen Nachrichten den Welt-Rekord geschlagen, und hat uns Informationen gesandt, welche drei Wochen später von den Tageszeitungen in Deutschland aus unseren Berichten nachgedruckt wurden.

**Das Kleine Journal.**  
Berlin, le 8. Avril 1897.

Monsieur Théodore Reuss est le représentant de notre journal pour la Turquie et la Grèce et nous serons reconnaissants à toutes les personnes qui lui seront utiles.  
La redaction du „Kleines Journal“.  
Victor Hahn.

(In deutscher Uebersetzung: Herr Th. Reuß ist der Vertreter unseres Blattes für die Türkei und Griechenland. Wir werden allen Personen dankbar sein, die ihm bei seiner Thätigkeit behilflich sein werden.)  
**Deutsche Zeitung.**  
Berlin, 16. März 1898.

**Sehr geehrter Herr!**  
Nach den guten Diensten, welche Sie der „Deutschen Zeitung“ während der letzten Kaisermandate geleistet haben, beiraue ich Sie gerne mit der Berichterstatterung aus Friedrichsruh zum Geburtstag des Fürsten Bismarck.  
Mit vorzüglicher Hochachtung  
Dr. Friedrich Lange.

Der Vollständigkeit wegen möchte Herr Theodor Reuß sich auch noch um die folgenden Zeugnisse bewerben:  
1. Von Herrn Peukert wegen des Unterrichts im Bombensfabrikanten.  
2. Vom Berliner Polizeipräsidenten wegen seiner langjährigen eifrigen Dienste als agent provocateur.  
3. Von den belgischen Polizeibehörden wegen der Auslieferung John Reuß an die deutsche Polizei.  
4. Von dem Adjutanten des früheren Reichskanzlers Caprioli, Herrn Schmäyer, wegen des berühmten Madieschen-Aktenstückes.  
5. Vom Berliner Amtsgericht wegen der durch Zurücknahme der Klage gegen den „Vorwärts“ bewiesenen Friedfertigkeit.  
Charakteristisch für die bürgerliche Presse ist es, daß Herr Reuß ihr noch immer nicht zu schlecht als Mitarbeiter ist. Herr Reuß geht jetzt nach Bulgarien und Makedonien, um über die bulgarisch-türkischen Verwicklungen zu berichten. Die Presse, die Ehren-Reuß beschäftigt, ist ihres Helfersbedürfnis werth.

**Kiel, 14. April. (Sig. Ver.) Steuerzahler, freue Dich!**  
Die Wirkung der Annahme der Marineforderungen machen sich schon bemerkbar. Durch eine kaiserl. Kabinettsordre vom 12. April sind ganz umfangreiche Beförderungen verfügt worden, und zwar sind aus den nächst unteren Chargen ernannt worden: 2 Kapitane zur See, 8 Korvettenkapitane, 13 Kapitänleutnants und 29 Lieutenants zur See, im aktiven Offizierspersonal.  
Vom Maschinen- und Torpedopersonal sind ernannt worden:  
3 Oberingenieure, 7 Ingenieure und 10 Unteringenieure.  
Im Sanitätskorps sind ernannt: 5 Ober-Staffelärzte 1. Klasse, 8 Ober-Staffelärzte 2. Kl., 6 Staffälärzte und 8 Assistenzärzte 1. Kl.  
Zur Disposition sind gestellt: 2 Kapitane zur See und 2 Korvettenkapitane; von ersteren ist einer zum Kontr.-Admiral und von letzteren einer zum Kapitän zur See befördert worden.

**Kiel, 14. April. (Sig. Ver.)** Durch das große ostpreussische Jagdrevier des Kaisers, die Rominter Halbe, werden die Steuern in nicht unerheblicher Weise belastet. Im vorigen Frühjahr waren eine Anzahl Pioniere wochenlang in dem ausgedehnten Revier damit beschäftigt, über die die Forst durchkreuzenden kleinen Wasserläufe Brücken zu schlagen. In diesem Jahr ist nun schon seit Monaten das in Königberg garnisonierende Pionierbataillon in der Rominter Halbe mit der Vertiefung der in der Forst massenhaft aufgetretenen Nonnenranne beschäftigt. Vor einiger Zeit hieß es, daß die Soldaten bis zum 15. d. M. in der Halbe bleiben würden; jetzt ist die Frist bis zum 1. Mai verlängert. In den vergangenen drei Monaten bestand die Thätigkeit der Pioniere in dem Abfügen und Fortschaffen des Unterholzes, jetzt sollen sie nur noch die Räume mit Steinungen bestreuen, wodurch das Hinanfrachten der Raupen verhindert werden soll. Daß große Anstrengungen gemacht werden, die prächtigen ausgedehnten Rominter Wälder vor der Verwüstung oder gar Vernichtung durch die Nonnenranne zu schützen, ist ganz in der Ordnung. Nur meinen wir, daß die mit den Steuergroßen des Volkes unterhaltenen Soldaten nicht dazu da sind, monatliche Forstarbeiten zu spielen. Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß man auch Arbeiter genug gefunden hätte, die gern die Arbeiten verrichten hätten. Auffällig ist, daß man das Pionierbataillon so lange Zeit mit Wäldern beschäftigt hat, da doch stets betont wird, daß die Zeit, welche die Soldaten bei der Fahne verbringen, zur Ausbildung unbedingt notwendig ist. Von einer gehörigen Ausbildung ist aber bei den in der Rominter Halbe befindlichen Mannschaften keine Rede, da sie nur ganz kurze Zeit jeden Tag exerciren.

Wenn der Kaiser bisher zur Hirschjagd nach Rominten kam, wurden vom 33. und 59. Infanterie-Regiment zwei Kompagnien in Jagdbude, Theerbude und Spilltehem einquartiert, um Wacht-dienste zu verrichten. Vor einigen Tagen ist nun der Jägermeister Graf Dohna nach Rominten gereist, weil der Bau einer Kaserne neben dem Jagdschloß in Erwägung gezogen worden ist, in der, wenn irgend möglich, schon in diesem Jahr die beiden Kompagnien einquartiert werden sollen. Wir können uns nicht erinnern, daß der Reichstag schon die Mittel für den Bau bewilligt hat. Hoffentlich ist er überhaupt nicht dazu zu haben, denn an Kasernen fehlt es schon jetzt in Ostpreußen nicht, da trotz aller Friedensversicherungen des deutschen und russischen Herrschers fast jeder kleine ostpreussische Ort wegen des lieben Nachbarn im Osten eine starke Garnison hat.

**Oesterreich.**  
Wien, 14. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der Beschluß des niederösterreichischen Landtages, durch welchen die Landes-zuschläge zur Steuer der Aktiengesellschaften weit höher bemessen werden sollten, als die Zuschläge zur allgemeinen Erwerbssteuer, wurde vom Kaiser nicht sanktioniert.

**Triest, 14. April.** Die Ansammlungen vor der Antonius-Kirche wegen der geistlichen Konferenzen über die soziale Frage wiederholten sich heute. Ein Zwischenfall hat sich nicht ereignet. Der Versuch, vor dem bischöflichen Palais zu demonstrieren, wurde vereitelt.

**Triest, 15. April.** Gegen die Ueberlassung der St. Antonius-Kirche zu Predigten mit politischer Tendenz hat der Gemeinderath in seiner gestrigen Sitzung Protest erhoben. Er druckte den Bürgermeister, bei der bischöflichen Kurie die zweiten angeklagten vier Predigten des Jesuitenpater Papillisch zu verhindern und gab die Erklärung ab, bei Fortdauer derselben jede Verantwortung für die Folgen angeht der hochgradigen Erregung der Bürgerschaft ablehnen zu müssen.

**Schweiz.**  
Bern, 15. April. Der Nationalrath hat die Vorlage betreffend die Uebernahme der Garantie seitens des Bundes für die Anleihe von 60 Millionen Franken zum Bau des Simplon-Tunnels einstimmig angenommen. Die Referenten konstataren, daß auf Seiten Italiens hinsichtlich der Zusicherung der vorgesehenen Subventionen sowie der Genehmigung der Konzeptionsübertragung an den Bund alles in Ordnung sei.

**Frankreich.**  
Paris, 15. April. Wie der „Matin“ wissen will, bemühte sich das englische Kolonialamt neuerdings, eine Lösung der Nigerfrage zu verhindern und die Verhandlungen hinzuziehen. Es scheint, als wolle England Zeit gewinnen, um am Niger eine regelrechte kleine Armee zu versammeln und hierdurch die Verhandlungen zu beeinflussen.

**Paris, 15. April.** Die Mitglieder des klageführenden Krieges-gerichts haben beschlossen, im Jola-Prozess nicht als Privatbeteiligte aufzutreten. Nur das Kriegsgericht als solches wird als privatbeteiligte Partei erscheinen. Dasselbe wählte den Chef der Advokatenkammer, Popar, zu seinem Anwalt.

**Ungar, 15. April.** Der Arrangeur der antisemitischen Straßen-kanäle, May Regis, ist gestern vom Gericht freigesprochen worden, da der Thatbestand der Anklage als nicht genügend aufgeklärt angesehen wurde. Drumont und seine Anhänger haben bei der Urtheilsvorlesung ihren Weisfall kund und unmarnten Regis.

**Italien.**  
Rom, 15. April. Die Deputirtenkammer ertheilte die Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung der Deputirten Macola, Zaffi, Fusinato und Donati wegen des Duells Cavallotti, Macola.

**Russland.**  
Petersburg, 15. April. Infolge der fortgesetzten Einfälle persischer Händelbanden in russisches Gebiet richtete, wie verlautet, die russische Regierung eine scharfe Note an die persische Regierung mit der Drohung, daß, falls Persien die Sicherheit an der Grenze nicht zu wahren im Stande sei, Rußland ernste Vorkehrungen treffen werde.

**Türkei.**  
Auf Kreta hat sich eine kleine Bewegung zum Besseren vollzogen, die hauptsächlich das Verdienst des britischen Konsuls Sir A. Villotti ist. Die „Nat.-Ztg.“ berichtet hierüber: „Seit langer Zeit bemüht sich dieser Funktionär, die Weis und christlichen Führer auf neutralen Orte zusammenzubringen. Jetzt endlich ist es ihm gelungen. Es wurde außerhalb der Mauer der Stadt Candia ein Markt etabliert, und es wurden Christen und Muselmanen eingeladen, denselben zu besuchen und zu besuchen. Im Anfang erschienen wohl die Christen, aber die Muselmanen hielten sich fern. Am Dienstag vor acht Tagen geschah es zum ersten Male, daß auch mehrere unselbständige Notabeln aus der Stadt auf dem Markte erschienen. Sie wurden von den Insurgenten eifrig freundschaftlich empfangen. Im gegenseitigen Verkehr wurden beiderseits die lebhaftesten Wünsche für die baldige Pacifikation der Insel zum Ausdruck gebracht. Also endlich ein Anfang friedlicher Verständigung zwischen der kretensischen Bevölkerung selbst!“

**Griechenland.**  
Athen, 14. April. Die Meldung der „Times“ vom 8. d. M., der König habe die Kandidatur des Prinzen Georg als eine vollzogene Thatsache erklärt, ist unzutreffend. Ein Individuum belästigte den Kronprinzen und die Kronprinzessin, als diese zu Wagen in das Schloß zurückkehrten; die Person wurde verhaftet und als geisteskrank festgestellt.

### Parlamentarisches.

**Im Reichstage** hat der Abgeordnete Nintele eine Abänderungs-Anfrage zur zweiten Beratung des von den Abgeordneten v. Salisch und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen der Strafprozess-Ordnung vom 1. Februar 1877 und der Zivilprozess-Ordnung vom 30. Januar 1877, sowie die Bestrafung wesentlich falscher unbeeideter Aussagen eingebracht.

**Das Mandat** des Abgeordneten Dr. jur. Schnaubert, Vertreters von 2. Gumbinnen (Magnit-Biskallen) im preussischen Abgeordnetenhaus, ist durch dessen Beförderung zum Ober-Regierungsrath in Königsberg erloschen. Damit sind vier Mandate zum preussischen Abgeordnetenhaus erledigt, nämlich, außer Magnit-Biskallen, durch die Beförderung des Gemeinderaths-Trotz in Solz zum Regierungspräsidenten 4. Kassel (Marburg), durch den Tod des Landgerichtsraths v. Unruh 4. Köslin und durch den Tod des Abg. v. Schöning 4. Stettin (Prig-Sayig).

### Der Streik am Piesberge.

Nicht sozialdemokratische, sondern unter dem direkten Einfluß christlicher Organisationen stehende Arbeiter sind es, die seit dem 25. März auf dem Kohlenbergwerk Piesberg bei Osabrück in Ausstand getreten sind. Diese Thatsache ist für den sozialdemokratischen Beobachter dieser Streikbewegung ein schlagender Beweis dafür, daß alle Versuche, die Arbeiter niederhalten, sie der modernen Arbeiterbewegung fernhalten zu wollen, schließlich an dem Interessengegenscheltern, der zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer besteht. Die Bergwerksverwaltung des Georgs-Marien-Bergs versandte gegen die angeblich falschen Darstellungen der Streikbewegung eine (an anderer Stelle unserer heutigen Nummer wiedergegebene) „objektive“ Schilderung an die Presse, die nur beweist, daß die Arbeiter trotz des ständigen Einverständnisses von Unternehmerthum, Kirche und Staat in Fragen des wirtschaftlichen Lebens einmal von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht haben. Und daß auch in christlichen Arbeiterkreisen endlich das Selbstgefühl des Arbeiters erwacht, das ist ein großer gewerkschaftlicher Fortschritt. Es kennzeichnet die vor keiner Niedertracht zurückweichende Arbeiterfreundschaft der Stumm'schen Presse, wenn die „Post“ selbst diesen Streik, bei dem es sich um die Aufrechterhaltung religiöser Feiertage handelt, mit derselben Unredlichkeit, die sie in ihren Besprechungen des Hamburger Gasenarbeiterstreiks und anderer Ausstände erkennen läßt, als das Produkt eines angeblichen Herrschaftsgelüsts der Arbeiter hinzustellen sucht.

Die Vergleiche des Werkes Piesberg hatten aus aller Zeit her an keinem katholischen Feiertage zu arbeiten. Da aber Zeit für den Unternehmer Geld ist, so suchte die Bergwerks-Verwaltung die Zahl der kirchlichen Feiertage zu beschränken. Ein Vorwand zu der Veranlassung der Arbeiter an Feiertagen war schnell gefunden. Seit etwa 1 1/2 Jahren hat das Werk mit Wasserschwierigkeiten zu kämpfen. Um die hohen Wasserhaltungskosten, die auch an den vielen Feiertagen zu zahlen waren, ohne daß irgend ein Aktivum an Förderung ihnen gegenüberhand, zu vermindern, sollten den Arbeitern einfach sieben Feiertage im Jahre gestrichelt werden. Die Bergwerks-Verwaltung traute sich nun aber angestrichelt nicht, auf eigene Faust mit der Verwerthlichung der sieben Feiertage vorzugehen und holte darum vorher die Zustimmung des Osabrücker Bischofs ein. Die war sehr rasch zu erhalten — freilich sollten die Arbeiter an jenen Feiertagen, da sie künftig in die Grube zu fahren hatten, vorher Zeit und Gelegenheit erhalten, eine Messe zu hören, wie es das Kirchengesetz vorschreibt. Daß die Bergbehörde erst recht die Feiertagsarbeit genehmigte, daran wird wohl nichts verwunderliches gefunden werden. Nachdem sich die Bergwerksverwaltung auf diese Weise versichert und rückversichert hatte, ordnete sie an, daß in Zukunft an den betreffenden Feiertagen gearbeitet werden möchte. Daß vorher auch die Arbeiter gefragt worden wären, ob sie mit der Aenderung einverstanden seien, das hielt man für überflüssig, nachdem selbst der Bischof seinen Segen gegeben hatte. Denn die guten frommen Seelen werden doch nicht gegen Kirche und hohe Obrigkeit einen eigenen Willen befehlen wollen. Indessen — man hatte diesmal ganz wider Erwarten die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Man rechnete nicht darauf, daß eben auch die launfrömsten Arbeiter immer mehr moderne Menschen werden, die sich nicht wie Kinder gängeln lassen wollen. Als der erste Feiertag, an dem gearbeitet werden sollte, Maria Verkündigung kam, da blieben 800 Mann der Belegschaft am Piesberge der Arbeit fern. Die kirchlichen und weltlichen Behörden bekamen einen gelinden Schreck, als sie merkten, daß mit dieser Feiertagsentziehung ein großer Fehler gemacht war. Aber anstatt ihn möglichst ungeschrien zu machen, glaubte die Bergwerks-Verwaltung mit scheinbarer Strenge gegen die Streikenden vorgehen zu sollen. Es wurde diesen gelündigt; damit hoffte man auch die übrigen Arbeiter einzuschüchtern. Das Gegentheil trat aber ein. Die Arbeiter ließen ihre Kollegen nicht in dieser rücksichtslosen Weise unglücklich machen, sie erklärten sich mit ihnen solidarisch, der Streik nahm Dimensionen an, an die man im Osabrücker nicht geglaubt hätte. Selbst der ultramontanen Presse, die für die Streikenden bisher eintritt, wird ganz schädel bei diesem Ausstände, dessen weitere Entwicklung für die Unternehmer noch lehrreiche Einblicke in die Interessen-solidarität der Arbeiter bringen kann.

Wenn darüber kein Zweifel bestehen, mögen die gewerkschaftlich anderweitig organisierten Arbeiter über die christlichen Organisationen und über den speziellen Vorstoß des Streiks denken, was sie wollen: die deutschen Arbeiter, die Bergleute Rheinlands und Westfalens werden trotz aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten ihren streikenden Brüdern am Piesberge in ihrem Kampfe gegen das Kapital die erforderliche Hilfe nicht verweigern.

### Partei-Nachrichten.

Die „Nordwacht“, unser wöchentlich erscheinendes Parteivierteljahr, feierte am 8. April das Jubiläum ihres zehnjährigen Bestehens. Ihre Gründung wurde veranlaßt durch das Verbot der „Kundschau“, dem Gesetz für den gleichfalls verbotenen „Sonntagsboten“. Beide waren im Verlage von J. H. W. Diez in Hamburg erschienen und wurden viel gelesen, besonders der „Sonntagsbote“, zu dessen Verbreitungsbezirk nicht nur das nordwestliche, sondern auch ein Theil Mitteldeutschlands gehörte. Die „Nordwacht“ brachte während der 1890er Wahlbewegung ihren Abonnementstand auf 20 000. Als nach dem Erscheinen des Sozialisten-Gesetzes in den norddeutschen Industriezentren eigene Blätter entstanden, verringerte sich selbstverständlich ihr Leserkreis, heute hat sie nur noch wenige Tausende von Lesern. Aber sie darf sich nicht schämen, daß sie auch heute noch ihren Platz ausfüllt. Hat sie vor 10 Jahren die Marschbataillone gesammelt und begeistert, um kräftig mit zu helfen, den entscheidenden Schlag zu führen gegen das Weich, das die Arbeiterkraft außerhalb der Reichsgleichheit stellte, so sammelt, verblüdet und unterrichtet sie jetzt die arbeitslosen Posten in Städten, Dörfern, Weibern und härt in diesen das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur großen Armee des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats. Sie verbindet zahlreiche Genossen im Ausland mit der Heimath, denen es ein Bedürfnis ist, sich fortwährend über die Entwicklung der politischen Zustände und der proletarischen Bewegung in Deutschland zu unterrichten.

Um die „Nordwacht“ wie um das Anfließen der sozialistischen Bewegung in der nordwestlichen Ecke Deutschlands überhaupt hat sich der Parteigenosse Paul Hug besonders beachtenswerthe Verdienste erworben.

„Der Westruf“, das Organ der Sozialdemokratie des Wahlkreises Essen, erscheint seit April in vergrößertem Format. Sobald wie möglich soll das Blatt, das jetzt in unbestimmten Zeiträumen, jedoch mindestens zweimal im Monat erscheint, wöchentlich herausgegeben werden.

Die Sozialdemokratie des Herzogthums Koburg hält Sonntag, den 17. April, in Oelslau im Saale des Herrn Grotz eine allgemeine Landeskongress ab, wo die letzten Vorbereitungen zur Reichstagswahl getroffen werden sollen.

In Buzlau beschloß eine Konferenz der Parteigenossen des Wahlkreises Buzlau-Lüben nach einem Referat Stolpe's, sich nicht an den preussischen Landtagswahlen zu betheiligen, da die Betheiligung ausgeschlossen sei.

Matteier. In Bremen hat der Senat die Genehmigung zum Festzuge und zur Abhaltung von Versammlungen auf dem Behnenkamp verweigert.

In Düsseldorf beschloß der Sozialdemokratische Volksverein, die einzelnen Stadtverordneten der Reihe nach zu ersuchen, für die Aufhebung eines früheren Beschlusses des Stadtverordneten-Kollegiums einzutreten, wonach den Arbeiter-Vereinigungen die städtische Tonhalle verweigert wird.

### Wahlbewegung.

Ein Parteigenosse schreibt uns: Hier im Berliner 5. Wahlkreise sangen die Freisinnigen an sich zu regen. Nachdem der große Eugen fünf lange Jahre in Berlin nichts von sich hören ließ, steigt er am nächsten Montag wiederum zum Vorschein und wird den biedern Kleindartern, so noch dem Freisinn anhängen, einen Kandidaten empfehlen. Dazu soll Schulrat Zwick ausersuchen sein, eine Kandidatur, welche die Danneberg-Jünglinge schon seit zwei Jahren, wie sie sich berühmen, für den 5. Wahlkreis in petto haben. Wir sind wirklich neugierig, ob die Philister des Kreises dazu Ja und Amen sagen und das Ansehen der Kandidatur des hier gänzlich unbekanntem Mannes sich ins Rest legen lassen werden. Nun, wir stehen gerüstet und denken alle Gegner schon im ersten Treffen glatt zu schlagen. Sollte es, was wir nicht glauben, zur Stichwahl kommen, so dürfte, wie schon früher einmal, der Herr Antisemit zu solcher Ehre gelangen. Unsere Organisation klappt aber und wir werden unser Egerstium, mit und ohne Stichwahl, bestehen. Zu der bereits mitgetheilten Mandatsablehnung des Reichstags-Abgeordneten Dr. Stephan in Benthien wird von dort noch geschrieben: Parliaments müde ist nach seiner eigenen Mittheilung an die „Schles. Volksz.“ der ober-schlesische Landtags- und Reichstags-Abgeordnete Dr. Stephan aus Benthien. Aus Familien-rücksichten, richtiger wohl wegen der offen zu Tage tretenden Gegnerschaft

feiner Wähler gegen seine Haltung in der Flottenfrage, will er ein Mandat nicht mehr annehmen. Im Landtage vertrat Stephan den Industriebezirk (Weutchen-Tarnowitz-Kattowitz-Fabrje), im Reichstage Dr. Strechly-Kofel. Die Rubrikation der Kandidaturen dieser Kreise dürfte wohl nicht ganz glatt abgehen, da den Polen sehr viel darauf ankommt, gerade im Industriebezirk einen Kandidaten ihrer Farbe zu erhalten. Mit Recht bemerkt der „Katholik“ zum Wählergange Stephan's, daß die Zahl der gern und tüchtig arbeitenden Zentrumsparlamentarier immer geringer wird. — Im Wahlkreise Hainau, Goldberg, Liegnitz ist als Kompromißkandidat der Konservativen und des Bundes der Landwirthe Gutbesitzer Rudolph Hornig in Nabelsdorf für den Reichstag aufgestellt worden. — Der Landgerichtsrath Neulirch in Breslau ist als freisinniger Kandidat in dem posener Wahlkreise Lissa-Fraustadt aufgestellt worden.

In dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen wurden während der Osterfeiertage in den Orten Altdamm, Pobejuch, Finkenwalde, Friedensburg und Greifenhagen Volksversammlungen abgehalten, in welchen der Kandidat des Reiches, Genosse A. Köstler-Berlin, über die bevorstehende Reichstagswahl referirte. Alle Versammlungen waren sehr gut besucht. In Altdamm mußten sich die Besucher mit einem kleinen Saal begnügen; der Bürgermeister hatte die Versammlung in dem von den Arbeitern gemieteten Saal verboten. — Sicherem Vernehmen nach wird der bisherige Vertreter des Wahlkreises von der Offen-Blumberg nicht mehr kandidiren, an seiner Stelle ist der Landrath des Kreises von Mantuffel in Aussicht genommen.

Eine Befragung der Vertrauensmänner der beiden freisinnigen Parteien des Reichstags-Wahlkreises Schwarzburg-Sonderhausen wegen Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten führte zu keinem Ergebnis, so daß jedenfalls von beiden Parteien je ein Kandidat aufgestellt werden wird.

Im 4. sächsischen Wahlkreise Dresden-Neustadt hat das konservative Wahlkomitee den früheren Gutbesitzer, jetzigen Privatmann Hönerbach in Niederbühlitz als Kandidaten aufgestellt. Bekanntlich ist hier von liberaler Seite der Geh. Regierungsrath Böhmer als Kandidat proklamirt worden. Dazu wird wahrscheinlich noch eine deutsch-soziale Kandidatur kommen. — In Chemnitz hat der gesammte Ordnungsbüro auf die Kandidatur des Justizraths Dr. Enzmann geeinigt.

### Generalversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Göttingen, den 14. April.  
Die Vormittags-Sitzung wurde heute angefangen, um den verschiedenen Kommissionen Zeit zur Berathung zu lassen. In der Nachmittags-Sitzung erstattete zunächst die Revisionskommission den Bericht, sie beantragte Decharge für den Kassirer. Der zweite Vorsitzende Seipert, der seine Kündigung eingereicht hatte, ist nach Rücksprache mit der Kommission von seinem Vorhaben zurückgetreten. Die Kommission beantragte ferner die Anstellung eines weiteren Beamten im Bureau, da sich herausgestellt habe, daß die Beamten im Bureau mit Arbeiten sehr überlastet sind. Die Gehälter will die Kommission auf 160 M. für die händlichen Beamten und 140 M. pro Monat für die Hilfsarbeiter bemessen. Eine längere Debatte entstand, als auf eine Anfrage an den Vorstand befragt wurde, daß die Zahlstelle Berlin einen höheren Antheil für Lokalverwaltungszwecke zurückbehalten hat, als die übrigen Zahlstellen. Mehrfach wurde betont, daß für die Berliner Zahlstelle keine Ausnahmebestimmung geschaffen werden sollte, während die Vertreter aus Berlin erklärten, daß die erhöhten Ansprüche für die Berliner Verwaltung sie zwingen, größere Ausgaben für Agitation und Verwaltungszwecke zu machen. Neulich Leipzig beantragt die angeblich zu unrecht erhobene Summe zurückzufordern. Dieser Antrag wird später zurückgezogen und hierauf eine Resolution angenommen, in der das Verhalten der Berliner Zahlstelle getadelt, aber auf die Rückzahlung des Geldes Verzicht geleistet wurde. Bloke-Berlin erklärte, daß die Berliner Delegirten dafür wirken würden, 2000 M. dem Streikfonds in Stuttgart zu überweisen.

Die Anträge der Revisionskommission wurden sodann mit großer Majorität angenommen. Beschlossen wurde, den Verbandsbeamten im Sommer eine Woche Ferien zu gewähren. Zur Erledigung gelangten hierauf einige Streitgesuche, von denen zwei genehmigt und die übrigen theils abgelehnt, theils zur Berücksichtigung dem Vorstande überwiesen wurden.

Die Kommission für die Berathung des Streikreglements hat gegenüber dem bisherigen Zustande eine Reihe von Veränderungen vorgeschlagen. Die Diskussion über diesen Gegenstand dehnt sich bis zum Schluß der Sitzung aus.

### Siebente ordentliche General-Versammlung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Maiuz, 14. April.  
Vormittags-Sitzung. Die Diskussion über den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses wird fortgesetzt. Es nehmen nach einander 30 Redner das Wort. Im allgemeinen ist man mit dem Bericht einverstanden. Viele Delegirte sprechen sich gegen die großen Agitationskosten und für den Ausbau der Agitationskommissionen aus. Hierauf wird der Antrag rückte, die Mitgliederzahl, und zwar männliche und weibliche gesondert, bei den Abrechnungen an den Hauptvorstand anzugeben, angenommen. Angenommen wird ferner der Antrag, wonach der Unterstützungsfonds in Zukunft Streikfonds genannt und vierteljährlich Abrechnung gelegt werden soll. Den Delegirten ist in Zukunft der Geschäftsbericht schon mit den Mandaten zusammen zuzustellen. Abgelehnt wird der Antrag Brantsch, ein Darlehen von 250 M. zur Errichtung einer Zentralwerkstatt zu gewähren. Annahme findet der Antrag, in den zukünftigen Geschäftsberichten die Bestrafungen wegen Streikvergehen mit aufzunehmen. Ferner: Den Agitationskommissionen sollen geeignete Broschüren geliefert werden. Dem Vorstand wird hierauf einstimmig Decharge erteilt.

In der Nachmittags-Sitzung wird nach einem Referat Legiens und nachdem sich eine ganze Anzahl Redner, theils für, theils gegen ausgesprochen, der schon mitgetheilte Beschluß mit 88 gegen 10 Stimmen gefaßt, sich wieder der Generalkommission angeschlossen.

Arbeitslosen-Unterstützung. Referent Kille: Seit Jahren wird über die Frage debattirt, aber ohne feste Grundtatsache. Seit Bestehen bewegt sich unsere Organisation in einem Kreislauf. Einmal gewinnen wir einige Tausend, dann verlieren wir sie wieder. Wir müssen mehr bieten. In anderen Gewerkschaften hat man mit der Arbeitslosen-Unterstützung Vortheile erzielt. Bei der Arbeitslosen-Zählung im Jahre 1898 ergab sich bei uns keine so kolossale Arbeitslosigkeit. Am 14. Juni 1898 gab es 196 440 Arbeiter der Schuhindustrie (wovon viele nur in Nebenberuf), davon 2870 Arbeitslose (1,27 pCt.), am 2. Dezember 1891 (2,09 pCt.); im Durchschnitt 1,63 pCt. Arbeitslose. Vorwärts ist bei diesen Zahlen geboten, aber so kolossal wie anderswo ist die Arbeitslosigkeit bei uns nicht. Das Jahr war freilich günstig, die Termine für unser Gewerbe ebenfalls. Der wirkliche Durchschnitt mag höher sein. Aber die Jahresklassen von 20—30, die für uns vornehmlich in Betracht kommen, stehen besser. Es würde 10—15 Pf. Beitrag per Woche erfordern, um 1 M. Unterstützung per Tag zu gewähren.

Trotz der alten Phrase, daß dadurch der Kampfscharakter gefährdet würde, haben die Organisationen, die die Unterstützung eingeführt haben, damit ihre Stellung gestärkt. Die Wandernden werden unterstützt; warum der nicht, der am Orte bleibt, vielleicht gerade für die Erhaltung der Zahlstelle unentbehrlich ist? Redner erklärt sodann die einzelnen Bestimmungen seines Entwurfs und schließt seine Ausführungen unter dem lebhaften Beifall der Versammlung.

Der Zentralverband des Glaser zc. hielt zu Ostern in Würzburg seinen 8. Verbandstag ab. Nach dem Bericht des Hauptvorstandes hat der Verband in 53 Zahlstellen 1527 Mitglieder.

Das Vereinsvermögen hat sich in den drei letzten Jahren, auf die sich der Bericht erstreckt, bedeutend vermehrt. Während der Kassenbestand der Hauptkasse Ende Dezember 1894 die Summe von 4487,94 M. betrug, war er Ende Dezember 1897 auf 10 021,90 M. angewachsen. Die Einnahmen in dieser Zeit betrugen 57 888,45 M., die Ausgaben 47 881,55 M. Im Streikfonds waren Ende Dezember 1894 555,22 M.; diese Summe mehrte sich auf 2286,98 M., während die Ausgaben von 1. Januar 1895 bis Ende Dezember 1897 2087,95 M. betrugen, so daß ein Restbestand von 198,03 M. blieb. Hierbei sind die örtlichen Streikfonds nicht einbezogen. Letztere verfügen theilweise über sehr nennenswerthe Beträge, z. B. Leipzig über 1000 M. Ein Antrag auf Anschluß an den Holzarbeiter-Verband wurde mit 4 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Von verschiedenen Zahlstellen wurde eine Erhöhung des Wochenbeitrags gewünscht und der Verbandstag beschloß dem auch nach gründlicher Aussprache mit 16 Stimmen, den Beitrag, der gegenwärtig 15 Pf. beträgt, auf 20 Pf. festzusetzen.

Die organisierten Müller Deutschlands hielten ihren Verbandstag in Erfurt ab. Vertreten waren 29 Zahlstellen. Dem Vorstandsbericht entnehmen wir das folgende:

Dem Beschlusse des letzten Verbandstages entsprechend, hat die Hauptverwaltung für die Aufklärung der Mitglieder in Beziehung auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Müllergewerbe durch Wort und Schrift Sorge getragen. Ferner ist die strafrechtliche Verfolgung aller der Hauptverwaltung zur Kenntniß gekommenen Uebertretungen der Sonntagsruhe veranlaßt worden. Auf dem letzten Verbandstag war die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung berathen worden. Im Anschluß hieran erfolgte eine Urabstimmung, an der sich von 887 steuerzahlenden Kollegen nur 304 betheiligten. Diese Arbeitslosen-Unterstützung wurde abgelehnt. Mit Rücksicht auf das geringe Interesse an der Entscheidung einer so wichtigen Frage hielt es die Hauptverwaltung für rathsam, die Kosten für Aufnahme einer Berufsstatistik zu ersparen. Dem Antrage auf öfters Herausgabe der Hochrechnung konnte aus finanziellen Gründen bisher noch nicht Folge gegeben werden. Nach dem letzten Gewerkschaftscongres ist eine Verschmelzung der beiden (nord- und süddeutschen) Müllerverbände gelungen, und zwar indem die deutschen Gewerkschaften das 1000 M. betragende Defizit übernahmen. Maßregelungen und Streiks sind in zehn Städten vorgekommen. Die von der Hauptverwaltung fortgesetzt angestrebte Verschmelzung der Nahrungsmittel-Industrieverbände ist nicht zur Vollendung gekommen. Einnahmen wurden in den Jahren 1895—1897 insgesamt 4080,43 M., ausgegeben 3547,98 M. Der Kassenbestand betrug sonach Anfang dieses Jahres 535,45 M. Für die Generalkommission der Gewerkschaften wurden während der Berichtszeit 334,78 M. eingenommen.

Bei der Diskussion über die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung gingen die Ansichten der Delegirten sehr auseinander. Während einige Redner, so der Delegirte aus Breslau, sich als prinzipielle Gegner dieses von der Hauptverwaltung befürworteten Antrages erklärten, waren andere Redner nur deshalb gegen die Arbeitslosen-Unterstützung, weil sie befürchteten, der Verband werde wegen der damit bedingten Beitragserhöhung an Mitgliederzahl verlieren. Ein solch gut angebautes Kassenwesen, wie es die Buchdrucker haben, sei wohl sehr wünschenswert, lasse sich aber bei den niedrigen Löhnen der im Müllergewerbe Beschäftigten nicht sogleich durchführen. Um das längst gesteckte Ziel einer Arbeitslosen-Unterstützung zu erreichen, müsse man vorher verschiedene andere wichtige Fragen, wie Herbergwesen, Arbeitszeit, Lohnverhältnisse u. s. w. regeln. Die Arbeitslosen-Unterstützung wurde hierauf mit 18 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Der nächste Berathungsgegenstand betraf die Beitragsfestsetzung. Angenommen wurde der Antrag der Hauptverwaltung, wonach von 1. Juli ab das Eintrittsgeld 75 Pf. und der Monatsbeitrag 80 Pf. (bisher 60 Pf.) betragen soll. Auf Antrag Bremens erhielt der Verband den Namen: „Verband der Müller und Mühlenarbeiter Deutschlands.“ Im weiteren wurde beschloffen, das Verbandsorgan „Einigkeit“ statt wie bisher vierzehntägig, künftig monatlich dreimal herauszugeben. Beim Vaukt Regelung der Arbeitszeit und Einschränkung der Sonntagsruhe wurde eine Petition an den Bundesrath beschlossen, worin die dem Bundesrath wiederholt vorgebrachten Wünsche erneuert werden. Verlangt wird unter Vorweisung auf die Ergebnisse der im Jahre 1898 über die Arbeitszeit der Müller vorgenommenen amtlichen Erhebung:

1. Die Arbeitszeit in Getreidemühlen, welche bis zu drei Arbeiter beschäftigen, täglich auf 12 Stunden, in denen, welche mehr als drei Arbeiter beschäftigen, täglich auf 10 Stunden (in beiden Fällen einschließlich einer Stunde Mittagspause) gesetzlich zu beschränken.
2. Junge Leute unter 16 Jahren sollen täglich zwei Stunden weniger arbeiten. Nachtarbeit derselben ist verboten.
3. Die Sonntagsarbeit ist in den Mühlen, welche mehr als einen Arbeiter oder Lehrling beschäftigen, verboten.
4. Für Mühlen, welche nur einen Arbeiter oder Lehrling beschäftigen, soll die Sonntagsarbeit an 10 Sonntagen jährlich erlaubt sein.

Nachdem noch die Ausgabe von Fragebogen über die Verhältnisse in den Mühlen beschlossen und einige andere Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde der Verbandstag vom Vorstehenden Bartels' Viced mit einem Hoch auf den Verband beendet.

### Gewerkschaftliches.

#### Deutsches Reich.

Aus Osnabrück liegt über den Streik am Piesberge folgende Wolff'sche Depesche vom Freitag vor: Auf der Georg-Marien-Hütte ist der Betrieb größtentheils wieder aufgenommen worden. Heute arbeiteten bereits über 700 Arbeiter. Es herrscht völlige Ruhe.

Der national-liberale „Hannoversche Kurier“ bringt eine offenbar von der Werkverwaltung ausgehende Darstellung der Streifursache, die neben dem durch die ultramontane Presse bereits bekannt gewordenen einiges Neue enthält: In den sieben katholischen Feiertagen, um die es sich handelt, werde in sämtlichen übrigen Betrieben des Georg-Marien-Vereins, sowie überhaupt in allen industriellen Betrieben der Gegend, deren Arbeiter sich aus beiden christlichen Konfessionen rekrutiren, seit Jahrzehnten gearbeitet. Nur am Piesberge war das noch aus der römischen Zeit her nicht der Fall. Der Bischof von Osnabrück, mit dem daher zunächst wegen Durchführung der Feiertagsarbeit verhandelt wurde, hat dazu in einschlägiger Weise seine Zustimmung gegeben und den katholischen Arbeitern gestattet, die von ihnen geforderte Werkarbeit im Bergbaubetriebe zu verrichten, nachdem sie zuvor dem Kirchengebote, das den Katholiken an allen Sonn- und Festtagen den Besuch des Gottesdienstes vorschreibt, Genüge gethan hätten. Die Werkverwaltung hat dementsprechend angeordnet, daß die erste Schicht erst um 9 Uhr vormittags beginnen sollte, damit die Leute vorher den gewöhnlichen Frühgottesdienst besuchen könnten. Die Steinbrüche-Arbeiter, die etwa ein Drittel der Belegschaft ausmachen, sollten im übrigen an den Feiertagen zur Arbeit nicht verpflichtet sein. Die Bergbehörde, welche die Nothlage des Piesberger Betriebes anerkennt, hatte die Feiertagsarbeit ebenfalls genehmigt. Aufcheinend von geistlicher Seite ausgehend wurde jedoch in der Arbeiterschaft ein Widerstand gegen diese Verfügung hervorgerufen. Um ihn wirksam zu organisiren, veranlaßte man den Bergmann Brust aus Altesen, den Vorsitzenden des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, herüber zu kommen, und diesem gelang es alsbald, nach verschiedenen in Osnabrück und Umgegend abgehaltenen Agitationsversammlungen, annähernd 1400 Berg- und Hüttenarbeiter des Georg-Marien-Vereins als Mitglieder zu seinem Verein heranzuziehen. Im weiteren Verlauf seines Eingreifens blieben sodann am 25. März, als am Tage Maria Verkündigung, 880 Mann der Belegschaft am Piesberge der Arbeit fern, und als diesen, der von der Werkverwaltung ergangenen Warnung gemäß, gekündigt wurde, ließ Brust

aus dem Kreise der übrigen Arbeiter eine Massenkundigung erklären, der sich 439 Leute angeschlossen. . . . Einen durch den Landrath vorgeschlagenen Vergleich, wonach das Werk die Kündigung zurücknehmen sollte, wenn die Bergleute des Piesberges sich so lange zur Feiertagsarbeit bereit erklärten, wie nach dem Urtheil der Bergbehörde die Nothlage dieses Bergwerks forduere, hat der Vorstand des Georgs-Marien-Vereins genehmigt. Der als Führer des Ausflandes auftretende Bergmann Brust hat ihn jedoch mit der Erklärung abgelehnt, daß er zu der Bergbehörde kein Vertrauen habe, und daß er das Vorhandensein einer Nothlage überhaupt nicht anerkennen könne, da der Georgs-Marien-Verein an seine Aktionäre für das letzte Jahr noch 8 pCt. Dividende vertheilt habe, was allerdings nicht dem Piesberge zu danken ist. Ein vom Gewerksverein an den Handelsminister gerichteter Antrag, dem Werke aus Grund der hannoverschen Sabbathordnung von 1822 die Feiertagsförderung zu unterjagen, wurde als unzutreffend abschlägig beschieden.

In dieser Zuschrift wird dann noch behauptet, daß bei dem Streike wahrscheinlich auch wahlpolitische Rücksichten eine Rolle spielten.

Der evangelische Pfarrer Dr. Weber in München-Gladbach hat eine Erklärung veröffentlicht, worin er sagt, er halte es „für seine Gewissenspflicht, als ältestes Ehrenratsmitglied des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter öffentlich zu konstatiren, daß er sich mit dem jetzigen Austritten des Herrn Brust im vollsten Gegensatz befinde, und daß ihm dasselbe im direkten Widerspruch mit dem einmüthigen Beschlusse der Aktionskommission und des Ehrenrats und mit den Sätzen des Gewerksvereins zu stehen scheine.“ Aber sogar bei der stramm evangelischen „Deutschen Tageszeitung“ hat Herr Weber nicht reüssirt. Das Blatt sagt zu seiner Erklärung: „Demgegenüber müssen wir vorsichtigerweise unser Urtheil zurückhalten, bis genügende Klärung geschaffen worden ist. Dabei bleiben wir aber, daß die ernsteste Pflicht jedes Arbeitgebers sei, dem Arbeiter seinen Feiertag zu lassen, wenn es nur irgend menschenmöglich ist.“

Das Bergarbeiter-Fachblatt „Glück auf!“ in Zwickau in Sachsen hat 4300 Abonnenten, nicht 1800, wie in dem Bericht über die Dortmunder Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes angegeben war.

In der Tuchfabrik von J. F. Mayer in Cupen im Regierungsbezirk Minden haben die Weber die Arbeit eingestellt, weil ein Kollege, der für ihre Interessen eingetreten war, entlassen worden ist.

Am Stückaufsteck in Nürnberg sind nahezu 400 Mann betheiligt.

In Göppingen in Württemberg stehen die Tischler im Streik, weil die Meister nur einen Theil der Forderungen bewilligen wollen.

In Lambrecht in der Rheinpfalz streiken die Zimmerer. Sie verlangen, wie die „Pfalz. Post“ mittheilt, für die Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends 4,84 M. Tageslohn und für jede Ueberstunde 50 Pf.

Ueber den Schuhmacherstreik bei Rahm u. Rahm in Mannheim berichtet die „Volksstimme“: Der Arbeiter, wegen dessen Maßregelung die Arbeit eingestellt worden war, hat sich jetzt eine neue Existenz gegründet. Die Forderung seiner Wiedereinstellung und der Streik selbst war dadurch gegenstandslos geworden. Der Vorstand des Gewerkschaftskomitees begab sich nun zu Herrn Rahm, um auf der Grundlage der neu geschaffenen Situation mit ihm zu verhandeln. Da erklärte Herr Rahm, daß er, nachdem die Dinge soweit geblieben seien, die „Nadelsticker“ unter keinen Umständen wieder einstellen werde. Er nannte die ihm mißliebigen Personen, und — siehe da! es war der Arbeiter rausgeschuff der Fabrik. Der Streik wird nun wegen Maßregelung des Arbeiterausschusses fortgesetzt.

#### Ausland.

In Schahar sind auf den Schächten der Westfälischen Kohlenbergbau-Gesellschaft 800 Bergleute nicht eingefahren, weil sechs „Agitatoren“ entlassen worden sind.

Im Gieselerkreise in Triest, der schon einige Wochen dauert, wird gemeldet: Alle Gieseler Bedenige haben angefaßt des Umstandes, daß der Bloch beim Stabiliment Bianello einige Gieselerarbeiten bestellte, beschloffen, mit den Triester Kollegen solidarisch vorzugehen und die Arbeiten für Triester Rechnung zurückzuweisen.

Aus Kopenhagen wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Ein allgemeiner Ausstand aller Bauhandwerker, Eisenarbeiter und Plasterer, der 50 000 Mann umfassen dürfte, steht unmittelbar bevor.

Aus Albi ist wiederum ein sozialistischer Gerichtsbescheid zu melden. Der Gewerkschaftsvorstand der Departements Tarn, Aveyron und Hérault, die Kohlengräber-Gewerkschaft von Carmaux und die Metallarbeiter-Gewerkschaft von Saint-Lucy d'Albi wurden aufgelöst wegen angeblicher politischer Betätigung, was durch das Koalitionsgesetz verboten ist. Außerdem wurden die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften, darunter Calignac, zu 16 Franken Buße und in die Gerichtskosten verurtheilt. — Der beste Kommentar zu diesem Urtheil sind die Worte des Generalanwalts von Albi in einem der vielen früheren Prozesse gegen die sozialistischen Vorkämpfer von Carmaux: „Wisset alle, daß Ihr, so lange dieser unheilvolle Mensch (Zaurès) Guet Koalitionsgeordneter sein wird, unbarmherzig werdet bestraft werden!“

Die Lage im Kohlengebiete von Süd-Wales hat sich, nach Mittheilungen, die der „Voss. Ztg.“ aus London werden, insoweit gebessert, als die vereinigten Grubenbesitzer sich unter ihrem Vorsitzenden W. Lewis bereit erklärt haben, mit den Abgeordneten der Grubenarbeiter zu einer Besprechung zusammenzutreten, trotzdem diese keine Vollmacht besitzen, mit den Eignern einen Vergleich abzuschließen. Obgleich die Grubenbesitzer zur Bekämpfung der Arbeiter große Summen beiseite gelegt haben, kommt ihnen der Streik doch äußerst ungelogen. Sie haben neuerdings einen Aufruf an die Grubenarbeiter erlassen, der in verständlichem Tone abgefaßt ist, werthvolle Zugeständnisse macht und Lohnverhöhung verheißt, allerdings nicht in der von den Arbeitern gewünschten Höhe. Einle der nicht zu dem von W. Lewis geleiteten Verband gehörenden Grubenbesitzer haben die von den Arbeitern verlangte Lohnverhöhung von 20 pCt. gewährt. Im ganzen feiern über 100 000 Mann. Da 1897 im Fürstenthum Wales 84 800 000 Tonnen Steinkohle gefördert und zumest ins Ausland geschickt wurden, hat der Ausstand alle Geschäfte vollständig gelähmt. Da aber die Unternehmer sich einigermaßen entgegenkommend zeigen, ist zu hoffen, daß der Kampf nicht allzu lange dauern wird.

### Soziales.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Trotz der Thatsache, daß im Industribezirk nicht wenige Gemahregelte und Arbeitslose vorhanden sind, erlauben die Behörden in früher nie erreichtem Umfange die Beschäftigung von Galiziern, die natürlich bei den Unternehmern sehr beliebt sind. Es ist bereits zu Streitigkeiten und Kravallen zwischen diesen und zugewanderten Arbeitern gekommen, die ernst genug sind, wünschlich aber noch erulter werden, wenn die Beschäftigung der Galizier nicht auf das nöthigste beschränkt wird.

Die Verwaltung des Stadt-Armenhauses in Göttingen gab einem zugereisten Arbeiter, dem sie eine Woche lang Unterkunft hatte gewähren müssen, einen Entlassungsschein mit auf den Weg, worin es heißt: „Als Strome verpflegt und marschfähig entlassen.“ In demselben Entlassungsschein ist das Betragen des betreffenden Arbeiters als gut bezeichnet. Es wäre interessant zu erfahren, ob das Stadt-Armenhaus in Göttingen mit der Verwendung von Schimpfwörtern wie Strome zc. allein dahinführt, oder ob auch andernorts die Entlassungsscheine derartige bureaukratische Ungehörigkeiten aufweisen.

Communales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Das Magistratskollegium hat beschlossen, die Stadtverordneten-Versammlung die Wiederwahl des Raths-Maurermeisters Seegers zu empfehlen. Zur Verdrückung des Spreewegs, welcher von der Lutherbrücke am Wellen-Garten sich am Ufer der Spree hinzieht, soll ein Pandraustausch zwischen der Stadt und den städtischen Behörden stattfinden und zwar in der Weise, daß das städtische Gelände am großen Steig gegen das städtische Gelände am Spreeweg abgetreten wird. Die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung wird hierzu nachgesucht werden. Der Tarif für die Benutzung des Hafens am Urban soll nach Magistratsbeschlusse dahin abgeändert werden, daß fernerhin erhoben werden sollen: an Vohlgeld (Anlegelohn): bei Fahrgelegenheit bei einer Tragfähigkeit bis 50 Tons und einer Liegezeit im Sommer von 8, im Winter von 4 Tagen 2,50 M., bei über 50 bis 150 Tons Tragfähigkeit und einer Liegezeit von 4 bzw. 5 Tagen 5 M., bei einer Tragfähigkeit über 150 Tons und 5 bzw. 6 Tagen Liegezeit 8 Mark. (Bisher betrug ohne Rücksicht auf die Tragfähigkeit der Fahrzeuge die Gebühr 5 Mark.) Als Zuschlag für Ueberliegendes, d. h. für Fahrzeuge, die längere Zeit beanspruchen, soll für alle drei Klassen eine gleichmäßige Gebühr erhoben werden, und zwar für einen Tag 2 M., für zwei Tage 6 M., für drei Tage 12 M. und für jeden weiteren Tag 5 M. Eine diesbezügliche Vorlage wird der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung zugehen. — Der Schreib- und Zeichenlehrer Rasse ist vom Magistratskollegium zum Zeichenlehrer an der Friedrich-Werderschen Realschule ernannt worden.

Auf dem städtischen Schlachthofe sind im Monat März ca. 58 023 Schweine — gegen 62 692 im März 1897 — auf Trichinen untersucht worden. Davon sind 8 Stück wegen Trichinen und 20 Stück wegen Finnen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

Die Neue Berliner Pferdebahn-Gesellschaft hat dem Magistrat den Entwurf zum zweigleisigen Ausbau der Linie Lichtenberg-Röhrenkopf in der Frankfurter Allee zwischen der Proskauerstraße und Verbindungsbahn zur Genehmigung unterbreitet. Die Begung der Gleise soll sofort bei Gelegenheit der in diesem Jahre stattfindenden definitiven Regulierung dieses Theiles der Frankfurter Allee zur Ausführung kommen.

Lokales.

Achtung, vierter Wahlschein! Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß am Dienstag, den 19. April, unsere General-Versammlung bei Seichert, Andreasstr. 21, stattfindet. In dieser Versammlung wird Genosse Kuer sprechen. Sorge ein jeder für regen Besuch! Mitglieder werden vor der Versammlung ausgenommen. Siehe Inserat am Sonntag und Dienstag. Der Vorstand.

Fünfter Wahlschein. Am Sonntag, den 17. April, früh 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblatt-Verteilung zu den bevorstehenden Reichstags-Wahlen statt. Die Genossen wollen sich in folgenden Lokalen rechtzeitig einfinden: 1. Greiffswalderstr. 3 bei Eichhorn; 2. Mendelssohnstr. 16, Ecke Jostystraße bei Rudnow; 3. Hirtensir. 10 bei Rudnow; 4. Kleine Hamburgerstr. 27, Ecke Elsserstraße, bei Wittchow; 5. Luisenstr. 5 bei Schmidt. Wir eruchen nochmals die Parteigenossen, sich theilhaftig an der Verbreitung theilhaftigen zu wollen. — Gleichfalls sei darauf hingewiesen, daß am Montag, den 18. April, in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112, eine Volksversammlung stattfindet, in welcher der Kandidat des Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt, über: „Beute-politik oder Arbeiterpolitik“ sprechen wird. Die Ver-trauenspersonen.

Zur Lokalliste. Die Mitglieder der Lokalkommission für Berlin und Umgegend werden ersucht, alle Veränderungen der Lokalliste in ihren Orten resp. Kreisen bis zum Sonntag, den 17. April, an Oskar Mahle, Berlin S, Ritterstr. 3 III einzusenden.

Die Mitglieder aus dem Kreise Teltow-Beeskow senden alles an Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstr. 7; aus dem Kreise Nieder-Barnim an Paul Winkler, Weissenfer, Lehderstraße 96 I.

Die Gesangsvereine „Eduna“, „Belvedere“ u. a. m. veranstalten heute Abend in dem gesperren Lokal „Konfordia“, Andreasstr. 64, ein Vergnügen; der Gesangsverein „Eintracht“ am 18. d. M. in den ebenfalls gesperren Drafels-Beständen, Neue Friedrichstr. 85, sein Stiftungsfest. Die Genossen werden ersucht, diesen Vergnügungen fern zu bleiben.

Das Lokal Köllig, Rosenthalerstr. 12, ist gesperret, da der jetzige Inhaber desselben die Vergabe der Räume zu Versammlungen verweigert. Die Lokalkommission.

Städtische höhere Schulen und Gemeindeschulen. Einen Lehrreichen Beitrag zu diesem oft und nach den verschiedensten Gesichtspunkten behandelten Thema liefert auch der letzte Bericht der städtischen Grundbesitz-Deputation (pro 1896/97), in welchem das Ergebnis der alle 5 Jahre wiederkehrenden Neuabschätzung der Kommunalgrundstücke mitgeteilt wird. Danach waren die 23 Grundstücke der städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen und höheren Mädchenschulen zusammen 109 829 Quadratmeter, die 123 Grundstücke der Real- und Gemeindeschulen aber zusammen 516 747 Quadratmeter groß. Auf je 1 Grundstück der höheren Schulen kamen also im Durchschnitt 4798 Quadratmeter, auf je ein Grundstück der Real- und Gemeindeschulen im Durchschnitt nur 4201 Quadratmeter. Um diese Zahlen richtig beurtheilen zu können, muß man sich gegenwärtig halten, daß bei den höheren Schulen nur in vereinzelten Fällen auf einen Grundstück mehr als eine Anstalt untergebracht ist, während bei den Gemeindeschulen die Doppelanstellung ziemlich die Regel bildet. Im Jahre 1896/97 waren auf den 23 Grundstücken der höheren Schulen 26 Anstalten mit rund 16 500 Schülern und Schülerinnen untergebracht, auf den 123 Grundstücken der Real- und Gemeindeschulen dagegen 212 Anstalten (die in Mietshäusern untergebracht sind nicht mitgezählt) mit gegen 185 000 Schülern und Schülerinnen. Auf je 1 Schüler der höheren Schulen kamen im Durchschnitt etwas über 8 1/2 Quadratmeter, auf je 1 Schüler der anderen Anstalten im Durchschnitt nur etwas über 2 1/4 Quadratmeter. Dieses Ergebnis (das für die Gemeindeschulen noch ungünstiger ausfällt, wenn sie bei der obigen Berechnung in den Realschulen gesondert werden könnten) erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß bei den niederen Schulen die Grundstücke sowohl hinsichtlich der Ausbebauung als auch hinsichtlich der Klassenbesetzung viel intensiver ausgenutzt werden, als bei den höheren Lehranstalten.

Luftmord. Im südlichen Theil der Hasenheide, in der Nähe der langen Schießstände und der neuen Militärarrest-Anstalt ist in der Nacht zum Freitag ein Mädchenmord verübt worden. Gestern früh 6 Uhr wurde von Arbeitern aus Rixdorf, die sich nach Berlin begeben wollten, zwischen dem Militärarrest-Gebäude und der Kasserierkaserne in der Hasenheide abseits vom Wege eine entleerte weibliche Leiche aufgefunden, unzweifelhaft das Opfer eines Verbrechens.

Die Leiche lag auf dem Rücken zwischen zwei hohen Kiefern. Um den Hals lag seßgeschürzt ein Frauenrock, mit dem der Mörder sein Opfer erdrosselt hatte. Beide Mundwinkel und die Wangen zeigten Male von Fingerringeln, ein Beweis, daß der Mörder dem Mädchen den Mund zugedrückt hatte. Beide Arme lagen flach ausgestreckt auf dem Erdboden, aber nicht an den Leib angeschlossen,

sondern schräg von ihm abliegend. Der Unterleib war entsetzlich verstümmelt und der Genitalien beraubt. Das Erdreich zu beiden Seiten der Leiche war mit den Fingern aufgekragt. Daß der Mörder auf der Brust des Mädchens getreten hat, zeigen Spuren seiner Stiefelspitzen im Erdreich. Die Kleider der Unglücklichen lagen zu den Füßen auf beiden Seiten der Leiche. Sie sind wohl von oben nach unten abgestreift worden. Der Kleiderrock lag im Unterrock, dieser so aufgerollt, daß die rothe Farbe deutlich sichtbar war. Die nach der Meldung zahlreich herbeigeeilten Polizeibeamten suchten die Umgebung des Thortes nach Spuren ab und fanden bis jetzt in der Nähe des Nordplatzes ein blutgetränktes Taschentuch und ein ebenfalls mit Blut besetztes Stück Papier. Gefahndet wird zunächst auf einen jungen Mann, der gestern früh unter verdächtigen Umständen in der Hasenheide gesehen worden sein soll. Er wird beschrieben als ein großer Mann mit dunklem Haar, der einen sog. Offizierskittel trug und den Eindruck eines Studenten machte. Bis jetzt fehlt von dem Mörder noch jede Spur. Gestern Mittag gelang es, die Leiche zu ordnen. Die Vermuthung, daß die Ermordete ein Dienstmädchen sei, hat sich bestätigt. Kriminalbeamte besuchten alle Stellungsvermittler, Frau Detering, die Inhaberin eines Vermietungsbüros in der Kronenstraße, erkannte nach der Beschreibung in der Ermordeten ein Mädchen wieder, das sie am Mittwoch an den Schankwirth Sieber in der Goldammerstraße 181 vermietet hatte, die am 5. Dezember 1877 geborene Tochter Luise des Arbeiter Günther, dessen Ehepaar aus der Fürbringerstraße 9, Frau Günther, deren Mann die Pförtnerstelle verliert und anderweitige Arbeiten in einer Fabrik auf dem genannten Grundstück verrichtet, wurde an den Thortort geholt und erkannte in der Ermordeten mit Entsetzen ihre Tochter. Luise war seit fünf Jahren als Arbeiterin auf verschiedenen Stellen beschäftigt, zuletzt in der Bitumen- und Gelfabrik der Gebrüder Thiele in der Leipzigerstraße 34. Luise Günther war Donnerstag bis 8 Uhr abends zu Hause und ging dann aus, um, wie sie sagte, die Zeit bis zum Dienstantritt, der gestern erfolgen sollte, noch zu benutzen, sich etwas im Freien zu ergehen. Sie versprach, vor 11 Uhr wieder zu Hause sein zu wollen, kam aber nicht. Ein Herr aus der Behnenstraße, der abends gegen 11 Uhr aus seiner benachbarten Vereinskneipe nach Hause ging, sah einen Mann und ein Mädchen vor den Grundstücken Behnenstr. 6 und 7, diese Straße, die von der neuen Garnisonkirche nach der Sibold-, und weiterhin nach der Kirchenstraße führt, nach der Hasenheide zu hinuntergehen. Es machte den Eindruck, als ob der Mann auf das Mädchen, das mit ihm die äußerste Straßenseite hielt, stark einsprechen mußte, um es zum Mitgehen zu bewegen. Der Herr wurde an die Leiche geführt und erkannte an dem Gute das Mädchen wieder, das er am Donnerstag Abend gesehen hatte. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß jener Begleiter der Mörder des Mädchens ist. Der Mann ist groß und stattlich und, wenn der Beobachter richtig gesehen hat, bartlos. Die Farbe der Haare war aber nicht zu unterscheiden. Da die Schmitz mit einem sehr scharfen Messer und „Lustgerecht“ geföhrt sind, so denkt man bei dem Thäter auch an einen Schlächter.

Frau Günther fand gestern Morgen, als sie die Sachen ihrer Tochter nachsah, einen Zettel mit dem Namen eines Mannes aus der Jahnstraße. Sie hat den Zettel verbrannt, ohne auf den Namen weiter zu achten. Der Vorname lautete Franz, von dem Familiennamen wußte die Frau nur noch den Anfangs- und Endbuchstaben, beide R. Ob diese Wahrnehmung und Vernehmung des Baltes und der Geschwister der Ermordeten weitere Anhaltspunkte liefern werden, wird hoffentlich die polizeilichen Ermittlungen bald ergeben.

Das Polizeipräsidium theilt in Uebereinstimmung mit vorklehen den Meldungen amtlich mit: Die am Freitag Morgen in der Hasenheide ermordete aufgefundenen Frauenperson ist als das 25jährige Dienstmädchen Luise Günther, bisher wohnhaft Fürbringerstraße 8, rekonnoziert worden.

In den Anschlagskäufen giebt der Polizeipräsident die That bekannt und setzt eine Belohnung von 1000 M. auf die Entdeckung des Mörders aus.

Die Hasenheide war den ganzen Tag über zeitweilig von großen Menschenmengen besetzt. Zahlreiche berittene Schuttpolente hatten zu thun, das Publikum von dem Thortorte fernzuhalten. Gegen 11 Uhr vormittags war der Zulauf so stark, daß Abtheilungen Kürassiere und Dragoner aufgeboden wurden, um den Wald zu säubern. Nachdem im Laufe des Tages schon verschiedene Vorrichtungen stattgefunden hatten, wird uns in später Stunde die Siftung eines Mannes aus der Urbanstraße gemeldet, auf den der von uns schon erwähnte, von Frau Günther verbrannte Zettel hinwies.

Mit der Einführung des elektrischen Betriebes will jetzt die „Große Berliner“ endlich auch auf ihren nach den Worten hinanzuführenden Linien beginnen, da die Klagen der Bewohner der Ortshäuser über die ganz unzulänglichen Verkehrsmittel nach den letzteren immer heftiger werden, eine weitere Ausdehnung des Pferdebetriebes aber bei der jetzt im Werke befindlichen vollständigen Umwandlung der gesamten Pferdebahnen nicht mehr zu erwägen erscheint. Mit am meisten trifft dies alles auf die nach Tempelhof und Mariendorf führende Linie zu, die schon seit mehreren Jahren fortgesetzt zu lebhaften Klagen gegeben hat, und auf welcher namentlich die Gleisanlage gleich dem ganzen Fahrbaum sich nachgerade in einem Zustande befindet, der jeder Beschreibung spottet.

Ueber das Lucin, das neueste Spirituspräparat zu Be-leuchtungswecken, sprach der Erfinder Fabrikbesitzer Guttman im Verein der Konsumalwarenhändler. Wie eine Reihe von Versuchen mit Lampen verschiedenartiger Konstruktion bewies, ist das Lucin nicht nur geeignet, mit dem Petroleum in Konkurrenz zu treten, sondern zeichnet sich vor diesem auch durch seine stärkere Leuchtkraft, seine Sauberkeit und seine Geruchlosigkeit beim Brennen aus. Trotzdem soll es sich im Handel angeßlich nicht theurer stellen wie Petroleum. Auf spezielle Anordnung des Staatssekretärs v. Pöbelle ist im Reichspostamt angestellte Versuche sollen sehr gute Erfolge gehabt haben. Ebenso hat auch der Minister der öffentlichen Arbeiten eingehende Untersuchungen über die Leuchtkraft, die Feuergefährlichkeit und die Verwendbarkeit des Lucins angeordnet. Sollten diese günstig ausfallen, so wird es wahrscheinlich bald im Eisenbahndienste, bei Hochsignalen und zur Beleuchtung der Bureauräume in Verwendung kommen. Für den Vertrieb im Einzelhandel sind Zehniter-Kannen in Rücksicht genommen, deren Preis sich auf 4,40 M. infl. Kanne stellen dürfte. Es bleibt abzuwarten, ob das neue Leuchtpräparat die ihm nachgerühmten Vorzüge aufweisen wird.

Eine der Schwierigkeiten, welche der Fertigstellung der elektrischen Straßenbahnlinie Gesundbrunnen-Kreuzberg via Alexanderplatz entgegenstanden, ist nunmehr behoben. Es handelte sich um Herstellung einer Drahtleitung über die Johannowisbrücke. Bekanntlich dürfen auf der Brücke Masten nicht aufgestellt werden. Die Lösung des Problems findet in ganz einfacher Weise statt. Sowohl auf der Seite der Brückenstraße wie an der Stadtbahn sind je zwei 8 Meter hohe Masten zur Aufstellung gelangt, von deren Spitzen aus Drahtdrähte über die Johannowisbrücke hinweggeführt werden. Von diesen Drahtdrähten aus, welche unter einander verbunden werden müssen, wird die Hebung der Stromleitung durch Hängebrücken vollzogen. Die Herstellung dieser Leitungskonstruktion wird in der nächsten Woche erfolgen.

Zum Fall Rothenburg. Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Langerhans hatte in der Reichstags-Sitzung vom 30. März den Fall Rothenburg erwähnt und dabei eine Darstellung der Angelegenheit gegeben, die von dem Sohne der in betracht kommenden Dame, dem Kammergerichts-Referendar a. D. Rothenburg, in den wesentlichsten Stücken für unrichtig erklärt wird. Unrichtig sind danach die Behauptungen, daß der Kultusminister sich in der Anstalt Herzberge

davon überzeugt habe, daß Frau Rothenburg vollständig geisteskrank sei, daß Herr Rothenburg geistig erkrankt sei und daß der Ausnahme in eine Irrenanstalt ein ärztliches Attest vorher zu geben habe. Die Befreiung der Frau Rothenburg sei erst auf Befehl des Oberpräsidenten am 12. Februar 1897 gegen den Willen des Berliner Magistrats erfolgt.

Der 5 Pfennig-Theilstrecken-Tarif wird auf den Linien der Neuen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft nach ihrem jetzt in kraft-tretenden Sommerfahrplan weiter durchgeführt, so auf der Linie Danzigerstraße-Anhalter Bahn, und der Fahrpreis für die ganze Linie ist auf 10 Pf. herabgesetzt. Die frühere Linie Schulstraße-Spittelmarkt hat ihre Trasse über den Spittelmarkt durch die Kom-mendantenstraße, Moritzplatz, Oranienplatz, Heinrichsplatz verlängert und lautet jetzt Nettelbeckplatz-Heinrichsplatz. Auch sie hat 5 Pfennig-Theilstrecken. Der Fahrpreis für die ganze Strecke beträgt 15 Pf. Auf der bis nach Bahnhofs-Groß-Görchensstraße verlängerten Linie Thierstraße-Bühlowstraße sind unter Beibehaltung der bisherigen 5 Pfennig-Theilstrecken einige weitere eingelegt. Die Linie Bad-straße-Mascheneckplatz nimmt ihren Ausgangspunkt jetzt von der Brunnenstraße-Ecke Demminersstraße und ist der Fahrpreis für die ganze Strecke auf 15 Pf. herabgesetzt worden. Die auf sämtlichen Linien gültigen und übertragbaren Abonnement-Billets (25 Billets à 10 Pf. kosten 2 M., 12 Billets à 10 Pf. kosten 1 M.) sind im Sommerfahrplan beibehalten worden.

O. Grünenthal! Ein Berichterstatter meldet: Neue Arbeiter werden nicht mehr angenommen! Diese auffällige In-schrift befindet sich an dem Eingang zu dem Begräbnis-platz der Friedrich-Werder-Gemeinde. Die Verwaltung hat sich gezwungen gesehen, dieses Plakat anzubringen, da eine wahre Hochfluth von schriftlichen und mündlichen Bewerbungen von Personen, die als Arbeiter auf dem Begräbnisplatz dieser Gemeinde angestellt werden wollten, sich über das Verwaltungsgelände ergossen hat. Diese ungewöhnlich starke Nachfrage nach Arbeit ist erst seit dem Tage zu konstatieren, an welchem die Auffindung des ersten Grünenthal'schen Depots auf dem genannten Begräbnisplatz bekannt wurde; und man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß die sämtlichen Arbeitssuchenden im Stillen sich der Hoffnung hingaben, im Falle ihrer Anstellung ebenfalls Depoteheber werden zu können. Wenn die Geschichte auch nicht wahr ist, so ist sie doch gut erfunden.

Ueber eine von einem Unteroffizier verübte Rohheit schreibt die „Berl. Ztg.“: Ein sehr unangenehmes Osterfest hat der Leichter N. in der Raunungssprache am dritten Osterfeiertag in der Frühe gegen 5 Uhr mit einem Sergeanten vom Pionier-Bataillon gehabt. N. befand sich in einer kleinen Gesellschaft, welche von einem Vergnügen heimkehrte. Als die Gruppe bei einem Wäckerladen in der Mantelstraße vorbeikam, hörten sie die Worte fallen wie: „Schmeiß doch den Kerl raus!“ Diese etwas merkwürdige Aus-sorderung beantwortete N. mit einem harmlosen: „Denn man zu.“ Ein vor dem Laden stehender Soldat griff diese Äußerung auf und rief der Gesellschaft einige ungeliebte gebliebene Worte nach. N. drehte sich um und im selben Augenblick war auch bereits sein neuer Zolndarbut ein trauriges eingetrübtes Ueberbleibsel, das sich noch daüber lustig auf dem Fahrbaum herumtrieb. Gleichzeitig empfand N. einen empfindlichen Schmerz aus dem Hinterkopf, während das Stück eines Seitengewehrs knirschend auf dem Erdboden lag. Das Seitengewehr war unter der Wucht des Hiebes, der ein vierzölliges Loch hinterlassen hatte, entzwei gebrochen. Nur der etwas solide Schädelbildung des N. ist es zuzuschreiben, daß er nicht auf der Stelle eine Leiche war. Auf einer benachbarten Sanitätswache ließ sich der Schwerverletzte die Kopf-wunde verbinden und erstattete alsdann bei der vorgelegten Kopfwunde seines Angreifers die nothwendige Anzeige. Der betreffende Sergeant ist ermittelt und wird voraussichtlich bestraft werden, be-züglich Vernehmungen haben bereits stattgefunden. Infolge der Kopfwunde dürfte N. voraussichtlich mehrere Wochen arbeitsunfähig bleiben.

Anscheinend in einem Anfall von Geistesverwirrung hat sich der Kassirer des Töpfer-Verbandes F. Kaulich in der Jungfernhöhe erschossen. Kaulich, bei dem nach der bürgerlichen Presse eine Poliklinik vorgefunden wurde, in welcher er zur Rechtfertigung der unglückseligen That die verschiedenen Motive anführte, hat seinen Posten verlassen, ohne daß angenommen werden könnte, er habe in Ermangelung gewissenhafter Kassensführung seinen Leben ein Ende bereitet. Bei seiner Auffindung wurden noch über 500 M. vorgefunden, eine Summe, die fast doppelt so hoch ist, als nach den Büchern in den Händen Kaulich's sein mußte. Auch seine Familienangehörigen kennen die Motive zur That nicht.

In dem Kindergarten für taubstumme Kinder, Gipsstr. 16, können, da kürzlich mehrere Zöglinge an die Taubstummschulen abgegeben worden sind, wieder einige Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren Aufnahme finden. Kindern unmittelbarer Eltern können Freistellen gewährt werden. Anmeldungen werden vormittags von 9-1 Uhr im Kindergarten von den Lehrerinnen oder nachmittags von 4-5 Uhr von Herrn Dr. med. Theodor S. Platan, Potsdamerstraße 113, Villa 3, entgegen genommen.

In der Urania, Invalidenstr. wird morgen Dr. med. Kron-eder einen Vortrag über das südliche und mittlere Japan, von Nagasaki bis Tokio, halten.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 8 Uhr entstand Friedrichstraße 118a ein größerer Zimmerbrand, bei dem Möbel und Türen eingeschert wurden und die Balkenlage erheblichen Schaden erlitt. Um dieselbe Zeit ging Gollnowstr. 82 der Inhalt eines Schaufensters von einem Fohamentengeschäfte in Flammen auf. Freitag früh 6 Uhr brannte Neue Friedrichstr. 61 die Balken-lage. Kurz darauf war Alexanderstr. 87 ein Küchenbrand zu besichtigen. Um 9 Uhr wurde die Wehr nach Alexandrinenstr. 15 gerufen, wo Fußboden, Schaldecke und Balkenlage vom Feuer beschädigt wurden. Nachmittags 3 Uhr erfolgte die Meldung „Mittelfeuer“ nach Friedrichstr. 19. Hier war in der Viktorias-Apotheke beim Kochen von Medikamenten im Laboratorium der ge-sammte Kesselinhalt und daneben auch ein Posten Chemikalien und Terpentin in Brand gerathen. Mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit des Feuers war ein größeres Löschausgöb zur Stelle, doch gelang es, den Brand rechtzeitig zu dämpfen, so daß großer Schaden nicht eintrat.

Aus den Nachbarorten.

In Rixdorf hält der sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ am Dienstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, in Lauchner's Salon, Bergstr. 151/52, seine Generalversammlung ab. Es findet Neuwahl des gesamten Vorstandes x. statt. Die Zahlstellen des Vereins sind: R o p l e, Restaurant, Karlsartenstr. 1; R e h e r a u, Zigarren-geschäft, Hermannstr. 50; K l e i n, Restaurant, Kaiser Friedrichstraße 296; T h o m a s, Restaurant, Bergstr. 182; D e r r m a n n, Zigarrengeschäft, Kirchhofstr. 1; S y, Restaurant, Jägerstr. 69; R ü g e r, Kassirer, Prinz Handjerystraße. Die Bibliothek befindet sich bei W o r b s, Jägerstr. 76.

In unbeschreiblich schlechtem Zustande befindet sich die durch den Brunenwald nach Wannsee führende Chaussee, auf welche bis zur Fertigstellung der projektirten Fahrtrassen die Rad-fahrer ausschließlich angewiesen sind. Während die von Schildhorn am Havelufer entlang führende Chaussee selbst noch tagelangem Regenwetter gut zu passiren ist, starrt die eigentliche Brunenwald-straße schon bei unbedeutenden Niederschlägen detart von Morast, daß an eine Benutzung des Weges gar nicht zu denken ist. Auch wenn man das Interesse für die Radfahrer völlig außer acht lassen will, sollte die Verwaltung des Brunenwalds schon in Rücksicht auf den lebhaftesten Wagenverkehr eine Verbesserung der Chaussee ver-anlassen.

Der Försterweg hat zu bestehen aufgehört. Die vom Ende des Kronprinzendamms in Halensee bis zum Bahnhof Grunewald führende Straße wird jetzt in ihrer ganzen Ausdehnung Trabenerstraße genannt, während der Teil der Trabenerstraße, der vom Ende des früheren Försterwegs abweigend, auf den Johannaplay aufsteigt, jetzt Erdenerstraße heißt. Da manche Ausflügler zu Fuß und zu Rad den Försterweg als Steilsteigen zu wählen pflegten, sei auf diese Aenderung aufmerksam gemacht.

Eine Protestversammlung Schöneberger Bürger entrißte sich am Donnerstag Abend über die erfolgte Abfindung des früheren Gemeindevorstehers Schmod in unbeschädigter Empörung. Die Versammlung faßte nach fast zweistündiger Debatte mit allen gegen eine Stimme folgenden Beschlus: „Die heute im Saale des „Schwarzen Adlers“ veranstaltete öffentliche Versammlung giebt hierdurch ihre lebhafteste Enttäufung kund über den in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 28. März er. gefassten Beschlus, dem Gemeindevorsteher Schmod 70.000 M. Abfindung zu zahlen, und sie ersucht den hiesigen Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung, alle möglichen Rechtsmittel zu ergreifen, um diesen gegen den Willen der Bürgererschaft Schönebergs gefassten Beschlus zu bekämpfen.“ — Herr Schmod dürfte um seine 70.000 M. kaum dange sein.

**Kupferk. Das Gewerkschaftsstatut von Kopenick theilt mit, daß Kupferk. Biletts noch an folgenden Stellen zu haben sind: bei D. W. H. u. Schloßstr. 9; H. Feld, Rich. Nr. 4; Schröder, Rich. Nr. 21; und Adolf Schulz, Schönebinderstraße. Preis einer Karte 60 Pf.**

**Geßlung von Arbeitern.** Den Van von 50 Arbeiter-Wohnhäusern will die Vorstädtische Fabrik zu gleicher Zeit auf einem von Dalldorfer Grundbesitzern erworbenen Gelände an der Tegeeler Chaussee unternehmen.

Die Verhaftung einer aus zwanzig Personen bestehenden Diebesbande erregt das große Aufsehen in den westlichen Vororten. Eine Diebes- und Hehlerebande, die seit geraumer Zeit den Schrecken der Bewohner bildete, ist von der Steglitzer Polizeibehörde dingfest gemacht worden. Schon seit geraumer Zeit häuften sich die mit großer Frechheit ausgeführten Einbrüche in Geschäftslokalitäten, Wohnungen, Geflügelställe und dergleichen sowohl in Steglitz wie Friedenau, Zehlendorf und Schöneberg. Außerdem fand eine planmäßige Verabredung der Transportwagen verschiedener Berliner Walfischhändler während der Fahrt statt. Eine hiesige Walfischhändler von Hanke hat allein in kurzer Zeit Walfischhäute im Werte von 1000 M. eingekauft, ebenso eine Steglitzer Anstalt.

## Kunst und Wissenschaft.

Das Schiller-Theater brachte am Donnerstag als Novität die Komödie eines Autors, der bereits seit mehreren Jahren todt ist. Es handelt sich um das historische Lustspiel „Das Nachtlager Corvins“ von Franz Rißel.

Rißel könnte als Typus für unerschütterlich epigonenhafte Dichterei gelten. Viele Jahre lief er in Wien als nicht anerkanntes Genie herum und die anfängliche Lokalpatriotische Wienerzeit, die widerwärtige Abart von Lokalpatriotismus, jaunterie in ihrer Presse immer wieder: „Unter Rißel! Er wird nicht aufgeführt!“

So gefiel sich Rißel bald in der Rolle des Genies, das an der Erde schwer zu tragen habe, und blieb seinem Nomenverwahrten treu. Vielleicht hätte er in irgend einem Fach, als Zeitungsschreiber, als Lehrer, etwas Fruchtbares schaffen können, aber das Genie darf sich nicht prostituieren und so wurde Rißel, dank seinen elenden Freunden in der Presse wie in seiner näheren Umgebung, eine tragikomische Figur. Daran wurde nichts geändert, als er in seinem späteren Leben für irgend ein Buchdrama den Schillerpreis erhielt.

Nun ist der Mann todt, und von seinen Werken ist auch heute nichts zu verspüren. Die lägliche Geniegeier war Eubildung. Er schrieb schlecht und recht schulgerechte Dramen; sie konnten aufgeführt werden, wie so viele andere auch. Die deutsche Bühne hat aber nichts verloren, wenn sie nicht aufgeführt wurden.

Dem Schiller-Theater war es mit dem „Nachtlager Corvins“ auch nicht um eine Anerkennung Rißels zu thun, sondern man betrachtete Rißel's romantisches Lustspiel bauerntölpel wie ein der Verdienstsache von Schönanth und paßte dem Stil des Rißel'schen die ganze Art der Aufführung an. So ging noch das bishigen Rißel'sche Fäulnis verloren; aber dem Publikum war's gerade recht so.

Rißel's Komödie selber ist auf einer Anekdote aufgebaut, die in der Weltliteratur wenigstens verwandt wurde. Ein Othello, diesmal der ungarische Magnat Banffy, will sein schändes Weib verbergen, da ihm der Besuch seines jungen Königs angefangt wird. Das Weib wird aber gerade in seinem Versteck und in seiner Verkleidung vom ungarischen König Corvin aufgespürt; und Othello Banffy, der seine Schwägerin als sein Weib ausgab, muß für sein Mißtrauen und seine eifersüchtige Wuth ein Weichen zappeln und büßen; sein und seiner Gattin Seelenheil erleidet keine ernste Gefährdung. Dies Geschehliche ist in glatten Versen umständlicher, als es zu sein brauchte, vorgetragen.

Um der Schönanth-Weise nachzukommen, mußte natürlich grell übertrieben werden; und Herr Frohse mit seinen fauchenden Naturtönen war ein förmlicher Operetten-Othello. Noch weniger hielt sich Fel. Leermann zurück, (Banffy's Schwägerin), die ganz im Stil der „munteren Theatermatten“ blieb; das trug ihr beim Publikum des Schiller-Theaters, das an Löwenfeld'sche „Vestföhl“ gewöhnt ist, raschenden Beifall auf offener Szene ein. — Rißel

**k. Weichwasser als Vermittler von Infektionskrankheiten.** Eine überraschende und praktisch wichtige Beobachtung kommt aus Sardinien. Professor Vincenzi in Sassari, der nördlichen Hauptstadt Sardinien's, hat im Weichwasser aus dem Weichstiel einer der beschädeten Rischen der Hauptstadt neben einer Anzahl anderer Bakterien von geringerer Bedeutung typische Diphtheriebazillen nachgewiesen. Es gelang ihm, sie rein zu züchten und die Infektionsfähigkeit der in dem Weichwasser enthaltenen Diphtheriebazillen durch den Thierversuch zu beweisen. Meeresschwämme von über 400 Gramm Gewicht gingen nach Einwirkung kleiner Mengen der aus den Diphtheriebazillen gewonnenen Kulturen rasch unter allen Zeichen der experimentellen Diphtherie zu Grunde. Daß Diphtheriebazillen und andere Krankheitserreger in das Weichwasser gelangen, ist bei den vielen im chirurgischen Sinne nicht sauberen Fingern, die mit ihm in Berührung kommen, kein Wunder. Unter gewissen Umständen wird deshalb das Weichwasser auch eine wichtige Rolle bei der Uebertragung von Infektionskrankheiten spielen können. So kann Weichwasser, das anfechtungsfähige Diphtheriebazillen enthält, leicht die Diphtherie vermitteln, zumal in einigen Ländern die Gewohnheit herrscht, die mit dem Weichwasser benetzten Finger an die Lippen zu führen. Zur Zeit, als Professor Vincenzi seine Untersuchungen anstellte, waren gerade vier Diphtherie-Erkrankungen bei der Behörde der Stadt Sassari gemeldet, von denen eine tödlich verlief. —

## Gewerkschafts-Beitrag.

Hened vom preussischen Wefen der „öffentlichen Kollekte“. Ein Theil der Tischler Magdeburgs besand sich im vorigen Sommer im Lohnkampf. Die Beanttragten der Streikenden vertiefen eine öffentliche Versammlung für die Tischler Magdeburgs ein, worin beschlossen wurde, daß die nichtstreikenden Berufsgenossen zur Unterstützung ihrer ausständigen Kollegen allwöchentlich einen Beitrag steuern sollten. Der Tischler Wähle wirkte bei der Aufstellung des Beschlusses insofern mit, als er die erforderlichen Sammellisten drucken ließ, sie unter den Kollegen vertheilte und dann die eingegangenen Summen in Empfang nahm und an die Lohnkommission ablieferete. Wähle quittirte auch über die Einnahmen in der „Magdeburger Volksstimme“, deren verantwortlicher Redakteur er zu jener Zeit war. Die Polizei bedachte ihn für seine Thätigkeit bei der Ausführung jenes Versammlungsbeschlusses und für die öffentliche Quittung in dem genannten Parteiblatt mit einem Strafmandat über 20 M. Man

warf ihm vor die Verletzung der Regierungs-Vollzugsverordnung vom 22. Mai 1890, einer der vielen Verordnungen im Preußenlande, die das Kollektivwesen regeln. Der § 1 der Verordnung hat folgenden Inhalt: „Wer öffentliche Kollekte ohne die gesetzliche Genehmigung veranstaltet, vermittelt oder ausführt, sowie wer darauf bezügliche Bekanntmachungen veranlaßt, wird bestraft.“ Wähle beantragte richterliche Entscheidung und erzielte auch beim Schöffengericht seine Freisprechung. Das Gericht war der Meinung, daß hier überhaupt nicht von einer öffentlichen Kollekte geredet werden könne, da nur die engeren Berufsgenossen der Streikenden in der Stadt Magdeburg betheiligt gewesen seien. Die Strafkammer jedoch verurtheilte den Angeklagten auf die Berufung der Staatsanwaltschaft zu der ihm durch das Strafmandat auferlegten Geldstrafe. Es handelte sich um eine öffentliche Kollekte; der Angeklagte hätte durch die Quittung in der Zeitung eine auf eine solche Kollekte bezügliche Bekanntmachung erlassen. Wähle legte Revision ein und bestritt beides. Der Strafsekat des Kammergerichts wies die Revision mit folgender Begründung zurück:

Die betreffende Verordnung sei rechtmäßig. Zum Begriff der Kollektivens sei nur erforderlich, irgend ein Ein sammeln freiwilliger Gaben und Beiträge zu bestimmten Zwecken. Und öffentlich sei die Kollekte dann, wenn die Aufforderung zur Leistung der freiwilligen Beiträge an jedermann, oder doch an einen nicht abgegrenzten Personenkreis gerichtet werde. Die Gesamtheit der Tischler Magdeburgs könne nun, wie das Landgericht feststellte, bei ihrer großen Zahl nicht als ein solcher Personenkreis angesehen werden. Habe sich die Versammlung mit ihrem Beschlus auch nur an die Tischler gewandt, so fehle unter den obwaltenden Umständen (große Zahl der Angehörigen) die feste Abgrenzung. Zur Veranlassung, Vermittlung und Ausführung dieser Kollekte hätte es also der behördlichen Erlaubnis, der des Oberpräsidenten bedurft. Wähle sei strafbar, weil er die nichtgenehmigte öffentliche Kollekte vermittelt und ausgeführt habe. Der Vorderrichter habe auch den Begriff der Bekanntmachung im Sinne der Regierungsverordnung nicht verkannt. Werdings möge die Verordnung in erster Linie solche Bekanntmachungen im Auge gehabt haben, die das Zustandekommen einer Kollekte betrafen. Indessen falle auch die öffentliche Quittung über die eingegangenen Unterstützungsgelder unter den Begriff einer auf die Kollekte bezüglichen Bekanntmachung. Ja, es könne sogar in dem öffentlichen Quittieren der Artzeit, weitere Beiträge zu leisten, gefunden werden.

Es verheißt sich wohl ganz von selber, daß die Klassenbewusste Arbeiterschaft sich durch vorstehend geschilderte Handhabung der Gerechtigkeit nicht im mindesten in der Ausübung der Solidaritätspflicht stören lassen wird. Es haben sich bei allen bisherigen Verfolgungen immer noch Mittel und Wege gefunden, die ebselbe, vornehmste Pflicht im Kampfe zu erfüllen, und daran wird auch das neueste Urtheil des höchsten preussischen Gerichts kaum etwas ändern.

**Der forsche Amtsrichter.** Von allgemeinem Interesse ist ein kürzlich ergangenes Erkenntnis des Reichsgerichts, welches ein in erster Instanz in Spremberg wegen Uebertretung der Gewerbeordnung zu 150 M. Geldstrafe eventuell 4 Wochen Haft rechtskräftig verurtheilt worden. Suer vom Amtsgericht erlassenen Aufforderung zur Zahlung binnen 48 Stunden bei Vermeidung der Zwangsverhaftung. Im der Angeklagte nicht nach, die Zwangsverhaftung sei fruchtlos und hierauf richtete das Amtsgericht an den Angeklagten die Aufforderung, binnen 24 Stunden die substituirt vierwöchige Haftstrafe anzutreten. Als auch dies fruchtlos war, erließ das Amtsgericht einen Haftbefehl und da der Angeklagte in Spremberg nicht mehr auffindbar war, ein offenes Strafverhaftungs-Ersuchen an den Amtsblatt. Der Angeklagte hatte sich inzwischen beim zuständigen Landgerichts-Präsidenten beschwert, weil ihm die nach § 37 der Preussischen Kasseninstruktion vom 15. Juli 1893 zusehende Zahlungsfrist von einer Woche nicht gewährt worden sei. Daraufhin wurde dem Amtsrichter Gebhard unter Mißbilligung des von ihm eingeschlagenen Verfahrens die Anweisung erteilt, von Zwangsmassregeln gegen den Angeklagten Abstand zu nehmen und sich zunächst darauf zu beschränken, eine neue Zahlungsaufforderung mit einwöchiger Frist an den Angeklagten zu richten. Amtsrichter Gebhard, der die betreffenden Verfügungen erlassen hatte, handelte aber nicht nach dieser Anweisung. Als er den Angeklagten zufällig auf der Straße in Spremberg traf, forderte er ihn auf, ihn noch dem Gerichte zu folgen, sagte ihm, da er Miene machte, zu entweichen, in's Gesicht und bei einem in die Arme und versuchte ihn vor sich herzuführen. Weil er sich diesem Verfahren widersetzt hatte, ist er später außer wegen Verleumdung auch wegen Widerstandes verurtheilt worden, und zwar auf Grund der Feststellung, „daß er dem Amtsrichter Gebhard, einem zur Vollstreckung der Urtheile der Gerichte berufenen Beamten in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt Widerstand geleistet habe“. In der hiergegen eingeleiteten Revision bestritt Rechtsanwalt Freundenthal, daß eine rechtmäßige Amtsausübung vorliege, weil dem Amtsrichter in § 489 Absatz 3 Straf-Prozess-Ordnung nur das Recht, beynah Vollstreckung der Freiheitsstrafe einen Haftbefehl zu erlassen, übertragen, die Ausführung dieses Befehls aber dem Richter mit Rücksicht auf die Würde seines Amtes verweigert und durch die Landesgesetzgebung anderen Kategorien von Beamten übertragen worden sei. Das Reichsgericht hat die Revision für begründet erachtet und den Angeklagten unter Aufrechterhaltung der Strafe wegen Verleumdung von der Anklage des Widerstandes freigesprochen. In den Gründen heißt es u. a.: „Der preussische Amtsrichter, dem durch Anordnung der Landes-Justizverwaltung für die zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen gemäß § 488 Abs. 3 Str.-Pr.-O. die Strafverfolgung übertragen ist, tritt bei Vertheilung derselben als Organ der Landes-Justizverwaltung in Thätigkeit. In dieser seiner Eigenschaft war der Amtsrichter G. bei der Strafverfolgung an die Instruktionen der Justizverwaltung gebunden. Zudem er sich über die Anweisung seines Vorgesetzten hinwegsetzte, von Zwangsmassregeln gegen den Angeklagten nicht Abstand, sondern gegen denselben gewaltsam vorging, überschreitet er die Grenzen, die ihm für die Amtsausübung im vorliegenden Falle gesetzt waren und handelte nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes.“

**Nidels Polizeizustände.** Aus dem heiligen Röm., wo erst kürzlich der Kriminalschwamm Kiefer von der Anklage der Verleumdung einer von ihm mißhandelten Bürgerstochter freigesprochen worden ist, berichtet die „Abertische Zeitung“: Der Braumeister des „Salzkrämpchen“ stand vor dem Schöffengericht, angeklagt der Unterschlagung von drei Maß Bier. Er habe das Bier sahweise an die Schenkleute Stockmeier, Breuer und den Wächmeister Brückmann verschickt. Der Angeklagte sagt: „Schwamm St. hatte Namenstag, und da er Nevierschwamm war, dachte ich dem Namen das zu trinken lassen zu können. Schwamm St. hat zwei Häßer bekommen, wenn er nicht kommt und es bezahlt, mich ich die Worte meines verstorbenen Prinzipals, des Herrn Werner, anzuwenden: „Bei einem Schwamm muß man zwei Augen zudrücken.“ Wächmeister Brückmann sagte mir, daß er sein zwanzigjähriges Dienstjubiläum feiere, da habe ich ihm ein Maß Bier geschickt. Geld habe ich dem Beamten kein abgefordert.“ — Der Vorstehende fragt die als Zeugin geladene Zuhaberin des „Salzkrämpchen“, ob sich der Braumeister hätte berechtigt halten dürfen, die Häßer Bier zu verschicken. — Zeugin: „Das müßte er mir doch sagen, wir hatten ja gar keine Kontrolle. Mein Vater hat nie Bier an Schenkleute verschickt. Woju denn das?“ — Angeklagter: „Jeder Schwamm, der in die Wirtschaft kommt, erhält auch ein Glas Bier u. s. o.“ — Zeugin: „O nein, nur der Nevierschwamm. Wenn ein Schwamm eine Festlichkeit gehabt und der Braumeister hätte uns von dem Bier verschicken gesagt, so hätten wir nichts dagegen gehabt.“ Ein Braumeister und ein Brauereipächter bezeugen, daß es Brauch sei, an Schenkleute, die sich gefällig gezeigt hätten bei Schlichtung

von Streitigkeiten u. s. o. Bier zu verschicken, auch ganze Häßer, dem Dienstherrn aber müsse man davon Mittheilung machen. — Das Gericht sprach den angeklagten Braumeister frei, da es annahm, er habe nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt.

## Veranstaltungen.

Eine Parteiversammlung für den 2. Wahlkreis tagte am Donnerstag im Lokal von Hofmann, Kreuzbergstraße, in der Genosse Pfaunlich über: „Die Begehrtheit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet“ referirte. Der Redner, der in seinem Vortrage in interessanter Weise die Schäden der privatkapitalistischen Produktionsweise erläuterte, kennzeichnete recht treffend die bekannten Schlagworte von der „Begehrtheit der Arbeiter“ und dem „Mün der unterländischen Industrie“, die sich erhalten müssen, wenn die Arbeiter einige Pfennige Lohn-erhöhung fordern und sich bessere Arbeitsbedingungen zu erringen suchen und die von Seiten angewandt werden, deren Begehrtheit überhaupt keine Grenzen kennt. Er verwies auf die ungenutzten Talente, die durch den von den Arbeitern erzeugten Mehrwert bei den industriellen Unternehmungen den nichtstrebenden Aktionären in den Schoß fallen, auf die bekannten Forderungen der Agaxier, die darauf hinauslaufen, eine kleine Anzahl Großgrundbesitzer auf Kosten des Volkes mühelos zu bereichern, und er beleuchtete sodann die Interessenvertretung der Kapitalisten auf politischem Gebiet und das Gebahren der verschiedenen Parteien, die arbeitende Klasse noch mehr wie bisher zu unterdrücken und ihre wirtschaftliche und politische Begehrtheit zu hindern. Nachdem der Redner noch darauf hingewiesen hatte, daß die Bestrebungen der Arbeiter, die darauf abzielen, alle Menschen an den Kulturergüssen theilnehmen zu lassen, im Gegensatz zu der Begehrtheit der Kapitalisten, die nur für sich bedacht sind, von tief sittlich und moralischen Beweggründen geleitet werden, forderte er zum Schluß auf, die bevorstehenden Wahlen auszunutzen, daß die Macht der bestehenden Klasse gebrochen und der Einfluß der Arbeiterschaft erhöht werde. Eine Diskussion über das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat wurde nicht beliebt. Nach einer längeren Debatte, in der das Verhalten einiger Sozialisten, an die man sich beynah Abhaltung der Wahlen gewandt hatte, kritisiert worden war, wurde beschlossen, das Lokal der Berliner Post-Brauerei am Tempelhofer Berg zur Wahlfeier für den zweiten Wahlkreis unter den mit den Vertrauensmännern abgemachten Bedingungen zu miethen. Der Eintrittspreis wurde auf 25 Pf. festgesetzt und soll dafür die Mittagzeit unentgeltlich abgegeben werden. Mit den Arrangements der Feier wurde ein ständigeres Komitee betraut. Daraus erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Eine Buchdrucker-Versammlung, einberufen von Seiten der Tarifgemeinschaftsgegner, tagte am Donnerstag in der Arminshallen. Anwesend waren etwa 100 Personen. Reichstags-Abgeordneter Herbert Stettin hielt einen Vortrag über die Aufgaben einer Arbeiterorganisation. Er vertrat die Meinung, daß es unparteiische Gewerkschaften ebenso wenig gebe, wie unparteiische Zeitungen. Wenn sich die Gewerkschaften nicht mit Politik befassen, so durchwehe sie doch in jedem Falle der Geist einer politischen Richtung, entweder der sozialdemokratischen oder der reactionären. Es sei verkehrt, die Politik aus den Gewerkschaften verbannen zu wollen; im Gegentheil, sie müsse hinein. Die Opposition im Buchdruckerverband richtete sich nicht nur gegen die Tarifgemeinschaft; sie gehe tiefer und sei die Opposition aller ehrlichen Sozialdemokraten gegen die Verumpfung, die sich in der Leitung des Verbandes geltend mache. Es sei daher Pflicht jedes sozialdemokratischen Buchdruckers, sich der neuen Gewerkschaft anzuschließen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehe, den der Verband längst verlassen habe. Die Diskussion bewegte sich in demselben Sinne, ferner wurde der Konflikt unter den Buchdruckern berührt und die durch den Verbandsvorstand verfassten Ausschüsse gemißbilligt. Eine Resolution, die sich mit den Ausführungen des Referenten deckte, wurde gegen 8 Stimmen angenommen.

Hierauf berichtete Oskar Gwald über den während des Osterfestes in Halle abgehaltenen Kongreß der Tarifgemeinschaftsgegner. Derselbe sei von 20 Orten befehligt worden und habe beschlossen, daß die Agitation gegen die Tarifgemeinschaft je nach den Verhältnissen in den betreffenden Orten zu betreiben sei. Die „Buchdrucker-Wacht“ solle in der bisherigen Weise und unter der bisherigen Redaktion weiter erscheinen. Mit dem Verlauf des Kongresses könne man zufrieden sein, es sei nicht anzunehmen, daß der Verband die Delegirten wegen ihrer Theilnahme am Kongreß ausschließen werde. Weiter wurde bemerkt, daß von den 21 Kongreß-Delegirten nur die beiden Berliner zu den ausgeschlossenen gehören, während die anderen noch Verbandsmitglieder sind. Es sei auch auf dem Kongreß versichert worden, daß, wenn der Vorstand weitere Ausschüsse dekretiren sollte, viele Kollegen in Erfurt, München und Hannover freiwillig aus dem Verband austreten würden. Die Versammlung erklärte sich mit der Thätigkeit der Delegirten einverstanden.

Aus Anlaß des Ausschlusses von drei Mitgliedern wegen Unterzeichnung eines Flugblattes wurde eine Resolution angenommen, welche befragt, die anwesenden Buchdrucker, soweit sie noch Verbandsmitglieder sind, verurtheilen das rigorose Vorgehen des Vorstandes und versprechen, ganz ernstlich dagegen aufzutreten, eventuell aus dem Verbands auszuscheiden.

Eine öffentliche Versammlung der Einseher (Tischler) tagte am 12. April im Englischen Garten. Ruskke hielt einen ebenfalls aufgenommene Vortrag über Streikbewegung und Organisation. Er sprach für den Anschlus an den Holzarbeiter-Verband. Die Diskussion war eine recht reger. Namentlich wurde geäußert, daß die Gesellen verpöndelt sind, selbst die Nägel zu liefern und das Holz abzuladen. Eine Resolution, in der ausgesprochen ist, sich im gegebenen Falle mit den Vantillieren zu vereinigen, um Forderungen durchzusetzen zu können, fand einstimmige Annahme. Angenommen wurde ferner ein Antrag, eine Kommission zu wählen, welche öffentliche Versammlungen einberufen soll und die Bewegung der Einseher zu leiten hat. Gewählt wurden Schönbürger, Machajski und Wifch.

Zwei Wanderveranstaltungen des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer tagten am Donnerstag, den 7. April. Im Wedding-Park hielt Blaurad einen Vortrag über den englischen Maschinenbauer, Streik. — In der zweiten Versammlung in der Andreasstraße wurde vom Vortrag Abstand genommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Westfälischer. Filiale Berlin 3. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Montagsstr. 47: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Berlin 5. Heute Abend 9 Uhr bei Koplin, Veltlingerstr. 48: Mitglieder-Versammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 17. er., vormittags 9 Uhr, im großem Saal der Berliner Wasserbau-Kommandantenstraße 57: Versammlung. Freireligiöse Beileitung. Um 11 Uhr vorm. ebenfalls. Vortrag des Herrn E. Bogdner über: Die Faust-Beileitung. — Montag, den 18. er., abends 8 1/2 Uhr, ebenfalls, Eingang Schloßstr. 43. Beschließende Versammlung. Renwahl des Vorstandes und der übrigen Beamten.

Wanderverein „Mehr Licht!“ Sonntag, den 17. d. M., vorm. 12 1/2 Uhr: Besuch des Hygiene-Museums unter Führung des Herrn Dr. Wehl. Treffpunkt vor dem Museum, Klosterstr. 35. — Abends 7 Uhr, Alexanderstraße 20: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Wehl über: Sozialdemokratie und Hygiene.

Nachverein der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend. Sonntag, den 17. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Wille, Androssstr. 26: Mitglieder-Versammlung.

Allgemeine Familien-Verelasse. Heute Sonntag: Adressir. 123 bei Wille.

Tischler-Verein. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15: Versammlung.

Central-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauer. Berlin Bezirk 3. Sonntag, den 17. April, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Herrn Bergemann, Wasserwerkstr. 3: Mitglieder-Versammlung.

Wanderer-Verelasse. Sonntag, den 17. April, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23: Vortrag des Herrn Hüb. Geil, über: Roggenismus und Dypnotismus. Nachher: Familienabend. Gäste willkommen.

### Vermischtes vom Tage.

— Die Reichel fliegt rapide. Infolge des mehrthätigen Regens sind bei Prallwieg (Galizien) ein großer Bergsturz statt.

— Ein Kaufmann in Hamburg hat sich zugleich mit seiner Frau mit Cyanid vergiftet.

— Das nach Philadelphia bestimmte Bremer Schiff „Marie Siedenburg“, welches am 12. März New-York passirte, ist seitdem verschollen. Man besichtigt, das es mit seiner ganzen Mannschaft, 21 Mann, untergegangen ist.

— Ein Zimmermann fiel in einer Drecherei in Helmstedt bei Braunschweig von einer Leiter herab gerade in das Getriebe einer Druckmaschine. Der Kopf wurde ihm vom stumpfen getrennt.

— Im Eisenwerk Gröba (Königreich Sachsen) wurde eine dort noch nicht vorgekommene Arbeit beendigt, die Sprengung eines 180 Zentner schweren Ambosses mittels Dynamits. Der Amboss hatte einen Durchmesser von 1 1/4 Meter und eine Tiefe von 2 1/2 Meter; zum Gehen des Kolosses hatte ein besonderer Ofen erbaut werden müssen. Bei der Sprengung wurden durch jeden Schuß Stücke im Gewicht von 20 Zentnern abgeprengt.

— In Steinweg bei Regensburg wurde eine Prostituirte ermordet aufgefunden. Ein Tagelöhner wurde als der Thäter verdächtig verhaftet.

— Der Fürstbischof von Prag schenkte für die Panzerer Strafanstalt ein Marienstandbild mit schönem, funkelndem Edelstein. Bald darauf wurden die Edelsteine gestohlen, von einem Zöbler, dem sie angeboten wurden, aber zurückgebracht. Als man sie nun schätzen ließ, kostete sich heraus,

das es — keine echten Edelsteine, sondern werthlose Nachahmungen waren.

— In einem Triester Vorort band ein Bauernsohn seinen schlafenden Vater, mit dem er in Unfrieden lebte, mit einem Seil an das Bett, besprengte dieses mit Petroleum und zündete es an. Der Vater konnte sich jedoch noch befreien und das Feuer löschen.

— Ein Pariser Polizei-Inspektor sollte einen Fremdling aus seiner Wohnung abholen. Er wollte ihm einreden, er sei sein Onkel, der ihn zu einer Promenade abholen wolle. Der Fremdling zeigte sich zunächst freundlich, lachte aber dann plötzlich auf: „Ender Verführer, für einen alten Onkel bist Du zu häßlich!“ und erstach den Polizei-Inspektor mit einem Messer.

— Bei den Uebungen der Heilsarmee in Ponts-de-Martel wurde ein 80-jähriger Mann plötzlich wahnsinnig.

— Auf dem Internationalen medizinischen Kongress in Madrid hielt Dr. Panowich aus Berlin einen Vortrag über die Bekämpfung der Schwindsucht und eine Statistik des Reichs-Versicherungsamtes, nach welcher jeder zweite Versicherte, der Invalide geworden, tuberkulos sei.

— Von der Pest. In der verfloffenen Woche sind in Bombay 302 Personen an der Pest gestorben; die Gesamterkranklichkeit belief sich auf 1808 oder 61,50 vom Tausend.

**Witterungsübersicht vom 15. April 1898, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temp. in C.	Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temp. in C.
Swinemünde	770	CSO	3 wolkenl.	3	Dapartanda	780	CS	2 wolkenl.	-11
Danzburg	765	CSO	4 wolkenl.	6	Beiersdorf	780	CSO	1 wolkenl.	-5
Berlin	768	CSO	3 Hbl. bed.	5	Sorf	768	CS	1 heiter	7
Wiesbaden	762	O	3 Hbl. bed.	7	Aberdeen	757	CSO	6 bedekt	6
München	764	O	4 wolkenl.	4	Paris	759	CS	2 wolkenl.	11
Wien	768	W	1 wolkenl.	4					

**Wetterprognose für Sonnabend, 16. April 1898.**  
 Heftig regnet, zeitweise heiter, vielfach wolken mit etwas Regen und feldchen stürmischen Winden.  
 Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 15. April.

**Opernhaus.** Bar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schauspielhaus.** Königskinder. Anfang 8 Uhr.

**Deutsches.** Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Leipzig.** Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner.** Die Rottenburger. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Göthe.** Satisfaktion. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schiller.** Doppelselbstmord. Anfang 8 Uhr.

**Unter den Linden.** Der Operndieb. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Die Freuden der Gänzlichkeit. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neubau.** Der Fall Corignan! Anfang 8 Uhr.

**Thalia.** Die Haberer. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central.** Das alte lustige Pandburg. Anfang 7 Uhr.

**Ostend.** Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.

**Velle-Aliance.** Kaiser und Gattin. Anfang 8 Uhr.

**Enliten.** Arme Wieze! Anfang 8 Uhr.

**Freidrich.** Wilhelmstädtisches. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr.

**Alexanderplatz.** Hannemanns Abenteuer. Der gefesselte Storch. Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.

**Passage.** Panoptikum. Theater Variété.

**Reichshallen.** Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neubau.** Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.

**Feen-Palast.** Ethnographische Ausstellung.

### Urania

Taubenstr. 48/49.  
 Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. — Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlage.

### Passage-Panoptikum.

Täglich: Berliner Nachtleben.  
 Komödie in 12 pantomimisch. Szenen mit Gesang u. Tanz. Vorher: Theater-Variété.

### Castan's Panoptikum.

Friedrichstr. 165.  
 Neu!! Indisch-hinduanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.  
 Das BÄRENWEIB.

### W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.  
 Heute, Sonnabend, den 16. April: Gr. Extra-Theatervorstellung Die schöne Aloyse-Bäuerin.  
 mit Gesang in 3 Akten von Prüfer. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

### Gehr. Herrfeld's I. Orig. Budapest Kaufmann's Variété.

Alexanderplatz.  
 Auf vielseitiges Verlangen: Präcise 8 Uhr: Donat Herrfeld's unverwilt. Neues Original-Lustspiel Die Welt geht unter.  
 9 Uhr: Spezialitäten-Kongress. Prof. Ricardo, Amanda Nordstern, Philip Bredt etc. etc.  
 10 Uhr: Von Dreien der Glücklichen. Das beste Produkt der Gebrüder Herrfeld'schen Nuss. Morgen und folgende Tage: Dasselbe Vorstellung. Mittwoch, den 20. April 1898: Erstes Auftreten des unverwiltlichen Volkshumoristen Martin Bendix in dem neuesten Gebrüder Herrfeld'schen Original-Lustspiel Die vierte Frau. Hauptrollen: Martin Bendix und Donat Herrfeld.

### Ausstellung am Kurfürstendamm.

G. m. b. H.  
**Carl Hagenbeck's** sensationelle Special-Ausstellung **INDIEN** mit 200 Eingeborenen Vorder-Indiens u. d. Insel Ceylon wird eröffnet 23. April Saisonkarten à 6 M. Kinder 2 M.

### Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 17. April 1898, abends 6 Uhr, in Keller's großem Saal, Koppenstr. 99: Vortrag des Herrn Dr. W. Meyer (früher Direktor der Urania) über Die Reise nach Spitzbergen.  
 Nachdem: Gemüthliches Beisammensein u. Tanz. Eintritt 20 Pf. Garderobe 10 Pf. Eröffnung 5 Uhr, Beginn 6 Uhr. Billeterverkauf: Reul, Barnimstr. 42; Gleisler, Mollerstr. 7a; Schiller, Rosenthalerstr. 57; Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Lock, Grüner Weg 46; Zabel, Frankfurter Allee 90; Banke, City-Passage; Tolksdorf, Sorauerstr. 68; Hoffmann, Blumenstrasse 14; Kothe, Koppenstrasse 90; Stabernack, Inselstr. 10 und an der Kassa.

### Ostend-Theater.

Gr. Franzosenstr. 102, Dir. G. Weh. Juni 67. Male: Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.  
 Im Zimmer vor u. nach der Vorst. Gr. Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr. Sonntag Nachmittag halbe Preise: Im Irrenhause.

### Volks-Theater im Welt-Restaurant

97, Dresden-Strasse 97.  
 Gifft. Lustspiel in 1 Akt von Jonsch. Reu! Reu! Reu! Bäckerliebe. Poffe mit Gesang in einem Aufzuge. Im Schluss: Auf allgemeines Verlangen: Eine alltägliche Geschichte. Bild aus dem Berliner Leben. Im vorderen Saale: Tyroler Sänger Alois Ebner.

### Aschanti-Dorf und Javaner-Dorf im Feen-Palast

(Bahnhof „Börse“) 137 Eingeborene. Eintritt 50 Pf. resp. 25 Pf. von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends.

### Reichshallen-Theater.

Leipzigstrasse No. 77.  
 Das neue hochinteressante April-Programm! Karl Wilhelm, Original-Humorist. The Almasio! Christofferson! Valentine Cadowa! Bruder Vasilienc! Fische Geister! The Trapnell! 30 Kunstkräfte. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Reichshallen-Tunnel: 2 vorzügliche Kapellen. Sonnabend: Bockbier-Fest etc.

### Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.  
 Eugenie Fougère Sign. Salerno, Bonhair Troupe Robert Steidl und 20 hervorragende Spezialitäten. Kasseneröffnung 6 1/2 Anf. 7 1/2 Uhr. In Vorbereitung: Don Juan in der Hölle. Phantastische Ausstattungs-Burleske in 2 Bildern. Carl Strauss' Bier-Lokal u. Biergarten Straßener-Allee 17b. Fernspr. VII 4182. Zahlstellen vom Bahndirekt und Metallarbeiterverband. 2787b

### Concerthaus Leipzig

Leipzigstr. No. 48  
 Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. In Zossen. Billeter-Vorverkauf von 12 bis 2 Uhr.

### Quarg's Vaudeville-Theater

Grand Hotel Alexanderplatz  
 Nur noch bis Sonntag: König Heinrich Rosen-Burleske von Max Dann und Leonh. Haskel. Er ist's! Poffe, und sämtliche Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Entree 15 Pf.

### Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.  
 Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Novitäten-Programm. Neu! Marietta Berndt, Neu! Koffmannbrette. Im Zulauf. Neu! Hitimo. Schwanl. Wochentags 8 Uhr. Avis! Am 16. Mai: Eröffnung der Sommer-Saison. Gastspiel des berühmten Theater-Directors Hrn. Eugen Bruns mit seinem renommirten vorzüglichen Ensemble. Diese Vorstellungen finden täglich im schönen, lichtigen Worten und bei ungestörter Witterung im Saale statt.

### Ton-Halle,

Friedrichstrasse 112.  
 Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: Gr. Ball. 4788b

### Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag, den 17. April: Tour nach Baruth 57 Kilometr. Abf. früh 7 Uhr Steuerhaus Tempelhofersfeld.  
 Empfehlung meine drei Restaurants: Rübzahl, am Raggelsee, Teufelsee, Raggelberge, Marienlust, a. d. Dohme, zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Spätpartien über die Raggelberge. 4724b

### C. Streichhan,

Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.  
 Zu Sommerfestlichkeiten. Großer Saal und Garten mit Theaterbühne, 2000 Personen fassend. Vereinsraum, 2 Regeldampfen, empfiehlt Julius Wernau, Schneidest. 23/24. Allen Freunden u. Genossen empfehle ich mein Weiss- u. Bayr.-Bier-Lokal. Vereinszimmer, 15-40 Pers. fass. in Bismarck-Bau, sowie zu Bahnhöfen, neben zur Verfügung. Ferdinand Schulz, Schöneberg, Bahnhofsstr. 35. Carl Becker Cigarren, Cigarretten, Tabake Gerichter. 28, Bahnhofsstr. port.

### Sozialdemokratischer Verein für Stralau-Rummelsburg und Umgeg.

Sonntag, den 17. April 1898, mittags 1 Uhr General-Versammlung im Saale der Brauerei Stralau. Tagesordnung: 1. Vortrag Thema und Referent werden in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1898. 4. Bericht des Bibliothekars. 5. Wahl von 2 Hilfssekretären. 6. Vereinsangelegenheiten. Nicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung persönlich zu erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimirt. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. (8/3) Der Vorstand.

Achtung! Buchbinder! Verbandsmitglieder! Die ordentliche General-Versammlung der hiesigen Fabrikarbeiter findet am Sonntag, den 25. April, sondern schon am Mittwoch, 20. April, in Feuerstein's Festsaal, Alte Jakobstraße 75, statt. Alles Nähere siehe Inserat in der Dienstag-Nummer dieses Blattes. Der Bevollmächtigte.

### Rixdorf. Sozialdemokrat. Verein „Vorwärts“

Dienstag, 19. April d. J., abends 8 1/2 Uhr, in Lankner's Salon (früher Hoffmann), Bergstraße 151/152: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassiers. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des gesamten Vorstandes, der Beisitzer und Referenten. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Prolegomena. Mitgliedsbuch legitimirt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

### Stellmacher!

Sonntag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr, in Cohn's Festsaal, Reuthstrasse No. 20: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Mohs über: Warum organisieren wir uns? 2. Abrechnung und Bericht der Agitationskommission. 3. Unser Arbeitsnachweis. 4. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten. 5. Gewerkschaftliches. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Agitationskommission.

### Verband der Möbelpolierer.

Deute Abend in den Fabrikellen Aufnahme von Mitgliedern und Ausgabe von Urania-Billets à 60 Pf. zu der Sondervorstellung am 8. Mai, nachmittags 1 Uhr. Die Generalversammlung findet am 25. April, Koppenstrasse 29, statt. Kollegen! Erscheint zahlreich! 145/9

Montag, 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Andreasstr. 26: Oeffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Wie feiern wir den ersten Mai? 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Gründung eines Streikfonds? Der Vorstand.

### Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, in Cohn's Festsaal, Reuthstraße 19-20. General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Kassiers. 2. Wahl eines Nebentenen. 3. Entwürfe. 4. Beschluß der vorgeschlagenen Statutenänderung der Fünfer-Kommission. 5. Bericht der Delegierten vom Verbandstag. Mitgliedsbuch legitimirt. Die Mitglieder werden ersucht, persönlich zu erscheinen. Der Vorstand.

### Achtung! Köpenick! Achtung! Urania-Billets

à 60 Pf. zum Sonntag, den 17. April, nachmittags 1 Uhr, sind noch zu haben bei H. Nihan, Schulstr. 9, Hagenbergstr. 1. R. Geld, Reichstr. 4. Wolf Schulz, Restaurateur, Schönhaiderstr. 5. G. Schröder, Reichstr. 11, Restaurateur.

### Vegetarier-Vereinigung. (Zentrale Berlin.) Oeffentliche Versammlung

Sonntag, den 17. April 1898, mittags 1 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Rosinmandantenstr. 57. 1. Vortrag des Redaktors Herrn Schirmer über: Die deutsche Rinderzucht, geistig und seltlich zu erziehen. 2. Diskussion. — Vegetarisch lebende Kinder werden zahlreich angewendet sein. Mütter! Kommt und vergleicht diese Kinder mit den Euren. (2002b) Eltern! Seid Ihr mit Euren Kindern zufrieden? Seid Ihr zufrieden mit ihrer körperlichen und geistigen Fortschritte? Seid Ihr zufrieden mit der Gesundheit der Charaktere, der körperlichen Euren Kinder? Befriedigt Euch ihre sittliche Entwicklung, ihre Herzgenüthe? Dann Heil Euch, Ihr seid glücklich zu preisen! Oder seid Ihr nicht zufrieden mit Euren Kindern? Werden sie vielleicht öfter krank? Kommt Ihr mit ihnen gar nicht weg vom Arzt? Machen sie einen müden und weissen Eindruck? Wollen sie in der Schule nicht recht vorwärts kommen? Habt Ihr wohl gar schon geschlechtliche Verirrungen an ihnen bemerkt? Habt Ihr sie beim Rauchen und Biertrinken abgelehrt? Seid Ihr mit der blauen Gesichtsfarbe Eurer Pflügel zufrieden, mit den bläulichen Augenlidern und den Augen um die Augen? Nehmt Ihr manchmal Mattigkeit wahr und unthätigen Blick, Verdriehlichkeit und Unlust zu Spiel und Arbeit? Ist Euch Ihr verschlossenes Gemüth aufgefallen? Ja, vielleicht gar noch tiefere Gemüthsstörung und vollkommen Entfremdung? Euch, Ihr Eltern, kann geholfen werden! Wie? das erfahrt Ihr in dem angefügigen Vortrage.

**Orts-Frankenkasse der Buchbinder etc.**  
Montag, den 25. April 1898, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
in Feuerhain's Restaurant, Alte Jakobstraße 7b (oberer Saal). Tages-Ordnung:  
1. Verlesung der Protokolle. 2. Abnahme der Jahresrechnung u. Decharge-erteilung an den Vorstands. 3. Ertrag nach dem Vorstandes. 4. Antrag des Vorstandes betr. Anstellung von Naturheil-Verzehrern. (Referent: G. Bässler.)  
5. Verschiedene Kassenangelegenheiten.  
Der Vorstand. 2893b  
B. Angress, Stellvert. Vorsitzender.

**Zentr.-Kranken- u. Sterbefälle der Dachdecker**  
Deutschlands „Einigkeit“ (G. & Fr. 69) Sitz Berlin.  
Sonntag, den 17. April 1898, nachmittags 2 Uhr:  
**Versammlung**  
im Lokale von Feind, Weinstr. 11.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Stornberg über Krankenversicherungen. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1898. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 54/2  
Der Vorstand, J. A. Barenthin.

**Orts-Frankenkasse der Strumpfwirker.**  
Dienstag, den 26. April, abends 8 Uhr,  
in Feind's Salon, Weinstr. 11:  
**Ordnentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht für 1897. 2. Bericht der Rechnungs-Prüfungs-Ausschusses und Decharge-erteilung. 3. Statuten-änderung. 4. Verschiedenes.  
Die Delegierten werden um zahlreiches Erscheinen ersucht. 289/10  
Der Vorstand.  
Restaurant zur Erholung, Köpenick, Kaulsdorferstrasse, Gr. Frühstückisch, Ferd. Pole.

**Orts-Frankenkasse der Tabak-Fabrikarbeiter.**  
**General-Versammlung**  
am Sonntag, den 24. April cr., abends 7 Uhr, nach der Kassenauflage.  
Tages-Ordnung:  
1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Antrag der Revisoren zur Decharge-erteilung für die Kassenführung des Jahres 1897.  
2. Wahl der 3 Revisoren.  
3. Abänderung der §§ 2, 12, 18a, 19 u. 29 des Statuts nach Bestimmung des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg. 19/4  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
Der Vorstand.

**Stroh-Hüte**  
für Damen kauft man zu Fabrikpreisen bei **P. Brodala, Wahnmannstraße 21, 1. Etage, Ecke der Großen Frankfurterstraße.** 2896b  
**Für 36 Mark**  
fertige feine Anzüge nach Maß, für 30 Mark. St. Sommerpaletots nach Maß, für 8-12 Mark. feine Hosen nach Maß.  
**Riesentofflager**  
Krausenstr. 14, I, kein Laden.  
Empfehle allen Freunden und Bekannten mein  
**Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,**  
2 große Vereinszimmer zu 100 Personen in Platanen für Vereine, feine Besammlungen u. Festlichkeiten. 4640C  
**W. Lorenz, Boltstr. 43.**

**Nonnenberg's Restaur.,**  
Trepow, Parkstrasse.  
Großer Saal. - Großer Garten.  
Jeden Sonntag: Ball.  
Empfehle mein Lokal für Festlichkeiten.  
**Gasthof zu den drei Linden.**  
Köpenick, Grünauerstr. 16  
Garten. Kaffeelücke. 4664B  
**Hermann Görcke**  
**Restaurant Linden-Garten.**  
Köpenick, Grünauerstr. 7.  
Gr. Saal. Garten. Kaffeelücke.  
Grüßl: Witt. u. Udenblitt. C. Seidel.

**Hinans, hinaus! zur Pferdebutcht!**  
Coepenick 20 Min. Waldweg. Gr. Saal. Turngeräthe.  
4757L) 80 Morgen Spielplätze empfiehlt **W. Magdeburg.**  
**Grünau. Gustav Lindenhayn Grünau.**  
Arbeiter-Bekehrungsalon.  
Großer Garten. 2 verbundene Regelebahnen. Säle von 80-300 Personen.  
Kaffeelücke. 1/2a Bairisch 15 Pf. Große Weisse 30 Pf.  
Empfehle allen Genossen mein Lokal. 4740B

**Begründung des Geschäfts 1878.**  
**M. Schulmeister**  
Schneidermeister,  
Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 148,  
Kottbuser Thor, Schöneberg.  
empfehle zu außerordentlich billigen Preisen:  
**Frühjahrs- u. Sommerpaletots** in guten Diagonalen, von M. 13-33  
**Jaquet-Anzüge** in guten, halbbaaren Stoffen, 1. und Dreifig, von M. 16-24  
**Jaquet-Anzüge** in glatten Diagonalen, Kammgarn, Satin und Cheviot-Stoffen, 1. und Dreifig, von M. 18-35  
**Sacco-Anzüge** modernster Farben in Satin u. Cheviot-Stoffen, eleg. Ausfüh., von M. 20-36  
**Hof-Anzüge** i. guten, wollen., schwarz Kammgarn, u. Satinstoffen, moderner Façon, von M. 25-38  
**Schroth-Anzüge** von feinen Satin, Tuch u. Kammgarn-Stoffen, Dreifig, von M. 30-45  
**Sport- u. Radfahrer-Anzüge** in nur guten halbbaaren Stoffen, Cheviot- und Zwirnstoffen.  
**Jünglings-Anzüge** in Satin, Diagonal, Kammgarn u. Cheviot, 1 u. Dreifig, von M. 10-20  
**Havelocks, Staub- u. Reijemäntel** zu den billigsten Preisen.  
**Maschinen-Anzüge** in allen Größen . . von 3 M. an.  
**Beinkleider** in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot, von M. 5-10  
**Knaben-Paletots, fleißame Paçons** in großer Auswahl.  
**Knaben-Anzüge** in Cheviot, Belours und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1. und Dreifig, von 5 M. an  
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.  
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.  
**Streng reelle Bedienung.**  
Telephon Amt IV 447.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 14. d. M., mein lieber Mann, der Schriftleger (Juwelide) **Clemens Schilhan**  
nach 14-jähriger glücklicher Ehe plötzlich infolge Herzleidens im 44. Lebensjahre durch den Tod von meiner Seite gerissen wurde. Um hieses Beileid bittend getzt die tiefbetrübte  
2900b  
**Wwe. Emma Schilhan.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. M., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reiten-Kirchhofes, Rudowerstraße, aus statt.

**Rixdorf!**  
**Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“ zu Rixdorf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, der Schriftleger **Clemens Schilhan**  
am 14. April an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Der Verstorben war stets ein gutes Mitglied sowie reger Parteigenosse und wird uns stets in gutem Andenken verbleiben.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. M., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reiten-Kirchhofes, Rudowerstraße, aus statt.  
Um recht reger und pünktliche Theilnahme ersucht  
292/6  
Der Vorstand.

**Dankagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Theilnahme u. kostbaren Blumen spenden bei der Beerdigung meines un-  
vergesslichen, so früh dahingegangenen Sohnes, des Steinbilders  
**Paul Jüttner**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden u. Bekannten, insbesondere dem Herrn Meister, sowie allen Kollegen u. Arbeiterinnen der Firma J. Aderle u. Co. unsern herzlichsten Dank.  
289/4  
**Georg Jüttner, nebst Frau**  
im Namen aller Hinterbliebenen.

**Todes-Anzeige.**  
Am 15. April früh verstarb nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Sohn, der Schriftleger **Magnus Hirschfelder**  
im Alter von 30 Jahren an der Schwindsucht. Diesem allen Verwandten, Kollegen und Freunden hierdurch zur Nachricht mit der Bitte um hieses Beileid. Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Gewerkschaft der Buchdrucker, Schriftgiesser und verwandter Berufsgenossen.**  
Am 15. April früh verstarb unser Mitglied, der aus dem Verbands ausgeschlossene Schriftgiesser **Magnus Hirschfelder**  
im Alter von 30 Jahren an der Proletarierkrankheit. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause, Sotominderstraße 121 aus nach dem katholischen Kirchhof in Weihensee statt.  
Um rege Theilnahme ersucht  
Der Verrentendmann.  
Allen Freunden, Bekannten u. Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Puzer **Hermann Hirse,**  
im Alter von 42 Jahren am 13. d. M., morgens 3 Uhr verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. M., vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 2895b  
Um rege Theilnahme bittet  
Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

**Todes-Anzeige.**  
Der Puzer **Hermann Hirse**  
ist plötzlich verstorben.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. April, vormittags 11 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof in Friedrichsfelde statt.  
Die Mitglieder des Gesangsvereins „Gemüthlichkeit“ werden ersucht, voll-  
ständig zu erscheinen.  
Zahlstelle I der Patzer  
Berlins.  
**Vereinszimmer,**  
groß und freundlich, ist noch einige Tage & verg. Schönhauser Allee 30.

**Waarenhaus P. Rothenberg**  
Moabit, Thurmstrasse 31, Ecke Wilhelmshavenerstrasse

**Abtheilung für Schuhwaren.** **Abtheilung für Putz.**

**Zum Schulbeginn:**  
Aufgabebücher à 3 u. 4 Pf.  
Diarien à 3, 5, 9 u. 16 Pf.  
Ordnungsmappen, gefüllt 59 Pf.  
Schreibmappen 49 u. 69 Pf.  
5 Bogen Schreibpapier mit Couverts 3 Pf.  
25 „ „ „ „ 18 Pf.  
Elegante Cartons mit Papier à 19 Pf., 30 Pf. etc.

**Schneiderei-Artikel:**  
Schw. u. coul. Faconstoff Meter 26 Pf.  
Moiréstoff „ 23 Pf.  
Zweiseitiges Taillenfutter „ 35 Pf.  
Gestreift. Satinfutter, Neuheit „ 29 Pf.  
Schw. u. coul. Alpaccas „ 81 Pf.  
Patentstoss in allen Farben „ 12 Pf.  
Rein seid. Merveilleux, schw. 95 Pf., coul. 1,60

**Tricotagen, Handschuhe, Wäsche:**  
Diamantschwarze Kinderstrümpfe Größe 1 2 3  
Paar 8 Pf. 11 Pf. 14 Pf. etc.  
Damenhandschuhe à Paar 10, 18, 22, 34, 42, 54 Pf. etc.  
Damen-Nacht-Jacken mit Stickerei . . . 1,87  
Damen-Prisen-Hemd mit Spitze . . . 0,98  
Damen-Hemd mit Languette . . . 1,24  
Damen-Beinkleider mit Stickerei . . . 1,26  
Grosse Auswahl in Blousenhemden u. Gürteln.

**Manufaktur- und Modewaaren. Teppiche und Möbelstoffe.**  
**Verkauf ohne Ausnahme zu sehr billigen, aber festen Preisen.**

**Berühmte Aachener Tuche**

auf fast allen Weltausstellungen mit den höchsten Preisen prämiert, sowie andere beste deutsche Fabrikate versenden wir zu **anerkannt niedrigen Preisen** an Jedermann.  
Unsere ca. 400 Muster grosse Collection, die franco ohne jede Kaufverpflichtung versandt wird, enthält Alles, was der moderne **Tuch, Kammgarn, Cheviot, Loden** etc. vom einfachsten bis zum allerfeinsten, bis zum **allgemeinsten** Geschmack bietet.  
Ueber 1000 freiwillig gesandte **ehrende Anerkennungsschreiben** liegen vor, die unsere hervorragende Leistungsfähigkeit bestätigen.  
„Ich bin noch nie in so zufriedenstellender Weise bedient worden.“ „Ich bin mit Ihren Waaren ganz ausserordentlich zufrieden.“ „Ich hätte nicht geglaubt, eine so schöne, reichhaltige Auswahl zu erhalten.“ Ihre Musterkarten haben Bewunderung über die reichhaltige Auswahl und die guten Qualitäten erregt. „Ich muss Ihnen meine grösste Zufriedenheit über den erhaltenen Stoff aussprechen.“ „Bitte wieder um Zusendung von **Monopol-Cheviot**; mit dem früher bezogenen war ich sehr zufrieden, da ich den daraus gefertigten Anzug schon seit 2 Jahren trage.“ „Hätte ich Ihre Firma früher gekannt, würde ich manchen Thaler gespart haben.“  
U. s. w. in ca. 1000 Briefen!

Um einen weiteren Beweis von dem Renommée unserer Waaren zu geben, erwähnen wir, dass wir uns innerhalb des Jahres **1860** **neue Kunden** **1/4 Million Mark** Stoffe bezogen: Diese Ziffern sprechen mehr als alle Anpreisungen! Ausser unseren **hochfeinen Modestücken** haben wir eine gediegene Auswahl billigerer Specialitäten aufgenommen, von denen wir als seit **1893** eingeführt, unseren thatsächlich berühmt gewordenen **Monopol-Cheviot** erwähnen. Dieser **reinwollene echtfarbige Cheviot** kostet per Meter 4 Mk. und wird in schwarz, blau und braun geliefert; **3 Meter zum Anzuge 12 Mk.!** ein modernes, ebenfalls **reinwollenes echtfarbiges Gewebe**, welches vermöge seiner **Eleganz** allseitig Anklang findet, **3 Meter zum Anzuge 14 Mk.!** in **16 neuen Farben**. **Meter Mk. 2,60, 3,-, 3,60 etc.**, eignet sich zu Radfahrer-Touristen-Anzügen, auch für hellere leichte Anzüge u. Paletots. (Universal-Loden.)  
Dieser **erstklassige Fabrikat** besteht aus **reinwollenem, echtfarbigem Cheviot Marke C G**. Unsere Beamten haben hiervon Anzüge getragen, die sich so vorzüglich bewährt haben, wie die **theuerste englische Waare!** Der Motor dieses hervorragenden Cheviots, der in **echtblau, echthraun und echtschwarz** geliefert wird und für den wir die **weitgehendste Garantie** übernehmen, kostet nur **Mk. 5,70, 3 Meter zum Anzuge 17 Mk.!**  
Ausser diesen Specialitäten führen wir, wie oben bemerkt, alle anderen Stoffe, bis zum **hochelegantesten des modernen 1898er Geschmackes**.  
Ferner machen wir Sie noch auf eine besonders günstige Gelegenheit zu vortheilhaftem Einkauf aufmerksam. Es entstehen nämlich in unseren Lägern eine grosse Anzahl von Resten aller Art, in Längen von 1/2 bis 6 Metern (von den Stücken übrig geblieben); diese Reste verkaufen wir **25 pCt.** unter unserem Originalpreis, eine Gelegenheit, die sich jeder, der **viel sparen will**, zu Nutzen machen sollte! Vorjährige Winterstoffe für Ueberzieher, Anzüge etc. ebenfalls **25 pCt.** unter Preis.  
Sie kaufen dadurch fast zum halben Werth.  
**Wilkes & Cie., Aachener Tuchindustrie, Aachen T 78.**

**Für 2-3 Mark**  
Reise sehr groß zu Knabenanzügen, Reise zu Herrenanzügen, schöne Wäcker 7-10 M für 12 M. H. Cheviot- und Knammgarnstoffe, Paletots und Hosenreste so lange der Vorrath reicht  
**im Riesentofflager**  
Krausenstr. 14, I, kein Laden.  
**Cohn's Hosenfabrik,**  
Pallisenstr. 3,  
verkauft Arbeitshosen von 1 M. an, Schulanzüge von 2 M. an,  
**Herren-Anzüge** nach Maß sehr billig. 4837L

**Möbel**  
verleihen gewesene und neue, stannend billig, Theilzahlung gestattet.  
Beamten ohne Angahlung. 4056V  
**Neue Königstr. 59**  
u. **Gneisenaustr. 15.**  
**Reell und billig**  
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hirschke**, gegründet 1872, **Stalwerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor.**  
**Betten**  
Steppbetten, Gardinen, Wolle, Verticoren, Chaiselongues, Tischdecken.  
**Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Regulatorien, Reisetaschen, Operragler, (portable) Wandliche Reanderstr. 6.**  
**Lohnende Fabrikationen.**  
Berlangen Sie Gratiszusendung des illust. Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb“, Treppen-R. 7, 14/5  
Restaurant, gutgehend, für 1400 M. zu verkaufen. In erst. bei Luplow, Friedrichsbergerstr. 24, Hof part.

**Milchkübel,**  
Kannen, Satten, Buttermaschinen 445L\*  
**Jordan, Rl. Markstr. 28.**  
Ein H. Bierverlag mit Jungbiersverkauf (Keller), vor Sommer-Tonnen Wbi y Wode, Rehl u. Sotloschert, hübsche Wohn, Wasser frei, weg Uebernahme u. Restaure sehr bill zu vert. Of sub H. 3 an d. Grp d. H.  
Schiffstraße findet anständiger Herr Rannauer 82, o 2 Tr. Thür.

**Arbeitsmarkt.**  
Plätterinnen u. Stichtrogen, Um-  
legetrogen und Wandbetten in und  
außer dem Hause verlangt **Troppe,**  
Schönhauser Allee 167a, Fabrikarb.  
**Lehrmädchen**  
ordentliche, vierzehn- bis sechzehn-  
jährig, gegen sofortigen Gehalt vert.  
**Ehrlich, Fuglerstr. 13,**  
Sevelder 27 (Spandauerhof, Aula 5).  
**Tüchtige Zimmerleute**  
sucht sofort das Edgewerk **R. Vogel,**  
Prienwall. 4888L\*  
**Dienstmädchen oder Aufwarterin**  
gelucht **Boedlitz 7, Papierhandlung.**  
**Porzellanmaler,**  
tüchtiger, in Schrift, wert Mariannen-  
straße 52, Hof links 2892b

**Gänger!**  
Ginen I. Tenoristen und einen  
II. Bassisten (Genossen) sucht  
**B. Strzelowiez, Blumen-**  
2901b) (Wettlichstr. Strzelowiez).  
**Tüchtige Versilberer** sucht  
Wertmeister, Brunnenstr. 194.  
Vorzügliche **Tailenarbeiterinnen**  
suchen dauernde und lohnende Be-  
schäftigung bei 2898b  
**Jules Bister,**  
Unter den Linden 8.

Literarische Rundschau.

Neuere Arbeiten

über die Bekämpfung der Sexualkrankheiten.

- Fleisch, Prof. Dr. Max: Prostitution und Frauenkrankheiten. Hygienische und volkswirtschaftliche Betrachtungen. Frankfurt a. M., Johannes Kl. 1898. 60 S.
Romayer, Dr. Ernst: Zur Ausrottung der Syphilis. Berlin, Gebr. Bornträger. 1898. VIII und 105 S. 7 Kurventafeln. Preis 3,50.
Behrend, Prof. Dr. Gustav: Ueber die Gonorrhoebehandlung Prostituirter. Vortrag, gehalten in der Berliner medizinischen Gesellschaft am 19. Januar 1898; nebst Diskussion. (Berliner klinische Wochenschrift 1898, Nr. 6 u. ff.)
Reißer, Prof. Dr. A.: Ueber die Gonorrhoebehandlung Prostituirter. (Berliner klinische Wochenschrift 1898, Nr. 10.)
Blaschko, Dr. H.: Die Verbreitung und Bekämpfung der venerischen Krankheiten mit besonderer Berücksichtigung Berlins. Vortrag, gehalten in der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege am 14. Februar 1898.
van Rieffen, Dr. M.: Ein gefährlicher Feind des Menschengeschlechts. Beitrag zur Syphilis-Hygiene. Dann. Münden, Reinhold Weidner. 1898. 23 S. Preis 0,50 M.

Die Frage, welche Maßregeln gegen die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten getroffen werden können, hat gerade in letzter Zeit wieder in ärztlichen Kreisen ein reges Interesse hervorgerufen. Vorträge und Diskussionen in ärztlichen Vereinen, Aufsätze in Fachzeitschriften und gemeinverständliche Broschüren legen Zeugnis ab von diesem Interesse, das vielleicht theilweise mit der Wiederbringung der lex Heliae in ursächlichen Zusammenhang steht. Wir geben in nachfolgendem eine kurze Uebersicht der diesbezüglichen Literatur und beginnen dieselbe mit der Besprechung eines Vortrages, welchen der Frauenarzt Prof. Fleisch im Verein für öffentliche Gesundheitspflege zu Frankfurt a. M. gehalten hat. Er geht in der Einleitung die Frage, welche darin liegt, daß ernsthaftes Erörterungen der Prostitutionsfrage in der Öffentlichkeit — z. B. in den Tageszeitungen — als verpönt angesehen werden, obwohl gleichzeitig die Romane von Zola, Daudet und Maupassant allgem. gelesen werden, und obwohl man selbst junge Mädchen Vorstellungen von Eubermann's Ehre und Dumas' Camellienblume besuchen läßt. Dieses „Verunsichthungssystem“ erklärt er, wohl nicht mit Unrecht, als dem geltenden „Männerecht“. Der Mann soll geschont werden, und darum unterbleiben Erörterungen der Prostitutionsfrage, damit die Frau nicht sehen lerne, nicht erkenne, welche Gefahren gerade ihr aus der verhehlten Gestaltung der geschlechtlichen Beziehungen erwachsen.

Für die Frau bringt namentlich die häufigste Geschlechtskrankheit, der Tripper, mit dem Fachausdruck Gonorrhoe genannt, der noch vor nicht allzu langer Zeit beim Manne — auch hier mit Unrecht — als eine ziemlich harmlose Krankheit galt, ungeheure Gefahren mit sich; diese Krankheit ist bei der Frau in vielen, vielleicht den meisten Fällen unheilbar, sie befallt häufig auch die inneren Geschlechtsorgane und bedingt dann Unfruchtbarkeit und dauerndes Sichelstum, oder nöthigt die Kranken, sich Operationen zu unterziehen, welche auch heute noch nicht ungefährlich sind. Darum müßte bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf die Gonorrhoe das Hauptaugenmerk gerichtet sein, nicht, wie heute, auf die Syphilis.

Die Quelle der Geschlechtskrankheiten ist der außereheliche Geschlechtsverkehr; dessen Ursache wiederum sind die geschlechtlichen und wirtschaftlichen Zustände, welche frühzeitige Heirathen erschweren, oder unmöglich machen. Für das Proletariat kommt dabei namentlich die Militärszeit in Betracht, in welcher noch dazu die stillosen Anschauungen der jungen Männer höchst ungünstig beeinflusst werden.

Die Ueberwachung der Prostitution ist nun gegenwärtig das einzige, was gegen die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten unternommen wird. Die Ausführung derselben, wie sie bei uns in Gestalt der sittenpolizeilichen Kontrolle üblich ist, muß als höchst mangelhaft bezeichnet werden, da einmal ein großer Theil der Prostituirten sich ohne Schwierigkeit derselben zu entziehen vermag, zweitens das angewandte Untersuchungsverfahren gerade Trippererkrankungen mit Sicherheit nicht erkennen läßt. Trotzdem hierin eine Gefahr liegt, — insofern als gerade das Vertrauen auf die bestehende Kontrolle zum Verlehen mit Prostituirten ermutigen kann — hält Verfasser die Nothwendigkeit einer „Zwangsausforschung“ der Prostituirten durch die Gefährungen, die man in England seit der Aufhebung derselben gemacht hat, für bewiesen. Er verwirft dagegen die „Zwangsheilung“, d. h. die polizeiliche Ueberführung erkrankter Prostituirter in Krankenhäuser, indem er darauf hinweist, daß der zur Beseitigung dieses Verfahrens gezogene Vergleich der Geschlechtskrankheiten mit Gelbem Fieber, Pocken, Cholera u. s. w. nicht stichhältig ist, und daß thatsächlich in vielen Fällen eine wirkliche Heilung nicht zu erzielen ist. Er läßt dann noch auf Grund eines juristischen Gutachtens aus, daß die sittenpolizeiliche Kontrolle der Prostituirten auch rechtlich auf schwachen Füßen steht. Die einzige gesetzliche Grundlage bildet der § 361 des Reichs-Strafgesetzbuchs, der Weiberverbrechen, welche wegen gewerdmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt sind, mit Strafe bedroht, wenn sie den in dieser Beziehung erlassenen Polizeivorschriften zuwiderhandeln. Thatsächlich aber stehen die erlassenen Polizeivorschriften, soweit sie zwangsweise vorgenommene körperliche Untersuchungen anordnen, mit dem zum Schutze der persönlichen Freiheit erlassenen Gesetze nicht im Einklang.

Er bespricht dann eingehend die Gesichtspunkte, welche für die Verhütung der Geschlechtskrankheiten in Frage kommen. Er fordert Aufklärung der Jugend über die Gefahren des außerehelichen Geschlechtsverkehrs, gesunde Volkserhaltung, um den Besuch der Kneipe und des Tanzbodens einzuschränken, u. s. w. Vor allem aber hält er es für notwendig, daß die Prostituirten „ehrlich“ gemacht werden; der Staat soll ihr Gewerbe als berechtigt anerkennen, er soll die heute im Interesse der „Moral“ auferlegten Beschränkungen fallen lassen, und nur diejenigen aufrecht erhalten, die im gesundheitlichen Interesse notwendig sind. Er denkt sich dies in folgender Weise: diejenigen Frauen, welche freiwillig ihr Gewerbe als Prostituirte anmelden, oder bei welchen die Ansäbung dieses Gewerbes gerichtlich festgestellt wird, erhalten einen „Gewerbeschein“, auf Grund dessen sie dann ihr Gewerbe ohne weitere Beschränkungen so lange fortsetzen dürfen, als sie bei den regelmäßig vorgenommenen Untersuchungen gesund befunden werden. Im Falle der Erkrankung soll die Entziehung des „Gewerbescheins“ stattfinden, und es soll die Prostituirte, welche trotzdem ihr Gewerbe weiter ausübt, schon darum allein in Strafe verfallen, auch wenn eine Uebertragung der Krankheit nicht stattfindet, und somit die Möglichkeit einer Verhütung wegen Körperverletzung nicht besteht; Es ist nämlich der Ansicht, daß — auch ohne den kürzlich von der „lex Heliae-Kommission“ beschlossenen Gesetzesparagrafen — heute schon die Krankheitsverbreitung durch geschlechtlichen Umgang als schwere, beziehungsweise strafwürdige Körperverletzung strafbar ist.

Schalt man aus der Hülle der schönen Worte: „Ehrlichmachung“ der Prostitution u. s. w., den wirklichen Kern heraus, so erweist sich derselbe als ein recht dürftiger. Es bleibt eigentlich weiter nichts

zurück, als die Beseitigung der „Zwangsheilung“ — siehe oben — und deren Ersatz durch die Entziehung des Gewerbescheins. Allenfalls könnte außerdem noch angeführt werden, daß auch die Gesetzesbestimmungen in Fortfall kommen sollen, welche die Uebertragung von Prostituirten unter Umständen als „Ruppel“ strafbar erscheinen lassen, und somit den Prostituirten das Mithen von Wohnungen erschweren; schon heute aber ist die Handhabung dieser Gesetzesbestimmungen unter dem Zwange der thatsächlichen Verhältnisse eine überaus milde, und es liegt außerdem bereits ein mit großer Mehrheit gefaßter Beschluß der „lex Heliae-Kommission“ vor, welcher ausdrücklich die Anwendung des Ruppel-Paragrafen in solchen Fällen anschießt. Alles andere bliebe, auch wenn die Prostitution im Sinne von F. ehrlich gemacht worden wäre, so, wie es heute ist. Es bliebe die Zwangsuntersuchung, welche doch wohl kaum als besonders ehrenvoll angesehen werden kann, — wenigstens bleibt dann unverständlich, warum beim Militär nur die Gemeinen, und nicht auch die Offiziere regelmäßigen Untersuchungen unterzogen werden — ja es bliebe auch nach F. den Behörden die Möglichkeit, „provocatorisches Auftreten der Prostituirten“ zu verhindern, d. h. die Bewegungsfreiheit derselben durch Polizeiverordnungen zu beschränken. Die Beseitigung der „Zwangsheilung“ bedeutet aber für die Prostituirten keinen Vortheil, wenn an deren Stelle die Entziehung des Gewerbescheins und die Bestrafung im Falle der weiteren Ausübung des Gewerbes tritt. Denn da die erkrankte Prostituirte in der übergroßen Mehrzahl der Fälle durch den Hunger gezwungen sein wird, ihren Beruf weiter auszuüben, so tritt eben einfach das Gefängnis an die Stelle des Krankenhauses, in welches bisher die Prostituirte überführt wurde. Die Stellung der Prostituirten wird somit in keiner Weise gebessert, und es besteht daher auch keine Aussicht, daß die von F. an seine Vorschläge geknüpften Erwartungen in Erfüllung gehen werden. Die „Ehrlichmachung“ der Prostitution im Sinne von F. würde zur Beseitigung der gesundheitlichen Schäden derselben ebenso wenig beitragen, wie etwa eine Hebung der wirtschaftlichen Lage des Arztes durch die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Stellung der Prostituirten wird durch den Hunger gezwungen sein, ihren Beruf weiter auszuüben, so tritt eben einfach das Gefängnis an die Stelle des Krankenhauses, in welches bisher die Prostituirte überführt wurde. Die Stellung der Prostituirten wird somit in keiner Weise gebessert, und es besteht daher auch keine Aussicht, daß die von F. an seine Vorschläge geknüpften Erwartungen in Erfüllung gehen werden. Die „Ehrlichmachung“ der Prostitution im Sinne von F. würde zur Beseitigung der gesundheitlichen Schäden derselben ebenso wenig beitragen, wie etwa eine Hebung der wirtschaftlichen Lage des Arztes durch die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Zu wesentlich anderen Vorschlägen, die eine Erörterung mehr verdienen, kommt der Hallsener Privatdozent für Dermatologie (Lehre von den Hautkrankheiten) Romayer in seinem Buche, das den Nebenstitel trägt: „Abolitionistische Betrachtungen über Prostitution, Geschlechtskrankheiten und Volksgesundheit nebst Vorschlägen zu einem Syphilisgesetz.“ (Unter „Abolitionismus“ versteht man die Bestrebungen, welche darauf abzielen, die polizeiliche Aufsicht und ärztliche Kontrolle der Prostitution zu beseitigen.) Er entwickelt zunächst eine gemeinverständliche Schilderung der Geschlechtskrankheiten, und führt im Anschluß daran Angaben auf, welche bisher über die Ausbreitung der Prostitution und die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten gemacht wurden. Das vorhandene statistische Material kann nach Ansicht von R. nur mit großer Vorsicht zur Prüfung der Frage herangezogen werden, ob die bisherige ärztliche Kontrolle die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten aufgehalten hat oder nicht. An einer Reihe von Beispielen wird dargethan, welche Schwierigkeiten sich hierbei ergeben. R. unterzieht dann die einzige Statistik, die vermittelt ihres Ursprungs, der langen Dauer, der exakten (genauen) Zahlen und besonders günstiger Verhältnisse zu sicheren Schlüssen fähig sein kann, die Statistik des englischen Heeres, einer eingehenden Betrachtung. Die „besonders günstigen Verhältnisse“ bestehen darin, daß in einem Theil der englischen Garnisonstädte — im ganzen 14 mit etwa 40000 Mann Besatzung — auf Grund der sogenannten contagious diseases act (Gesetz über die ansteckenden Krankheiten) eine Kontrolle der Prostituirten von 1888—1892 bestanden hat, während in den anderen Garnisonstädten dies nicht der Fall war. Die Sanitätsberichte der englischen Armee ermöglichen nun eine statistische Vergleiche der in beiden Gruppen von Garnisonen vorgekommenen geschlechtlichen Erkrankungen, sowohl während des Bestandes der Kontrolle, als nach ihrer Aufhebung im Jahre 1892. Aus dem diesbezüglichen statistischen Material — welches in Tabellen bez. Kurven angeordnet dem Buche beigelegt ist — zieht R. die bemerkenswerthen Schlussfolgerungen, daß die Ueberwachung der Prostitution auf die Zahl der Gonorrhoe-Erkrankungen ohne Einfluß ist, daß dagegen eine Verminderung der Schanker- und Syphiliserkrankungen erzielt wird. R. schätzt diese Verminderung auf etwa 25 pCt., das heißt er nimmt an, daß durch die Kontrolle der Prostitution von 100 Syphiliserkrankungen, die ohne sie erfolgen würden, 25 verhindert werden. Angesichts dessen, daß R. selbst diese Wirkung der Kontrolle als eine nur mäßige bezeichnet, kann man davon absehen, Bedenken gegen die Verwertung des statistischen Materials hier geltend zu machen. Nur auf eins sei hingewiesen. Die Schankererkrankungsziffern der „nicht-reglementirten“ Garnisonen, d. h. derjenigen, in welchen eine Kontrolle der Prostituirten nicht stattfand, sind hauptsächlich deswegen so hohe, weil sich darunter die sehr ungünstigen Zahlen der beiden großen Garnisonen London und Dublin befinden. Es ist nun wohl kein Zufall, daß trotzdem diese Städte in den Wirkungsbereich der „contagious diseases act“ nicht einbezogen wurden. Vielmehr kann man die Erklärung hierfür wohl darin suchen, daß auf eine wirksame Durchführung der Kontrolle in Großstädten dieses Umfanges nicht gerechnet wurde.

Nach einer Erörterung der Gründe, welche die Unwirksamkeit der Kontrolle bezüglich des Trippers, die Wirksamkeit bezüglich der Syphilis bedingen, kommt R. zu seinen Vorschlägen. Er fordert zunächst, daß die nutzlose und darum schädliche Kontrolle bezüglich des Trippers ganz fällt. Gerade weil sie fürchten, wegen Gonorrhoe zwangsweise in das verhaftete Krankenhaus überführt zu werden, suchen die Prostituirten, sich der Kontrolle zu entziehen; wissen sie doch wohl, daß ihnen in dieser Beziehung der Krankenhausaufenthalt nicht nützen wird. Das Bestehen der Kontrolle ruft außerdem im Publikum die irrige Meinung hervor, daß dadurch eine gewisse Virginität gegen Tripperansteckung gegeben sei, und befördert so unmittelbar die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten.

Für die Bekämpfung der Syphilis ist einmal eine möglichst gründliche Kontrolle der Prostituirten nöthig, welche darum nicht mit Nebenfragen — Untersuchung auf Krätze etc. — belastet werden darf. Es ist aber ferner notwendig, auch die Prostituirten vor Syphilisinfektion zu schützen und darum die Männerwelt, welche mit der Prostitution verkehrt, zu berücksichtigen. R. schlägt zu diesem Zwecke den Erlaß eines Syphilisgesetzes vor, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Niemand außer den staatlich approbirten Ärzten darf Syphilis behandeln. Jede Person, die eine Geschlechtskrankheit erwirbt, hat einen solchen Arzt zu Rathe zu ziehen; die Durchführung dieser Bestimmung soll dadurch gesichert werden, daß auch diejenigen, welche von der Erkrankung eines andern Mittheilung erhalten, zur Anzeige verpflichtet sind, falls der Erkrankte nicht ärztliche Hilfe ansucht. Es ist den Geschlechtskranken die Gelegenheit zu unentgeltlicher Untersuchung und Behandlung zu schaffen. Die Syphiliskranken sind verpflichtet, sich während der ersten Jahre nach der Ansteckung regelmäßigen Untersuchungen zu unterwerfen. Der Arzt hat das Recht, falls eine syphilitische Person seinen Anordnungen nicht nachkommt, der Polizei Anzeige zu machen, damit diese eine Zwangsbehandlung einleiten

kann; er darf jedoch vorher die betreffende Person an ihre Pflicht erinnern. Die Polizei hat das Recht, Personen, welche der Syphilis verdächtig sind, oder besonders geeignet erscheinen, Syphilis zu verbreiten — z. B. Prostituirte —, der zwangsweisen Untersuchung zuzuführen, falls diese nicht eine ärztliche Bescheinigung über ihren Gesundheitszustand aufweisen können.

R. erläutert dann noch näher die Durchführung dieser Bestimmungen und führt dabei u. a. aus, daß unter diesen Umständen die polizeiliche Kontrolle der Prostituirten beschränkt werden könnte — womöglich täglich vorzunehmende — Revisionen der Gesundheitsatteste.

Soweit die Ausführungen R.'s. Das beachtenswerthe an denselben ist, daß unter ausschließlicher Berücksichtigung ärztlicher Gründe die Abschaffung der Kontrolle bezüglich des Trippers gefordert wird. Von den Maßregeln, die R. zur Bekämpfung der Syphilis vorschlägt, würde man wohl eine Verabminderung der Erkrankungsrate erwarten können, ja man könnte vielleicht die Wirksamkeit derselben höher veranschlagen, als den Einfluß der bisherigen Kontrolle, welcher uns trotz der statistischen Darlegungen R.'s noch zweifelhaft ist. Eine „Ausrottung der Syphilis“ ist jedoch auch von diesen Maßregeln nicht zu erwarten. Einmal wäre die strenge Durchführung derselben unmöglich, so lange die Kräfte nicht vom Staate besoldet, sondern auf den Erwerb aus ihrer Berufstätigkeit angewiesen sind; häufig genug würde sich da ein Zwiespalt zwischen dem Privatinteresse des Arztes und den Geboten der öffentlichen Gesundheitspflege ergeben, in welchem nicht immer die letzteren siegen würden. Aber auch die Kranken würden vielfach, z. B. durch Belegung eines falschen Namens, die Bestimmungen umgehen können. Vor allem aber scheint uns keine Aussicht dafür zu sein, daß R.'s Vorschläge, oder etwas Gleichartiges, im heutigen Staat wirklich Geseh werden könnten. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß im Klassenstaat und unter der Herrschaft des Männerrechts ein Geseh angenommen wird, das alle Männer, welche mit Prostituirten verkehren, wenn auch nur formell, diesem „Auswurf der menschlichen Gesellschaft“ gleichstellt; ein Geseh, welches der Polizei das Recht giebt, nicht nur von den Prostituirten, sondern an all' den Orten, wo diese Gewerbegelegenheit zu suchen pflegen, auch von den dort regelmäßig verkehrenden Männern — sie seien ebel oder unsei — die Vorzeigung eines Gesundheitsattestes zu verlangen.

Behrend's Vortrag und die Diskussion über denselben beschäftigen sich überwiegend mit rein ärztlichen Fragen. Hier sei daher nur folgendes erwähnt: Sowohl Behrend, der leitende Arzt der Station für Geschlechtskranke im hiesigen städtischen Obdach, als die an der Diskussion theilnehmenden Frauenärzte hoben hervor, daß einmal der Tripper bei der Frau überaus schwer, ja in sehr vielen Fällen gar nicht zu heilen sei, daß zweitens nur schwer und nur durch längere Beobachtung festgestellt werden könne, wann bei einer einmal am Tripper erkrankten Frau die Heilung eingetreten, und damit die Ansteckungsgefahr beseitigt sei. Als besonders schwierig, ja unmöglich würde die Heilung der tripperkranken Prostituirten bezeichnet, von denen überdies wohl keine auf die Dauer der Tripperansteckung einget.

Die Schlussfolgerung, daß unter diesen Verhältnissen eine grundsätzliche Aenderung der sittenpolizeilichen Kontrolle unumgänglich notwendig sei, zog keiner der Redner. Und Reißer, der sich in seinem Aufsätze gegen einen Theil der Ausführungen Behrend's wendet, aber die Schwierigkeit der Gonorrhoe-Behandlung bei der Frau anerkennt, lehnt es sogar ausdrücklich ab, sich unter diesen Umständen für gänzliche Abschaffung der Tripperuntersuchung bei der sittenpolizeilichen Kontrolle zu erklären; er verlangt im Gegentheil eine möglichst gründliche Ausgestaltung dieser Untersuchungen durch Zuhilfenahme des Mikroskops. R. äußert sich aber darüber nicht, was mit der — wie oben dargelegt, ungeheuer großen — Zahl der unheilbar tripperkranken Prostituirten zu geschehen habe; das zu entscheiden, sei Sache der Verwaltungsgewalt. Und doch wäre es von diesem Standpunkte aus folgerichtig gewesen, zu verlangen, daß diesen unheilbaren Kranken durch dauernde Einsperrung — sei es in einem Krankenhaus oder sonst irgendwo — der fernere Geschlechtsverkehr unmöglich gemacht werde. Wenn R. diese Forderung nicht zieht, findet dies wohl seine Erklärung darin, daß die Durchführung dieses Vorschlags schon allein wegen der ungeheuren in Betracht kommenden Zahl von Prostituirten undenkbar ist. Vielleicht aber haben auch politische Gründe R. — der einer der Führer der freisinnigen Volkspartei Breslau's ist — abgehalten, diese äußerste Schlussfolgerung zu ziehen.

Ueber Blaschko's Vortrag hat der „Vorwärts“ schon am 20. Februar einen Bericht gebracht. Es sei hier noch folgendes nachzutragen. B. führt den Nachweis, daß bei den sittenpolizeilichen Untersuchungen in Berlin nur ein Viertel bis höchstens ein Drittel der tripperkranken Prostituirten als solche erkannt und insolge dessen dem Krankenhause überwiesen wird, während die übrigen, als gesund entlassen, ungehindert ihrem Verufe weiter nachgehen können. Wenn deshalb die Untersuchung auf Tripper überhaupt weiter geführt werden sollen, müssen sie im Sinne Reißer's ausgestaltet werden. B. sagt aber, daß ihm gerade durch die Diskussion über Behrend's Vortrag — in welcher er selbst noch im Sinne Reißer's gesprochen hatte — die schwersten Bedenken darüber aufgestiegen seien, ob bei den Prostituirten die Durchführung der Untersuchung auf Tripper überhaupt notwendig sei. Die Gründe hierfür sind ähnlich denen, welche Romayer zu seiner Stellungnahme veranlassen.

Diese letzterwähnte Bemerkung Blaschko's zeigt zugleich, worin das wesentlichste Ergebnis der vier zuletzt besprochenen Arbeiten besteht, und inwiefern dieselben geeignet erscheinen, die Gesehgebung, bez. die Verwaltung zu beeinflussen. Die Forderung, daß die sittenpolizeiliche Untersuchung der Prostituirten auf Tripper aufgehoben werde, ergibt sich als notwendige Schlussfolgerung, wenn allseitig anerkannt wird, daß der weitest überwiegende Theil der Prostituirten tripperkrank ist, daß bei der Kontrolle immer nur bei einem kleinen Theil die Krankheit festgestellt wird, und daß von diesen letzteren wiederum nur ein kleiner Bruchtheil geheilt wird, während alle übrigen ungeheilt — und darum fähig, die Krankheit weiter zu verbreiten, ihr Gewerbe fortsetzen. Der Nach dieser Thatsachen werden auf die Dauer auch die heute bei uns maßgebenden Kreise nicht widerstehen können. Der Verzicht auf diesen Theil der Kontrolle würde allerdings das Anerkennung entbehren, daß der heutigen Gesellschaft im Kampfe gegen diesen Feind der Volksgesundheit, welcher namentlich den weiblichen Theil der Bevölkerung mit schweren Gefahren bedroht, „große Mittel“ nicht zur Verfügung stehen.

Die Schrift van Rieffen's, deren Besprechung wir hier anfügen, gehört nur ihrem Titel, nicht ihrem Inhalt nach hierher. van R. glaubt, den Erreger der Syphilis in Gestalt eines Bazillus entdeckt zu haben, und hält sich — entgegen den sonst in ärztlichen Kreisen herrschenden Anschauungen — für berechtigt, von dieser Entdeckung, deren Wichtigkeit mindestens noch als strittig gelten muß, auch dem großen nicht-ärztlichen Publikum Mittheilung zu machen. Näheres theilt der Verfasser an dieser Stelle nicht mit, und er zieht auch keine Schlussfolgerungen bezüglich der Syphilis-Hygiene.

Sonnabend den 16. April

Gitterschleier, 38 Pf.  
schwarz, gemustert,  
ca. 45 cm breit, Meter

Gitterschleier, 70 Pf.  
schwarz, mit Chenille-Tupfen,  
ca. 45 cm breit, Meter

Damen-Glacéhandschuhe farbig, 1.15 Mk.  
4 Knöpfe

Warenhaus A. Wertheim

Warenhaus A. Kloth

Gerichtstr. 86, Ecke Grenzstrasse.

Eröffnung heute Sonnabend Nachmittag 5 Uhr.

Lieferant des Rabatt-Sparvereins „Norden“.

C. Joël's Victoria-Garten

SO., Köpnicer Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park.

Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden für Vereine u. Schilfsesseln 6000 St. fassend, 11 Kegelbahnen, Kaffeeküche und allerlei Süssdelikatessen.  
Haltestelle der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens u. Halske); von der grossen Berliner Pferdebahn und der Stadt- und Ringbahnstation Treptow 2 Minuten entfernt.

Carl Stier

Fabrik für

Herren- u. Knaben-Garderoben

Berlin SO., Oranienstrasse 168  
Potsdam — Dresden

Herren-Anzüge,

sehr elegant und sauber gearbeitet, alle neuen Farben in Coating, Cheviot, Kammgarn, Zwirnbuckskin etc.

15, 18, 20, 22, 50 24, 27-50 M.

Herren-Paletots

in anschliessender und halbweiter Form in den beliebten grünlichen, sowie sämtlichen anderen Farben.

15, 18, 20, 22, 50, 25, 27-36 M.

Herren-Havelocks

in imprägnirten porösen Lodenstoffen von 9-36 M.

Herren-Sport-Anzüge,

Jacket oder Faltenjoppenform, 15, 18, 20-30 M.

Herren-Hosen,

hochelegante Neuheiten,  
16, 15, 14, 12, 11, 10, 50, 9, 8, 50, 7-5-3, 50 M.

Knaben- und Jünglings-Anzüge,

sehr sauber und elegant gearbeitet, äusserst preiswert

Sämtliche sonstigen Artikel als

Mäntel, Joppen, einzelne Jackets, Röcke, Westen etc.

Maass-Anfertigung unter Leitung erster Kräfte.

Nach ausserhalb sende Muster und Maass-Anleitung frei zu.



Kein Handel. Wegen der grossen Konkurrenz verkaufe sehr elegante Paletots nur mit 3 M. Verdienst, nach Waack nur mit 5 M. Verdienst, Hosen oder Westen mit 1 M. Verdienst. Empfehle jedem, sich von der Realität und sauberen Arbeit selbst zu überzeugen. J. Tomporowski, Schneidermstr., Stralauerstr. 56 (Laden).

Mütter und Töchter  
Berlins!

Benutzt für die Toilette nur  
**Karola**  
Lieblingsseife der Damenwelt.  
Verschönert Euren Teint nur mit [4802L\*]  
**Karola**  
der vorzüglichsten Seife für den täglichen Gebrauch, die Euch die Haut sammetweich, geschmeidig und schön und den Teint klar, weiss und zart macht.  
Mütter! Waschet und badet Eure Kinder nur mit  
**Karola**  
Ihr erhaltet alsdann denselben die Gesundheit und werdet Euch über den wundervoll zarten Teint der lieben Kleinen freuen.  
Käuflich überall; per Stück 25 Pf.  
**Karol Weil & Co.,**  
Berlin 43.

67. Dresdenerstrasse 67.  
Bitte auf Weiteres:  
Zwiebellebertwurst in ganzen Würsten 40 Pf.  
ca. 1/2 - 1 Pf. & 1/2 Pf.  
Thüringer Blutwurst (nach Original) v. 40 Pf. an.  
Rezept fabrizirt  
Feine Sülzwurst a 1/2 Pf. 55 Pf.  
sowie alle Sorten Salsami, Mett u. Cervelatwurst  
zu den billigsten Preisen.  
Gedächtnisvoll  
Rich. Faulmann & Co.  
Bei Vorzeigung der gesammelten Kassen-Bönd gebe auf 50 M. 48272\*  
1 M. Rabatt.

Hüte, Schirme.  
Gewöhre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt.  
**Otto Gerholdt,**  
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Salfingerstrasse.

Künstliche Zähne.  
Dr. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.  
Zweitsablung v. Woche 1 M.

Deutscher Vortier  
Dessert- u. Wolkraffibier 1. Rang.  
Brauerei Burgkötter, Potsdam,  
gegr. 1736, bel. f. Blutarme, Brustkranke,  
Nieren-, Wöden,  
Reform- u. d. leicht  
bekömmli., nahrh.  
frühligste Bier. —  
Fleblutbild. bestr.  
best. Geschm. u.  
Gewichtsannahm.  
Übers. 14 Hälb.  
drei, 50 zehn M.  
erh. In Geb. 1/2  
1/2 1/2 3 Selbst  
abg. wosentl. M.  
Klein. Versandt.  
f. Berlin u. Prov.  
Vortierfabrik  
**Ringler,**  
Berlin, Brun-  
nenstrasse 152.  
Nichtfalshenzahl  
— Qual. entsehb.

Herren-Hüte 65 Pf.  
Bessere Güte enorm billig.  
verkauft aus der Fabrik  
im Komptoir 45372\*  
nur Barnim-Strasse 4/5,  
Sonntags geöffnet.

Kinderwagen  
Kranke, Wuppen,  
Sport, Kasten,  
Vetter- u. Ziegenbock-  
wagen, Kinderklapp-  
stühle, Kinder-Holz-  
möbel, Säuglings-  
Korbwaren. Thell-  
zahlung nach Ueber-  
sinnkung. **Brunnenstrasse 95,**  
vis-à-vis Humboldtthale, a. Nordbahn.  
Gesundbrunnen. Telephone III, 1767.

Jede Uhr  
repariren und reinigen  
solltet bei mir unter  
Garantie d. Gutgehens  
nur 1 Mart 50 Pf.  
ander Bruch, keine Reparaturen  
billiger. Grosses Lager neuer und  
gebrauchter Taschenuhren, Regu-  
latoren und Werkze, alle Arten  
Reiten, sowie Brillen u. Binocul.  
\* **Carl Lux, Uhrmacher,**  
35 Chaussee-Strasse 35.

Durch Ersparnis  
der Bodenfläche billiger als im Laden  
**Gardinen, Portiären,  
Tischdecken, Teppiche.**  
Oranienstr. 166, 1 Treppe.  
Kein Laden! 47102\*